Historische Tatsachen Ar. 96

SIEGFRIED EGEL

Geheimnisse um Heinrich Himmler



Kurz nach der Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 empfing Hitler im Hotel Kaiserhof seine führenden Parteigenossen: Von rechts: Heß, Himmler, Darré, Göring, Röhm, Hitler, Goebbels, Kern, Frick (sitzend), Kube.



Am 6. April 1939 auf dem Reichskriegertag in Kassel. Die Repräsentanten der deutschen Wehrhoheit wollten gemeinsam nur eines: Die Souveränität des Reiches gewährleisten. Von links: Heinrich Himmler, Generaloberst Wilhelm Keitel, Oberbefehlshaber des Heeres Walter v. Brauchitsch, Großadmiral Erich Raeder.

SIEGFRIED EGEL

Geheimnisse um Heinrich Himmler

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt: "In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

"Eine kleine Armee"

"Wir haben eine kleine Armee begabter Amateure in den schmutzigsten Tricks ausgebildet, vom Lügen, Abhören und Stehlen bis hin zum glatten Mord -- und dies alles natürlich mit der Begründung, wir müßten die Demokratie bewahren....

Unsere schwarze Propaganda war während des Krieges unbestritten Spitze."

Richard Crossmann, bis Juni 1942 Leiter des britischen Propagandaamtes Political Warfare Executive (PWE). Er arbeitete eng mit der 1940 gegründeten Special Operations Executive (SOE) zusammen, einer Abteilung des Militärischen Geheimdienstes sowie mit der "Ausbildungssektion für schmutzige Tricks" (u.a. lautloses Töten) des Secret Intelligence Service (SIS).

London Times 16.5.1973 + New Statesman 9.11.1962 5) 8.19 + 22

Diese "Spitzenprodukte" an Verlogenheit wissenschaftlich zu überprüfen ist dem bundesdeutschen Historiker per Strafandrohung von bis zu 5 Jahren Gefängnis wegen "Volksverhetzung" verboten. Die u.v.a. britischen, us-amerikanischen, russischen, französischen "Demokraten" dürfen lügen, sogar amtlich andere Völker verunglimpfen, -- die deutschen "Demokraten" landen im Knast, wenn sie sich für die Wahrheit einsetzen. Eine tolle "Wertegemeinschaft"!

Copyright 2005 by

THE BARNES REVIEW (TBR Co) 645 Pennsylvania Ave. S.E. Washington D.C. 20003 - USA

ISSN 0176 - 4144

Zurückhaltend ausgedrückt

"Ich bleibe dabei, daß die Sache der Nazis am Anfang eine gewisse Berechtigung hatte und daß die übereilte Verurteilung alles dessen, was damit zu tun hatte, nicht fair war."

> Der britische Botschafter Nevile Henderson am 11. November 1939 in der *Times*

E. J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", Göttingen 1955, S. 166.

Krebsgeschwüre "unserer Gesellschaft": Geschichtsfälschung, Rechtsbeugung und Karrierevernichtung im Falle "unkorrekter Meinung"

"Angefangen von dem Zwang, der »Singularität des Holocaust« unsere Reverenz zu erweisen, über die Verpflichtung, die im Nürnberger Prozeß von den Siegermächten getroffenen Feststellungen auf alle Zeiten anzuerkennen, bis hin zu den vielen Tabus, die uns verbieten, historische Wahrheiten auszusprechen und zu diskutieren – alle diese Denkverbote, die uns daran hindern, zu eigenständigen Wertungen und Urteilen zu kommen – dies alles ist nicht nur eine Beleidigung für jeden aufgeklärten Menschen, sondern auch das geistige Todesurteil für jede freie Gesellschaft. George Orwell läßt grüßen!"

Bundeswehr-General a.D. Reinhard Günzel im Mai 2004 auf dem '7. Berliner Kolleg'. -- Vollständige Rede abgedruckt in Soldat und Volk Nr. 7/8, 2004

sowie in *Recht und Wahrheit* Nr. 1, 2005, S. 28 - 33. (Apartado d.C. 222, E-38430 Icod de los Vinos, Tenerife

INHALT

Vernichtungswille als Zielsetzung
Sorge um fehlende Beweise
Erlaß des Führers v. 7. Okt. 1939 8
Mikrofilme = Beweise für historische Sachverhalte?.12
Vernichtung der polnischen Intelligenz?
Stil des Sitzungsprotokolls vom 30.5.194019
Vielfältige Dokumentenfälschungen 19
DokFälschungen über Einsatzgruppen 22
Unmöglichkeiten in "Rede" vom 29.2.1940 26
Brief Himmler an Berger v. 28.7.1942 28
"Giftlauge für unsere Arbeiter in den Lagern" 28
Deutsche Vermittlungsbemühungen30
Zum Tod des Reichsführers-SS
Himmlers Weg in die Kriegsgefangenschaft 34
Das Folgegeschehen
Archivfunde bestätigen Mord und Vertuschung 38

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

The Barnes Review P.O. Box 243 Uckfield Siegfried Verbeke
Postbus 46
B 2600 Berchem 1

East Sussex TN 22 9AW

Great Britain

Historische Tatsachen Nr. 96

Vernichtungswille als Zielsetzung

Winston Churchill führte 1918/19 den Krieg gegen Deutschland weiter, schrieb er doch seinem Bundesgenossen Stalin am 27.2.1944:

"Ich betrachte den Zweiten Weltkrieg als dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff beginnend seit 1914".1)
Bd.I.S. 204

Welchen Wert dieser britische Premier einem deutschen Menschenleben beimaß, erwiesen seine Sprüche 1936:

"Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nichtf" 2)

"Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten!" 3) S. 287

Im November 1939 formulierte er sein "humanitäres Anliegen" im britischen Rundfunk so:

"Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!" 3) 8. 832 + 4) 8. 850 + 441 Im Jahr 1940:

"Steckt mir den Balkan, steckt Europa in Brand!" 5) S. 19 + 6) + 3) S. 323, 332, 334 + 7) S. 136

Ein anglikanisches Kirchenblatt assistierte ihm "im Namen des Herrn":

"Rottet diese deutschen Teufel aus!" 8) 8. 115

Am 6. September 1940 war die Ablehnung einer Friedensinitiative **Hitlers** auch auf den Brief des Foreign-Office-Chefberaters **Lord Vansittart** zurückzuführen (vergl. hier S. 30):78.128-129

"Eilt! Mister

Ich hoffe, Sie werden Mr. Mallet anweisen, daß er unter keinen Umständen Dr. Weißauer treffen darf. Die Zukunft der Zivilisation steht auf dem Spiel. Es geht jetzt um unser oder deren Überleben, und entweder unser Land oder das Deutsche Reich muß untergehen, und zwar nicht nur untergehen, sondern vollständig vernichtet werden. Ich bin überzeugt, es wird das Deutsche Reich sein. Das ist etwas ganz anderes, als zu sagen, daß Deutschland untergehen muß. Aber das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und dann werden sie uns fertigmachen. Der Feind ist das Deutsche Reich, und nicht etwa der Nazismus. Und diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben überhaupt nichts begriffen und würden uns in einen 6. Krieg schlittern lassen, selbst wenn wir den 5. überleben werden. Ich würde es vorziehen, die Gelegenheit zu ergreifen, den 5. zu überleben. Jede Möglichkeit für einen Kompromiß ist jetzt vorüber, und es muß ein Kampf bis zum Ende. und zwar bis zum endgültigen Ende, geführt werden.

Ich verlasse mich darauf, daß Mr. Mallet die entschiedenste Weisung erhält. Wir haben mehr als genug von Dahlerus, Weißauer und Konsorten.

Robert Vansittart"

- Doc. No. FO 371/24408, NA, Kew.

Für die gefallenen Flieger der Royal-Air-Force stellte man dann später in einer Londoner Kathedrale eine Gedenktafel mit der Inschrift auf: "They lost their Lives for the Glory of God".

Am 24.1.1944 erinnerte Winston Churchill seinen Bundesgenossen Stalin daran:

"Wir hätten 1940 leicht mit Hitler Frieden schließen können ohne ernste Einbuße für das britische Empire, aber wir wollten nicht." ^{1) Bd. I S. 189 + 3) S. 334}

Am 5. und 7. Februar 1945 gab er auf der Konferenz in Jalta/Krim seinen Bündniskumpanen zu verstehen:

"Wenn Hitler oder Himmler anböten, sich unter allen Umständen mit allen Kriegsverbrechern zu ergeben, dann würde der Krieg weitergehen." ...

"Da ist noch das Problem, wie sie [die Deutschen] in Deutschland zu behandeln sind. Wir haben 6 oder 7 Millionen getötet und werden wahrscheinlich noch eine Million töten, bevor der Krieg zu Ende ist."

Stalin: "Eine oder zwei?"

Churchill: "Oh, ich habe nicht die Absicht, dies irgendwie zu begrenzen." 9)

Seinen exilpolnischen Kollegen Stanislaw Mikolajcyk schockierte Churchill in etwa zur gleichen Zeit:

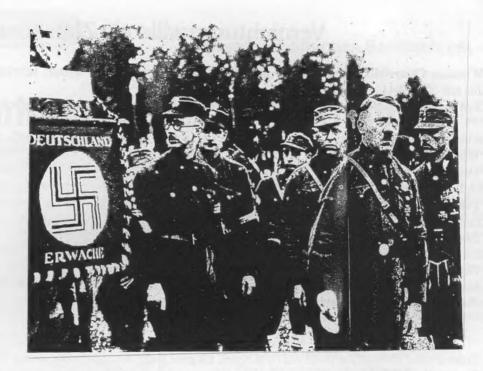
"Machen Sie sich keine Sorgen über die 5 oder 6 Millionen [zu vertreibenden] Deutschen. ... Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden mit ihnen keine Schwierigkeiten haben: sie werden zu existieren aufhören!" 10)

"Es kam nur darauf an, Deutsche umzubringen, Deutschland zu besiegen, und um beides zu erreichen, gab es keine Gewaltmaßnahmen, die wir nicht ergreifen wollten." 11)

Die Vernichtungspläne seiner "für den Humanismus kämpfenden Freunde" in England wie Lord Vansittart,

- "Schriftwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der CCCR mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Premierministern Großbritanniens zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges 1941 - 1945", Moskau 1957.
- 2) Das Neue Reich Nr. 15, 11.4.1959, S. 4 Hans Grimm.
- Udo Walendy, "Wahrheit f
 ür Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965; dort weitere Quellenangaben.
- 4) Hans Grimm, "Warum, woher -- aber wohin", Lippoldsberg 1954.
- 5) Joseph Bellinger, "Himmlers Tod Freitod oder Mord?", Kiel 2005.
- 6) David Irving, "Churchills War", Bd. 1 "The Struggle for Power", Bullsbrook, Veritas 1987, S. 373. -- Churchill in einer Anweisung an Hugh Dalton, den Chef der Geheimdienstorganisation für politische Kriegführung "Political Warfare Executive".
- 7) Martin Allen, "Das Himmler-Komplott", Stegen am Ammersee 2005.
- 8) E. J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", Göttingen 1955.
- 9) Die Jalta Dokumente, Göttingen 1956, S. 88 + 166.
- E. J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", aaO., S. 400;
 zitiert: Review of World Affairs, 5.10.1945.
- 11) Russell Grenfell, "Bedingungsloser Haß", Tübingen 1956, S. 96, zitiert bei Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945" Bd. II, Vlotho 1967, S. 91 - 92.

Lord Beaverbrook, der zum Lord Cherwell und Professor beförderte Frederik Lindemann, Luftmarschall Arthur Harris, Sebastian Haffner, Sefton Delmer, seine ebenso haßorientierten amerikanischen Bundesgenossen von F.D. Roosevelt, Theodore Nathan Kaufman, Louis Nizer, Earnest A. Hooton, Cordell Hull, Henry Morgenthau bis Dwight D. Eisenhower sowie seine sowjetischen "Befreier" von Stalin samt Marschällen bis Ilja Ehrenburg sind in den Historischen Tatsachen bereits sattsam belegt worden (man bediene sich der Personen- und Sachregister). Ihre Zielvorstellungen reichten von "Tötet, tötet, tötet" auch Frauen und Kinder bis zur langjährigen



Reichsparteitag des Erwachens, Nürnberg 1927. Neben der Standarte Heinrich Himmler, rechts dahinter Rudolf Heß, dann Otto Strasser, Adolf Hitler, Pfeffer.

Verschleppung in Sklaven-Arbeitslager, "Kastrieren", Vertreiben, Enteignen, den Rest Umerziehen.

Eine Variante dieser "vorbildlichen demokratischen Zielsetzungen" war in der Öffentlichkeit bisher zu wenig bekanntgemacht worden: die beabsichtigte Behandlung der deutschen Kinder.

Joseph Bellinger holte dies unter Verweis auf den britischen Historiker Bradley Smith nach:

"Wie mit fanatischen SS-Leuten und ggfs. auch ihren Familien umzugehen sei, war von den alliierten Führern lange vor Kriegsende ausführlich erörtert worden.

Laut dem Historiker Bradley Smith herrschte zu jener Zeit die Ansicht vor, die Mitglieder der Hitlerjugend und andere »vom Nazi-Virus verseuchte Kinder«, um den damaligen Ausdruck zu verwenden, sollten vollständig aus Deutschland ausgesiedelt werden. [Morgenthau schlug eine ethnische Säuberung in Form ihrer massenhaften Deportation nach Afrika vor. 5) S. 39]. Smith führt aus:

«Bei einer Konferenz des Schatzministeriums wurde allen Ernstes darüber beraten, was man mit unter sechsjährigen Kindern von SS-Männern anstellen sollte. Morgenthau und seine Leute hatten nämlich bereits entschieden, Kinder, die über 6 waren, sollten genau wie ihre Eltern interniert und wahrscheinlich auch in die Verbannung geschickt werden.«

Selbst über die absurdesten Vorschläge wurde mit Bierernst diskutiert, beispielsweise über Morgenthaus Plan, »diese ganze SS-Gruppe aus Deutschland in irgendeinen anderen Teil der Welt zu deportieren, weil man sie nicht ewig in Konzentrationslagern sitzen lassen kann«." 5) 8. 89 + 888 + 12)

Sein übriger Plan war bereits allgemein akzeptiert:

"Diesmal Reparationen durch die Übertragung deutscher Rohstoffquellen und Territorien und privater deutscher Rechte an industriellem Eigentum sowie durch Be-

seitigung und Verteilung von Industrieanlagen und Ausrüstungen unter die verwüsteten Länder wirksam zu machen, zudem durch erzwungene deutsche Arbeitsleistung außerhalb Deutschlands und durch Beschlagnahme aller deutschen Vermögen, welcher Art auch immer, außerhalb Deutschlands." 18)

Über die Nachkriegsbehandlung der Deutschen allgemein und der gefangenen SS-Angehörigen im besonderen war man im Lager der Alliierten von Anbeginn des Krieges an einig und hielt sich damit vor der Öffentlichkeit durchaus nicht zurück: Völkerrechtliche Grundsätze sollten keineswegs gelten, irgendwelche Rechte stünden den Deutschen grundsätzlich nicht zu, auch nicht über ihr Leben. So veröffentlichten die New York Times am 19.3.1955 sowie die U.S. News & World Report am 25.3. 1955 unter Bezugnahme auf die damals gerade vom State Department veröffentlichten Jalta-Dokumente das Vorbringen Winston Churchills am 5. Februar 1945 im Kreis "der Großen Drei":

"Unconditional surrender gab uns das Recht, die Zukunft Deutschlands zu entscheiden ... Wir behalten uns unter diesen Bestimmungen alle Rechte über Leben, Eigentum und Tätigkeit der Deutschen vor." 14)S. 581

Im Protokolltext von Jalta heißt es:

"Der Premierminister sagte, er glaube nicht, daß eine Notwendigkeit bestehe, mit irgendeinem Deutschen irgendeine ihre Zukunft betreffende Frage zu erörtern -- eine bedingungslose Kapitulation gebe uns das Recht, die Zukunft Deutschlands zu bestimmen ..., daß wir uns in diesen Bedingungen alle Rechte betreffend das Leben, das Eigentum und die Tätigkeit der Deutschen vorbehielten." 15)

13) R. F. Keeling, "Cruesome Harvest - The costly Attempt to exterminate the

People of Germany", Chicago 1947, S. 45. 14) E.J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", aaO.

¹⁵⁾ Die Jalta Dokumente, aaO. S. 89 + 98.

¹²⁾ Bradley Smith, "The Road to Nuremberg", New York 1981, S. 23 - 28.

Einleitend mit der Feststellung, daß "eine Anzahl deutscher Kriegsgefangener in England während des Krieges erschossen worden war", über diese Vorfälle eine Aktensperre für 75 Jahre verfügt worden war und Winston Churchill schon 1942 "feindliche Kriegsverbrecher nach ihrer Gefangennahme sofort an die Wand zu stellen" empfahl, belegt der britische Historiker David Irving, daß dies im Prinzip die Auffassung des gesamten britischen Kriegskabinettes gewesen ist:

"Sowohl aus den britischen als auch aus den amerikanischen Archiven geht klar hervor, daß die Briten -- vom autokratischen Premier Winston Churchill abwärts -- grimmig entschlossen waren, die nationalsozialistische Führung einer recht eigentlichen Lynchjustiz zu unterwerfen (wobei der 2. Bestandteil des Worts eigentlich überflüssig war) oder ganz einfach einen kollektiven Justizmord an ihr zu verüben (wobei sich der 1. Bestandteil des Worts an und für sich erübrigte). ...

Und wie verhielt sich der Lordkanzler, Oberhaupt des britischen Rechtssystems, all dem gegenüber? Wie ein Papagei plärrte Sir John Simon die Worte seines Herrn nach und wiederholte die Auffassungen Churchills, die feindlichen Führer müßten über die Klinge springen.

Als er Lord Halifax am 9. September 1943 traf, sagte Sir John, falls Maßnahmen gegen Hitler und Mussolini ergriffen würden, könne dies nur auf der Grundlage einer Erklärung der Vereinten Nationen als »politischer Akt« erfolgen — d.h. in Form einer direkten Hinrichtung, ohne Prozeß." 16)

"Kleine Kriegsverbrecher" sollten den Justizorganen der betroffenen Länder zur "Vergeltung" -- nicht um der "Gerechtigkeit" willen -- überstellt werden, wobei klar war, daß es "Kriegsverbrechen" ausschließlich auf Seiten der Achsenmächte gegeben haben könne. Hierbei bedurfte es keineswegs einer Nachprüfung, da "schon die Unterstützung des Unrechtsstaates" durch Zugehörigkeit zu einer seiner Organisationen "grundsätzlich ein Verbrechen" sei. Mit diabolischer Rechtsverdrehung und Anmaßung läßt sich alles, wie gewünscht, hinbiegen.

Joseph Bellinger verweist auf denselben Urheber und bestätigt diese Haltung:

"Somit gibt es solide dokumentarische Beweise dafür, daß Churchill selbst die treibende Kraft hinter dem Vorschlag war, in Gefangenschaft geratene feindliche Führer ohne Prozeß hinzurichten. ... Wie Telford Taylor bemerkte, führte Churchill noch 1945 ungeachtet der entschieden ablehnenden Haltung seiner Verbündeten seine persönliche Kampagne unverdrossen weiter und bemühte sich weiterhin, die Unterstützung seiner Kollegen zu gewinnen." 5) 8.82

Bezeichnend für diesen Kommentar ist, daß der Begriff "Kriegsverbrecher" durch "Führer" ersetzt ist, es also auf Kriegsverbrechen überhaupt nicht ankam. Am Kampf der Gegenseite führend teilgenommen zu haben, genügte.

"Churchills Plan zufolge sollten in Gefangenschaft geratene feindliche Führer sofort nach ihrer Identifizierung hingerichtet werden. Wann immer eine dieser Personen den Truppen oder Streitkräften der Vereinten Nationen in die Hände fällt, wird der nächste Offizier der zumindest den Rang eines Generalmajors oder einen entsprechenden Grad bekleidet, eine Untersuchungskommission einberufen, nicht um die Schuld

16) David Irving, "Nürnberg -- Die letzte Schlacht", Tübingen 1996, S. 19 - 21.

des Angeklagten zu ermitteln, sondern lediglich um die Tatsache seiner Identifizierung zu erhärten. Sobald diese erfolgt ist, wird der betreffende Offizier den oder die Verbrecher innerhalb von 6 Stunden erschießen lassen, ohne eine höhere Instanz zu Rate zu ziehen." ^{5) 8. 37}

Völkerrecht oder Recht überhaupt waren für diesen Europabrandstifter keine Maßstäbe. Und die Wahrheit sollte ihm zufolge

"im Kriege nie anders als mit einer Leibwache von Lügen auftreten". 17)

Für sich nahm er diese "Leibwache" freilich schon im Frieden in Anspruch, täglich rund um die Uhr. Hauptsache knüppeldick zuschlagen, jeden Andersdenkenden mit massiver Anklageagitation, sprich Kriegshetze gegen die "bösen Feinde" (kein Staatsanwalt zügelte ihn wegen "Volksverhetzung"!), schließlich mit Gehorsamszwang unter Kriegsrecht – "Gewaltherrschaft" – zum Schweigen bringen! Sein Rezept für die Deutschen? "Sie sind zu vernichten, weil sie zu stark geworden sind". Deshalb "sind sie Barbaren, Verbrecher, Gangster, Massenmörder, Todfeinde der Demokratien, Volksdemokratien, des Friedens, der Humanität und Zivilisation"! Ganz gleich, was immer sie tun, – diese Wortwahl und Wertung allein soll Beweisführung in sich sein, Rechtsansprüche herleiten und internationale Richtergewalt begründen.

Wollte Churchill laut Protokoll der Kabinettsitzung vom 3. Mai 1942 für den deutschen Reichskanzler bereits den elektrischen Stuhl aus den USA bestellen, so bezeichnete er am 12. April 1945 die deutschen Führer vor demselben Gremium als "Gesetzlose", die zu töten seien, und speziell in bezug auf Heinrich Himmler am 3. Mai 1945 ebenfalls in diesem erlauchten Kreis: "Bumb him off"!, "Bringt ihn um"!

Eine 1944 in England veröffentlichte Liste mit 14 Namen

"sofort nach Gefangennahme zu erschießender Kriegsverbrecher löste Kritik aus, freilich nicht aufgrund des schokkierenden Umstands, daß hier glatter Mord befohlen wurde, sondern weil die Zahl der Namen zu gering sei." 5) 8. 38

Schließlich erklärte sich das Foreign Office mit 41 Namen auf dieser Liste einverstanden.

"Als der stellvertretende Premierminister Clement Attlee die überarbeitete Liste zu Gesicht bekam, war er enttäuscht. Er monierte, daß nicht mehr Vertreter des Militärs darauf standen, da diese das Soldatenhandwerk durch ihr Verhalten eindeutig in Verruf gebracht hätten. Es sei, so klagte Attlee, unfair, wenn sich diese Männer unter dem Vorwand, sie hätten nur Befehle von oben befolgt, einer raschen Vergeltung entziehen könnten. — Ein Argument, das weitgehend dem Moskauer Muster folgte. Offiziere, die sich wie Gangster benehmen, sollten auch wie solche behandelt werden, urteilte er kategorisch, anscheinend ohne die Ironie dieser Aussage zu bemerken.

Das Außenministerium versuchte die Verärgerung Attlees mit der Bemerkung zu dämpfen, er habe übersehen, daß auf dieser Liste nicht alle jene stünden, die bestraft werden müßten, sondern bloß diejenigen, die summarisch hinzurichten sind." ^{5) S. 38}

¹⁷⁾ Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", V. Band, 2. Buch "Von Teheran bis Rom", Hamburg 1948 - 1952, S. 75.

US-Schatzmeister Henry Morgenthau konfrontierte seinen während des Krieges "immer blutrünstiger gewordenen" ^{9) S. S. 55} Nachbarn und persönlichen Freund, Präsident F. D. Roosevelt sowie Winston Churchill Mitte September 1944 auf der Konferenz in Quebec u.a. mit der Forderung, alle SS-Angehörigen kurzerhand an die Wand zu stellen.

"Selbst Winston Churchill, bei dem Vorschläge für eine möglichst harte Behandlung des besiegten Feindes stets auf fruchtbaren Boden fielen, war baß erstaunt angesichts der unersättlichen Rachsucht des amerikanischen Finanzministers." ^{5) S. 40}

Schon ein Jahr früher, am 16. März 1943 war ein anderer erstaunt: der britische Botschafter in Washington und frühere Außenminister Lord Halifax über US-Außenminister Cordell Hull. Dieser hatte ihm soeben beigebracht,

"daß er am liebsten alle Nazi-Führer bis hin zu ziemlich niedrigen Graden erschießen und physisch vernichten möchte. ...

Der Nazismus steckt 1.000 Meilen tief im deutschen Volk drinnen. Man muß ihn mit Stumpf und Stiel ausrotten, und dazu reicht es nicht, einfach ein paar Leute zu erschießen." 5) S. 41, 40

US-Kriegsminister **Stimson** schrieb **Hulls** irrationale Besessenheit dessen "semitischem Groll" zu. 1) 8. 61

Der Oberkommandierende der us-amerikanischen Streitkräfte in Europa und spätere US-Präsident **Dwight D. Eisenhower** tat sich 1944 mit gleichartigen kriegsverbrecherischen Vorschlägen hervor, wie u.a. diesem:

"Die Anführer und alle SS-Truppen sollten sofort zum Tode verurteilt werden, ohne jede Untersuchung, aber das würde noch keineswegs als Gesamtstrafe genügen!" 8) 8. 226

So waren seine Verbündeten von höchster Führungsebene abwärts nicht nur mit Massenvernichtung deutscher

Menschen einverstanden -- von Mitgliedern der NSDAP oder "Tätern" im Sinne des Strafrechts sprach keiner dieser "Humanisten"! --, sondern diese haben sich bereits seit Jahren daran beteiligt!

Was bedeuten bei einer solchen Größenordnung die Schicksale einzelner Gefangenen?

Die allierten Mächte kannten sehr wohl die Schwierigkeiten, die einem juristischen Procedere zur Aburteilung von Kriegsschuld und Kriegsverbrechen im Wege standen, selbst wenn sie dabei in eigener Regie noch so viele Verlogenheiten, Erpressungen, Dokumentenfälschungen und Foltergeständnisse integrieren würden. Auch mit Hilfe der von ihnen als "Internationale Militärtribunale" verkleideten "Gerichte der Allierten" konnten sie nicht hoffen, die allzu bekannten politischen Zusammenhänge und ihre eigenen Verbrechen der Vergessenheit anheimgeben zu können. Gleichermaßen ließen sich die eigenen Untaten nicht aus dem Geschichtsbewußtsein der Weltbevölkerung tilgen mittels brutalster Beschuldigungen und Meuchelmord an gefangenen Führungskräften der Gegner.

Weder die eine noch die andere Methode hätte Überzeugungskraft erlangen können.

Es hätte Fairness, unabhängiger Richter und die Berücksichtigung wirklich aller zugehörigen Sachverhalte bei ehrlicher Bewertung bedurft, wäre man an Wahrheit, wirklicher Sachaufklärung und somit Recht im Sinne des Völkerrechts interessiert gewesen.

Doch dies war weder nach dem Sinn der Sowjets, noch der US-Amerikaner, Briten, Franzosen und all der von ihnen abhängigen Staaten.

Am 5.2.1945 hatte **Winston Churchill** deutlich gemacht, daß "die kleinen Mächte den Großmächten keine Vorschriften zu machen haben". ^{9) S. 70} -- Siegerwillkür ist "rechtens", basta!

Sorge um fehlende Beweise

Historiker Joseph Bellinger hob unter Verweis auf den britischen Historiker Telford Taylor hervor, daß die Siegermächte sich 1945 zusätzlich Sorgen um ihre Beweislage für deutsche Kriegsverbrechen machten, sie genau wußten, wie sehr ihre Kriegspropaganda der Beweisführung entbehrte. Dieser Nachweis Jahrzehnte nach Kriegsende dürfte mit Recht als sensationell empfunden werden.

"Außerdem waren die Probleme, die mit der Erbringung einwandfreier juristischer Beweise für die den Streitkräften der Achse angelasteten Taten verbunden waren, erheblich. Die kläglichen Ergebnisse, welche die diesbezüglichen Untersuchungen gezeitigt hatten, bereiteten den Westalliierten 1945 arges Bauchgrimmen.

Telford Taylor berichtet:

»Unser Hauptproblem war, daß wir nicht allzu viele Beweise für Kriegsverbrechen in der Hand hatten ... und für die Erbringung solcher Beweise auf die Sowjetunion angewiesen waren. **Nikitschenko** [der sowjetische Ankläger in Nürnberg] war gerne bereit, uns behilflich zu sein und flog nach Moskau.«

Moskaus Vorstellungen von 'fairen Prozessen' waren freilich etwas eigenwillig, um es zurückhaltend auszudrücken. Die Sowjets sprachen sich für eine Hinrichtung der 'Hauptkriegsverbrecher' nach einem kurzen Schauprozeß aus und legten den Engländern sogar nahe, gleich ein Exempel an Rudolf Heß zu statuieren, Hitlers ehemaliger Stellvertreter, der sich in britischem Gewahrsam befand. Die Briten lehnten dieses Ansinnen aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen gegen ihre eigenen Kriegsgefangenen ab.

Obgleich sich die Sowjets wiederholt großzügig anerboten hatten, das benötigte Beweismaterial zu liefern, wollte Eden nichts von ihren Vorschlägen wissen." ^{5) S. 25}

Auch in London hatte man derweil Kenntnis genommen von zahlreichen sowjetischen "Kriegsverbrecherprozessen" gegen deutsche Soldaten, deren verlogener Schauprozeßcharakter mit erfundenen Beschuldigungen

("Gaswagen", "7.000 Morde in Krasnodar", bis später zu den 7 nach einem sowjetischen Schauprozeß hingerichteten deutschen Offizieren für die GPU-Verbrechen an über 4.500 polnischen Offizieren im Wald von Katyn) allzu offensichtlich war und dem Stalin-Schema der "Säuberungsprozesse" aus den dreißiger Jahren entsprach. Bei diesen Kriegsprozessen war offensichtlich geworden, daß sie vielfach sogar sowjetische Täterschaft kaschieren sollten.

Jedenfalls erhielten die Westalliierten nicht die angeforderten Beweise, selbst nicht für Auschwitz, die sie seit Februar 1945 mehrfach angemahnt hatten. Den schließlichen "Untersuchungskommissionsbericht" aus Moskau vom 7. Mai 1945 nahmen sie ungläubig und sprachlos entgegen, enthielten sich jeglichen offiziellen Kommentars, bemühten sich gar nicht erst um eine Überprüfung vor Ort und verweigerten sogar seinen Abdruck in den Protokollbänden des IMT. 18)

Statt Beweise zu liefern "verstärkten auch die sowjetischen Propagandisten ihre Greuelpropaganda gegen Deutschland" -- ebenso wie Großbritannien spätestens seit Februar 1944, hier allerdings "zwecks Ablenkung der Öffentlichkeit von den zu erwartenden Bestialitäten durch die vordringende Rote Armee" 19) --, indem sie z.B. auch verkündeten, das Oberkommando der Wehrmacht erziehe die deutschen Soldaten dahingehend, "die überwältigende Mehrheit der Völker der Sowjetunion auszurotten". 5)8.38

Das britische Informationsministerium sowie die Geheimdienste bemühten sich gegen Kriegsende verstärkt, Bürger aus den von deutschen Truppen besetzten Ländern aufzurufen, Greueltaten der Okkupanten zu melden. Im Ergebnis führte dies zu einer Flut von erfundenen Geschichten und Meldungen mit überstürzten Verurteilungen und Hinrichtungen wahllos beschuldigter Kriegsgefangener, und zwar nicht nur der angeprangerten "Täter", sondern auch von "Begünstigern der Greueltaten". 5) 8.

Führende Männer in England haben – wenn auch weitgehend ergebnislos – gegen diese Methode Bedenken vorgetragen:

"Victor Cavendish-Bentinck, Vorsitzender des Joint Intelligence Committee (Gemeinsames nachrichtendienstliches Komitee) war inmitten der ganzen Kriegshysterie dazu aufgefordert worden, handfeste Beweise für Greueltaten zu erbringen, doch war er der Ansicht, es sei »gefährlich«, konkrete Fälle genau zu schildern. Die Deutschen ... könnten beeidigte Aussagen vorlegen, die vorgeblich von Bewohnern der Orte stammten, wo die Greuel verübt worden seien, oder gar eine Untersuchung durch Neutrale vorschlagen.

Bentinck, der während des Ersten Weltkrieges felsenfest an die den Deutschen damals von den alliierten Propagandisten zur Last gelegten Untaten geglaubt hat, gab freimütig zu, daß es schwierig sein würde, viele der gegenwärtig erhobenen Anklagen zu beweisen. ... Er selbst stehe den zur Zeit eintreffenden Berichten skeptisch gegenüber, insbesondere jenen aus der Sowjetunion, die er als »Produkt slawischer Einbildungskraft« abtat: er wies darauf hin, daß Großbritannien selbst »bei verschiedenen Anlässen Gerüchte über Greuel und Scheußlichkeiten in die Welt gesetzt habe« und schloß:

»Ich hege keinen Zweifel daran, daß dieses Spiel weit verbreitet ist.« ²⁰⁾

Er fügte hinzu, daß, obgleich Großbritannien aus verschiedenen Quellen Berichte über deutsche Missetaten erhalten habe, sei es nicht in der Lage, die auf Fakten fußenden Berichte von den unwahren zu unterscheiden.

Ungeachtet dieses unverkennbaren Mangels an Beweisen für Greueltaten gewann die Kampagne zur sofortigen Hinrichtung gefangengenommener feindlicher Führer -- nicht aber bloßer Vollstrecker -- an Stärke. ...

»Der britische Außenminister [Anthony Eden] war der Ansicht, man müsse zwischen hochrangigen feindlichen Führern wie Hitler, Mussolini, Göring, Goebbels und Himmler, für die ein juristisches Verfahren unangemessen sei, und anderen Personen untergeordneten Ranges unterscheiden. Seiner Auffassung nach ist die Schuld dieser Männer so groß, daß sie nicht mit den Maßstäben eines juristischen Verfahrens gemessen werden kann. «" 20) + 5) 8. 34

Sorgen machte den britischen Kriegspolitikern vor allem, daß "Kriegsverbrecherprozesse" den führenden Deutschen "Gelegenheit für lange Reden" und damit Rechtfertigungsmöglichkeiten für ihr Handeln geben würden, was unter allen Umständen zu verhindern sei. Bei einem im Büro von Winston Churchill verfaßten britischen Regierungsdokument vom 17. September 1944 war als wichtiger Grund zur Verhinderung solcher Prozesse auch "die schwierige Beweislage" hervorgehoben worden:

"... Es scheint, daß die Methode des Prozesses, des Schuldspruchs und des gerichtlichen Urteils für berüchtigte Bandenführer wie Hitler, Himmler, Göring, Goebbels und Ribbentrop ganz unangemessen ist. Abgesehen von den enormen Schwierigkeiten bei der Zusammensetzung des Gerichts, der Formulierung der Anklage und der Sammlung des Beweismaterials ist die Frage nach dem Schicksal dieser Leute politischer und nicht juristischer Natur." 5) 8.46

Erst nach dem Tod Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers einigten sich die Alliierten bekanntlich auf ihre neue "Rechtskonstruktion" des Londoner Protokolls vom 8. August 1945. Ein von ihnen eingerichteter "Internationaler Militärgerichtshof" nahm danach in Nürnberg unter den von ihnen kodifizierten Richtlinien seine Tätigkeit im "Namen internationalen Rechts" auf. Die "schwierige Beweislage" wurde u.a. auch damit überwunden, daß laut Londoner Vertrag die "Militärrichter" an keine Beweisregeln gebunden waren (Art. 19) und "allgemein bekannte historische Tatsachen von amtswegen zur Kenntnis zu nehmen hatten" (Art. 21), also daran gehindert wurden, sie zu überprüfen. Dies betraf auch alle Dokumentenfälschungen, erpreßte Geständnisse in alliierter Regie und selbst fragwürdigste, von den Siegerregierungen präsentierte, Zeugenaussagen.21)

¹⁸⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 31, S. 37 + Nr. 33.

Edward Rozek, "Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210,. + Vergl. Historische Tatsachen Nr. 23, S.

²⁰⁾ Arieh Kochavi, "Prelude to Nuremberg: Allied War Crimes Policy and the Question of Punishment", Chapel Hill: University of North Carolina Press 1998, S. 16 + 29.

²¹⁾ IMT = "Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946", Nürnberg 1947, Bd. I S. 7 - 19.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 7. Oktober 1939 zur Festigung deutschen Volkstums.

Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mußten, in seinem Raum aufzunehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner Interessengrenzen die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, daß bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-SS nach folgenden Bestimmungen:

I

Dem Reichsführer obliegt nach meinen Richtlinien:

- die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland,
- die Ausschaltung des schädlichen Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten,
- die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.

Der Reichsführer-SS ist ermächtigt, alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen.

Zur Erfüllung der ihm in Abs. 1 Nr. 2 gestellten Aufgaben kann der Reichsführer-SS den in Frage stehenden Bevölkerungsteilen bestimmte Wohngebiete zuweisen.

П

In den besetzten ehemaligen polnischen Gebieten führt der Verwaltungschef Ober-Ost die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben nach dessen allgemeinen Anordnungen aus. Der Verwaltungschef Ober-Ost und die nachgeordneten Verwaltungschefs der Militärbezirke tragen für die Durchführung die Verantwortung. Ihre Maßnahmen sind den Bedürfnissen der militärischen Führung anzupassen. Personen, die zur Durchführung dieser Aufgaben mit Sonderaufträgen versehen sind, unterstehen insoweit nicht der Wehrmachtgerichtsbarkeit.

Ш

Die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben werden, soweit es sich um die Neubildung deutschen Bauerntums handelt, von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nach den allgemeinen Anordnungen des Reichsführers-SS durchgeführt.

Im übrigen bedient sich im Gebiete des Deutschen Reiches der Reichsführer-SS zur Durchführung seines Auftrags der vorhandenen Behörden und Einrichtungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Siedlungsgesellschaften. Falls über eine zu treffende Maßnahme zwischen dem Reichsführer-SS und der zuständigen obersten Reichsbehörde — im Operationsgebiet dem Oberbefehlshaber des Heeres — eine nach Gesetzgebung und Verwaltungsorganisation erforderliche Einigung nicht erzielt werden sollte, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

Verhandlungen mit ausländischen Regierungsstellen und Behörden sowie mit den Volksdeutschen, solange sich diese noch im Ausland befinden, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen zu führen.

Sofern für die Seßhaftmachung zurückkehrender Reichsoder Volksdeutscher Grund und Boden im Gebiet des Reiches benötigt wird, so finden für die Beschaffung des benötigten Landes das Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935 [Reichsgesetzblatt I, S. 467] und die zu ihm ergangenen Durchführungsverordnungen entsprechende Anwendung. Die Aufgaben der Reichsstelle für Landbeschaffung übernimmt die vom Reichsführer-SS bestimmte Stelle. Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel stellt der Reichsminister der Finanzen dem Reichsführer-SS zur Verfügung.

Berlin, den 7. Oktober 1939

Der Führer und Reichskanzler
[gez.] Adolf Hitler

Der Vorsitzende des Ministerrates
für Reichsverteidigung
[gez.] Göring

Generalfeldmarschall

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei

[gez.] Lammers
Der Chef des Oberkommandos
der Wehrmacht

[gez.] Keitel

Die Siedlerverhältnisse unterschiedlicher Bevölkerungen -- besonders im Raum Posen / Westpreußen und Ost-Oberschlesien in Verbindung mit dem Raub dieser Gebiete und Vertreibung von über 1 Million Deutschen durch Polen unter Verweigerung von Volksabstimmungen -- hatten sich von 1919 an als Keimzelle permanenter Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Polen ausgewirkt. Polens Staatsführung war nicht gewillt gewesen, die verbliebenen okkupierten Volksdeutschen trotz der ihr von den Versailler

Mächten aufgenötigten Minderheitenschutzverträge als gleichberechtigte Mitbürger zu behandeln. So konnte ihr durch die Versailler "Vertrags"-bedingungen ohnehin in Dauerdiskriminierung gehaltener Nachbar Deutschland, dem eine Treuepflicht gegenüber seinen Volksdeutschen in Polen oblag, ständig gedemütigt und provoziert werden.

Schon in den 20er Jahren hat die rigorose Polonisierungspolitik die europäischen Sachkenner aufgeschreckt und eine unausbleibliche Reaktion des Deutschen Reiches erwarten lassen. Bis zum Machtantritt Adolf Hitlers 1933 waren bereits 1 Million vertrieben, bis zum Kriegsausbruch 1939 = 1,5 Millionen von den 2,2 Millionen in jenen Gebieten ansässig gewesenen Deutschen. Vertrieben sein hieß, enteignet sein.22) Der Verlust bzw. Raub dieses Eigentums konnte von einer verantwortungsbewußten Reichsregierung ebensowenig vergessen werden wie die menschlichen Tragödien der betroffenen Familien.²²⁾

Nicht nur Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst v. Weizsäcker, der sich nach Kriegsende als "Widerstandskämpfer" enttarnte, einschließlich der deutschen diplomatischen und konsularischen Vertreter in Polen, sondern auch britische Diplomaten, sogar Regierungsverantwortliche in London, haben Ende August 1939 eingestanden, daß die Welle der Deutschen-Verfolgung in Polen alle anderen Streitfragen zwischen Deutschland und Polen überspült habe.23) S. 397-398

Der britische Premierminister Neville Chamberlain bemühte sich seit den Unterhausdebatten nach der Münchener Konferenz Anfang Oktober 1938 in Verletzung seiner soeben mit Hitler unterzeichneten Konsultationsverpflichtung um verstärkte Aufrüstung und einen militärischen Einschließungsring gegen Deutschland unter Einbeziehung der Sowjetunion. Die -- von der polnischen Regierung im Oktober 1938 wegen der bei der Tschechoslowakei verbliebenen Karpatho-Ukraine eingeleiteten und dann auf Posen-Westpreußen sowie Danzig ausgedehnten -- Gespräche hat Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 30. Januar 1939 in Warschau unter freundschaftlichen Verhältnissen fortgesetzt. Doch gerade dieses deutsch-polnische Einvernehmen nahm die britische Regierung zum Anlaß, nunmehr alles zu tun, damit "Polen nicht die deutsche Seite wähle".28) S. 281

Von der verstärkt angekurbelten anti-deutschen Propaganda, Aufrüstungshysterie und forcierten Militärpaktstrategie und manch Anderem in den westeuropäischen Hauptstädten ermuntert, schuf die polnische Regierung im Februar 1939 das "Grenzzonengesetz", mit dessen Hilfe sie den Großteil der noch in Posen und Westpreußen verbliebenen deutschen Bevölkerung enteignete.

Im Februar 1939 steigerten kriegslüsterne Kräfte des Londoner Kriegsministeriums im Einvernehmen mit dem dortigen Geheimdienst sowie Winston Churchill, Außenminister Lord Halifax und anderen hinter dem Rücken des Premierministers Neville Chamberlain Polens Konfrontationsbereitschaft mit Deutschland, indem sie "mit schmutzigen Tricks ausgebildete Guerilla Missionen" zur Mordanstiftung gegen die Volksdeutschen nach Polen schickten.24)

Wer von den "demokratischen Humanisten" hat je seine Empörung über diese "Täter" zum Ausdruck gebracht? Uns sind solche nicht bekannt!

Solchermaßen ermutigt, sandte die polnische Regierung am 26. März 1939 an die Reichsregierung eine Note, in der eine "Weiterverfolgung der Gespräche" - diese waren mit einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen befaßt -- "Krieg zwischen Deutschland und Polen bedeute" 25)

Während auf diese Weise dem Reichskanzler alle weiteren Gespräche mit Polen verwehrt worden waren, verkündete die britische Regierung am 31. März 1939 eine vorbehaltlose, gar nicht erbetene Garantie an Polen "unter Ausklammerung der Frage des Aggressors", aber auch ohne Erwähnung der polnischen Ostgrenze.

Gleichzeitig arrangierten England und Frankreich diplomatische und militärische Gespräche mit der Sowjetunion, in deren Verfolg sie schließlich ganz Osteuropa an die UdSSR preisgaben, indem sie einem Einmarsch der Roten Armee in jene Länder auch gegen deren Willen zustimmten.26) Zwischenzeitlich hatte das Foreign Office eine verlogene Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Polen übernommen, für die sie von Warschau gar nicht ermächtigt worden war, und damit die polnische Generalmobilmachung am 31.8.1939 ausgelöst!

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, den abzuschließen und dessen sowjetische Bedingungen Hitler durch die britisch-französischen Militärverhandlungen mit Stalin Tage zuvor gezwungen wurde,26) brachte seitdem ein neues Thema ins Rollen: Die Bedrohung der deutschen Minderheiten im Baltikum und dem Balkan durch das vom Kreml-Chef geforderte Vorschieben der "sowjetischen Interessensphäre" unter Einbeziehung der baltischen Staaten, Ostpolens, Bessarabiens und der Bukowina (Teile von Rumänien). Hatten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs den Sowjets bereits zugestanden, "auch gegen den Willen der baltischen Staaten, Polens und Rumäniens in deren Gebiete einzumarschieren, um die von Stalin zwecks Beteiligung an einem Krieg geforderte gemeinsame Grenze mit Deutschland zu erhalten", 26) so konnte Hitler das Vorschieben der sowjetischen "Interessensphäre" -- was immer das damals heißen mochte -- nicht verhindern.

Die seit Frühjahr 1939 neuerlich ergriffenen Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit (Enteignungen, Schlie-Bung von Schulen, Geschäften, Genossenschaften, Vereinen, Demolierung von Eigentum, Aufstellung von "Fahndungslisten" auch seitens der "patriotischen Verbände", Verhaftungen, Vertreibungen und Ermordungen bei gleichzeitigen Territorialansprüchen auf Ostpreußen und die "Oder- Neiße-Gebiete", Grenzüberfälle, Ultimaten an Danzig mit dortigen Grenzsperren sowie verweigerte Gesprächsbereitschaft zielten unmißverständlich auf eine gewollte Eskalation zur militärischen Auseinandersetzung hin. 23) S. 166

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden nahm zur Massenflucht der Volksdeutschen aus Polen im Sommer 1939 wie folgt Stellung:

"Vor allem trieb der seit 1933 zunehmende verschärfte polnische Druck - etwa das Grenzzonengesetz, das den Deutschen in einem breiten Grenzgürtel das Erbrecht entzog --

²²⁾ Friedrich Heiß, "Deutschland und der Korridor", Berlin 1939, S. 224. 23) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland - Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.

²⁴⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 39, S. 8 ff. + Nr. 80, S. 22 ff. + William Stevenson, "A Man called Intrepid -- The Secret War -- The Authentic Account of the most decisive Intelligence Operations of World War II -- And the superspy who controlled them", New York 1977, u.a. S. 46. 97.

²⁵⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 39, S. 13 f.

²⁶⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 39, S. 20 ff.

viele Deutsche aus dem Lande.

Aus Mittelpolen, das vom Grenzzonengesetz nicht betroffen wurde und wo der Volkstumskampf erst kurz vor dem Kriege lebensbedrohende Formen für das Deutschtum annahm..."²⁷⁾

Ein unabhängiger Historiker bestätigt nach dem Krieg:

"Der rasche Zusammenbruch der polnischen Staatsund Militärgewalt konnte die Deportation, standrechtliche Erschießung oder Ermordung von Deutschen, die in dem sog. »Bromberger Blutsonntag« vom 3. September gipfelte, nicht verhindern. Diese Summe von vorbedachten oder spontanen Aktionen war durch vereinzelte Sabotagefälle nur unzureichend motiviert und entsprang weit eher den seit langem aufgeputschten Haßgefühlen. Diese Mordtaten, die wenigstens 7.000 Opfer an Toten und Vermißten forderten, wurden insofern bedeutungsvoll, als sie der deutschen Propaganda den Anlaß gaben, mit erheblichen Übertreibungen den Sinn dieses Krieges zu deuten. ..." ^{28)S. 170}

Ein anderer deutscher Historiker, H.G. Dahms:

"Die wildesten [polnischen] Chauvinisten steigerten jedoch ihren schon seit einiger Zeit geübten Terror gegen Angehörige der deutschen Minderheit. ...

Warschau hatte bisher keine wirksamen Schritte unternommen, um die blutigen Ausschreitungen halboffizieller Patriotenverbände einzudämmen, denen inzwischen etwa 3.000 - 4.000 Angehörige der deutschen Minderheit zum Opfer gefallen waren. Es gebot diesen Umtrieben auch keinen Einhalt, sondern duldete eine zügellose Pressehetze." ^{29) + 23) S. 169}

Der nachkriegsoffiziell tendenziöse -- "Folgen" und Ursachen austauschende -- Bericht vom Forschungsamt des Militärarchivs/Bundesarchivs übergeht zwar Jahrzehnte volksdeutscher Leidensgeschichte in Polen, doch gesteht:

"Die Folgen [der Pressionen Hitlers, -- von denen allerdings keine benannt worden waren, -- d. Verf.], waren ein weitgehendes Verbot der kulturellen Betätigung, Behinderung in der Berufsausübung, Ausweisungen und andere Formen der Unterdrückung."

Der Bericht verschweigt allerdings die weitflächigen Enteignungen, willkürlichen Verhaftungen und Ermordungen, verweist dann aber auf

"Eine Massenflucht nach Deutschland setzte ein. Am 21. August 1939 befanden sich rund 70.000 Volksdeutsche in eilends eingerichteten Auffanglagern im Osten des Reiches."

Von den weiteren 6.535 Flüchtlingen, die vor Kriegsbeginn im Reich privat untergebracht wurden, wird hier wiederum geschwiegen. Für die Zeit nach dem 1. September 1939 heißt es dann weiter:...

"Die eigentliche Leidenszeit der deutschen Volksgruppe in Polen begann in den ersten Septembertagen, ... Massenverhaftungen nach vorbereiteten Listen, planlose Märsche, auf

27) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), "Die deutschen Vertreibungsverluste", Wiesbaden - Stuttgart 1958, S. 285, 286.

28) Werner Markert (Hrsg.), "Osteuropa-Handbuch -- Polen", Köln - Graz 1959, (dort: Hans Roos, "Polen in der Besatzungszeit").

29) Helmut G. Dahms, "Der Zweite Weltkrieg", Tübingen 1960, S. 45 + 48.

denen vor allem Alte und Kinder den Strapazen und dem Hunger zum Opfer fielen, und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung....

Die Aussiedlung großer Teile der jüdischen und polnischen Bevölkerung aus den annektierten Gebieten nach dem Generalgouvernement begann schon bald nach dem Ende der Kampfhandlungen. Sie war Teil des bevölkerungspolitischen Programms des nationalsozialistischen Deutschlands; die Art ihrer Durchführung war aber auch eine Reaktion auf die Behandlung der volksdeutschen Minderheit vor und während des Krieges." 30)

Anfang Oktober 1939 war die Nachricht nach Berlin durchgesickert, daß die Sowjets Truppenstützpunkte in Estland, Lettland und Litauen beanspruchten und am 7. Oktober 1939 diese mit Streitkräften der Roten Armee besetzen würden. Dieses Vorgehen Moskaus löste insbesondere bei den deutschen Bevölkerungsgruppen im Baltikum Panik aus, der Hitler mit Schaffung des Amtes zur Festigung deutschen Volkstums und nachfolgenden Verträgen mit der UdSSR, die auf kurzfristiger Regelung bestand, zur Heimholung der Volksdeutschen ins Reich entgegenwirkte.

Um Konfliktstoffe zwischen den Völkern Europas, vor allem mit der Sowjetunion zu vermeiden, gleichzeitig der Welt den deutschen Verzicht auf weiteren "Lebensraum" deutlich zu machen, leitete Hitler nach Ablehnung seines neuerlichen Friedensangebotes an England vom 6. Oktober 1939 Maßnahmen ein, die auf eine Wiederansiedlung von Volksdeutschen im Korridorgebiet und Ostoberschlesien abzielten, um zumindest jene Besiedlungsverhältnisse wieder anzustreben, die dort bis 1918 bestanden hatten. Daß die Kriegsverhältnisse später noch manch Anderes in Bewegung brachten und die Um- und Ansiedlungsverhältnisse neue Härten und Ungerechtigkeiten für viele Menschen brachten und das Thema während des ganzen Krieges nie mehr zur Ruhe kam, war nicht vorauszusehen. Darüber zu richten steht jedenfalls keiner Staatsführung zu, die selbst Millionen Menschen enteignet und vertrieben, dabei Massenmorde angeregt, durchgeführt und für die Vernichtung anderer Völker bis zur bedingungslosen Kapitulation Krieg geführt hat!

Die Himmler als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums gestellten Aufgaben waren in sich schon umfassend und erforderten behörden- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit (Deutsche UmsiedlungsTreuhand, Deutsche Ansiedlungs-Gesellschaft, Auffanggegesellschaft für Kriegsteilnehmer, Einwanderungszentralstelle (EWZ), Umwandererzentrale, SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, Haupttreuhandstelle Ost). Hierbei spielte die "Volksdeutsche Mittelstelle" unter SS-Obergruppenführer Werner Lorenz und ihrem Geschäftsführer SS-Oberführer Ulrich Greifelt als Zentralorganisation, die bereits 1936 zur Betreuung der weltweit verstreut lebenden Auslandsdeutschen tätig war, eine Hauptrolle. Im Juni 1941 wurde die "Vomi" in eines der Hauptämter der SS-Hauptamt für Volkstumsfragen -- integriert. 31)

Von der ungeklärten Kriegsentwicklung an sich, spezi-

³⁰⁾ Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1979, Deutsche Verlagsanstalt Bd. 2, S. 143 - 144.



Nach erfolgreicher Reichstagswahl vereidigte Adolf Hitler seine Reichstagsabgeordneten im Sommer 1932 im Hotel Kaiserhof, Berlin auf die gemeinsame Parteilinie. (von rechts: Graf Helldorf, Röhm, Ritter v. Epp, Himmler, Heines, v. Ulrich.

ell aber von den prekären Beziehungen zur UdSSR angesichts der geforderten Ausdehnung ihrer Interessensphäre nach Westen zur Eile gedrängt, setzte die Reichsregierung in den baltischen Staaten überstürzte Rückführungen der Volksdeutschen in Gang, der sich rund 70.000 Menschen anschlossen. Obgleich schon ihre Rückführung vornehmlich nach Pommern und in den Warthegau problemreich verlief, wurden weitere Rückführungen aus anderen osteuropäischen Ländern vorgenommen. Auch hier spielte die Furcht vor dem weiteren Vordringen des Bolschewismus, die Kenntnis der sowjetischen Praxis gegenüber wehrlosen Minderheiten und das intensive Bemühen Hitlers, mit der Sowjetunion in Frieden leben zu wollen, die Hauptrolle. Den so in Bewegung gesetzten Umsiedlungsaktionen folgten schließlich

rund 87.000 Baltendeutsche (incl. Nachumsiedlungen)

64.868 aus Wolhynien

87.144 aus Bessarabien

98,000 aus Buchenland (Bukowina)

14.100 aus der Dobrudscha

10.000 aus Siebenbürgen

6.884 aus dem Narewgebiet

107.000 aus dem Generalgouvernement.

Das Gesamtthema ist unseres Wissens bisher noch nicht wertneutral und wissenschaftlich aufgearbeitet worden, so uns auch keine genauen oder auch nur annähernden Zahlen über die im Warthegau, Oberschlesien und dem Ostpreußen angegliedert gewesenen Süd-Ostpreußen Aus- und Angesiedelten bekannt sind. Ebensowenig sind genaue Zahlen und Einzelheiten über die seit 1919 nach Westpreußen, in die Provinz Posen und Ost-Oberschlesien eingesiedelten Polen bekannt geworden.

Während die Sowjetbehörden Hunderttausende, ja Millionen Menschen total enteignet und unter unwürdigsten Verhältnissen bei Inkaufnahme gewaltiger Zahlen an Op-

31) Zu den organisatorischen Verflechtungen und Einzelheiten siehe: Hans Buchheim, "Anatomie des SS-Staates", Olten - Freiburg/Br. 1965, Bd. I, S. 217 ff. fern zwangsdeportiert haben, ohne daß die Welt daran Anstoß nahm, erfolgten Reaktionen der deutschen Führung u.a. auf dieses Vorgehen zwecks Isolierung mutmaßlicher Feindkräfte in einem Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk einschließlich eines brutalen Partisanenkampfes. Diese Reaktionen jedoch sogleich bei Ausklammerung der genannten Zusammenhänge mit "Ausrottungsmaßnahmen" gleichzusetzen und die Beweismittelfindung hierfür "einer kleinen Armee begabter Schwarz-Propagandisten" zu überlassen (vergl. S. 2) und nachfolgende neutrale wissenschaftliche Überprüfungen zu vereiteln, ist infam!



Die Hetze galt ihnen allen schon lange vor Ausbruch des Krieges Beschriftung: "Sorgen brauner Generale

»Verdammt, es scheint schief zu gehen – dabei haben wir das Feuerchen doch ebenso gut vorbereitet wie beim Reichstagsbrand.«"

Eckhard Siepmann, "Montage: John Heartfield - vom Club Dada zur Arbeiter-Illustrierten Zeitung", Berlin 1977, Elefanten Press, S. 196.

John Heartfield/Herzfeld lebte während der Weimarer Zeit gleichermaßen in Berlin wie auch in der Sowjetunion. Somit mußte er gewußt haben, wer die Welt erobern wollte und Lüge sowie Betrug um dieses Zieles willen legalisiert hatte.

Mikrofilme = Beweise für historische Sachverhalte?

Nicht in Abrede gestellt sei, daß die alliierten Sieger die vorgefundenen deutschen Aktenbestände aus Gründen der Verfalls- und Diebstahlsicherung sowie Platzersparnis und vereinfachter Vervielfältigung mikroverfilmt haben. Doch bleibt zu bedenken, daß, bevor dies geschah, Schwarz-Propagandisten wie Sefton Delmer und zahllose andere Angehörige der Psychological Warfare Branch, die auch dem "Internationalen Militärtribunal" in Nürnberg zuarbeiteten, mit einem "Produktionseinheits-Plan" unter Anwen-

dung "unserer", dem Official Secrets Act unterliegenden "Methoden" 32) 8, 663 zur Auswertung dieser Dokumente angesetzt waren. Sie hatten nach befohlenen "Umerziehungs"-kriterien zu sortieren und zu fälschen. Erst nach dieser Arbeit wurden sie den Mikrofilmern übergeben. Dies ist ein unbestreitbarer, durch vielfältigste alliierte Befehle, Programme, Eingeständisse und Fälschungsanalysen bewiesen.

"Möglichst exakt, immer nur bewußt und überlegt zu lügen, damit niemand die Lügen so leicht herausfinden kann" ^{22) 8. 499 + 682}

gehörte zum Grundprinzip des "Leiters der Sonderoperationen (schwarz) der politischen Kriegführung gegen die Feindstaaten und ihre Satelliten". 32) S. 510 Der Dienstsitz dieses "alten Gauners" Sefton Delmer (so kennzeichnete er sich selbst 32) 8.631), war die "Gaunerherberge", in der er seine Lügenpropaganda während der Kriegszeit "mit schmutzigsten Tricks" betrieben hat. \$2) 8. 488 + 590 Dies qualifizierte ihn im Besatzungszonen-Deutschland zum "zeitweiligen Mitglied der Militärregierung", 32) S. 660 dem "die Chance geboten wurde, Veränderungen in Deutschland vorzunehmen" 102) S. 638 und dessen "schwarze Operationen dann in die offizielle Geschichtsschreibung einbezogen wurden". 32) S.

Seine Qualifikation war Lügen, Hetzen und Fälschen. Sein neuer Aufgabenbereich bezog sich auf die Umerziehung des von ihm plötzlich als "freundliches und im Grunde

gesetzestreues und moralisch denkendes Volk" charakterisiert wurde. S2) S. 688 Freilich: "über unsere Methoden weiß die Öffentlichkeit nichts, und das muß so bleiben" S2) S. 680

Sefton Delmer hatte Heinrich Himmler aus der Vorkriegszeit persönlich gekannt und ihn auch während der Kriegszeit nicht aus den Augen verloren.

Es empfiehlt sich, im Zusammenhang mit den "Geheimreden" Heinrich Himmlers und auf ihn verweisenden "Aktenvermerken" oder "Tagebuchaufzeichnungen" zu berücksichtigen, daß Sefton Delmer sich während der Kriegszeit auf einen "Gerüchte-Ausschuß" aus Fachkräften verschiedener Abteilungen des Kriegsministeriums stützen konnte, die alles zusammenzutragen pflegten, was an Gerüchten aus Deutschland und Europa auf irgendwelchen Wegen zu ihnen gelangte und zur Auswertung für die "Schwarz-Propaganda" geeignet schien. 22) 8. 474

Dieser Sachverhalt ist insofern wichtig, als auf diese Weise selbst die absurdesten Geschichten – hier z.B. auch über **Himmler** – zumindest gerüchtweise, wenn nicht gar



Wir 565000 deutschen Juden legen feierliche Verwahrung ein

Eine zägetlose Greusepropoganda gegen Deutschland bobt in der Well. Durch seben Work, das gegen unser Batectand gesprechen und geschieden wied, durch jeden Boyfatiunstul, der gegen Deutschland verbreitet wied, sind wie deutschen Juden genau so tief geteussen wied, durch sendere Deutschen Ind was Jumps, nicht aus Junyl, sondern well gewisse ausgeste genau so der deutsche Arche der haben sieden wie der des deutsche Geschieden der des deutsche des deutsche deut

Rur in unferem e'l gen en Valerland, bem Cande, für dus zwälftaufend jüdliche helben ihr Ceben liehen, glaubt man uns nicht.

Man bafdulbigt uns, bog bie fampogne ber faffen und ber Cligenhebe von ben bautichen Inden mugebe: bet ben beutichen Juden loge en, die Cligner zurechtzuweisen, die deutschen Inden woffen dies aber nicht.

Gegen diese ungeheuren Beschuldigungen fegen wir 585 000 beutschen Inden par gang Deutschland felerliche Dermahrung ein. Die deutschen Juden haben niemanden in Deutschland und in der Well mittelbar ober unmittelbar zu ich andlichen Berteumdungen ober gar zu irgendeiner handlung gegen Deutschland veranlaßt. Die deutschen Juden haben, soweil fer soemochten, dagegen sofert den Mengerkegetan, um jede Beseichligung des heimattanden, jede Beschimptung der Regierung, jede Schäbigung der deutschen Bottowirtschaft unmäglich zu machen.

War Cott und den Menichen fiehen wir jo gerechtjertigt da. Mit Wârde, und mit Mini werden wie die mitteldtofen Mahaahmen Duificher gegen Dentiste suf zigener Helpostride zu getragen missen.

dokumentarisch belegbar, irgendwann während der Kriegszeit über irgendwelche der zahlreichen Informationskanäle auf den Tisch des "Leiters der Sonderoperationen (schwarz) der politischen Kriegführung" gelangt und von diesem für dessen zersetzende Schwarzpropaganda ausgewertet worden wäre. Er sah sich ja oft genug bemüßigt, "stories zu erfinden" ^{32) 8.} 474 und suchte dringend nach Anhaltspunkten für neue Zersetzungstiraden.

Wenn also erstmals Jahre nach Kriegsende plötzlich Texte von "Aktenvermerken", "Erlassen" oder "Geheimreden" Heinrich Himmlers auftauchten, die Absonderliches

³²⁾ Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961 - 1962.



Bad Elster, 22. Juni 1930. Vorn v. tinks: Himmler, Frick, Hitler, Ritter v. Epp, Göring. 2. Reihe: Mutschmann, Goebbels, Schaub. In der Tür: Dr. Fritsch

mit erheblicher Tragweite enthalten, die mit Sicherheit Anlaß für vielfältige Gespräche unter den deutschen Soldaten und der Zivilbevölkerung während der Kriegszeit ausgelöst haben müßten, hingegen niemals zeitgerecht von Sefton Delmer für seine Schwarzpropaganda ausgebeutet worden sind, so wäre dies nicht nur merkwürdig, sondern dürfte allein schon als Beweis für die Fälschung solcher Redetexte oder "Aktenvermerke" anzusehen sein, wenn es sonst dafür keinerlei Beweise gibt.

In früheren Ausgaben der Historischen Tatsachen, speziell den Nr. 18, 45 und 47, sind bereits zahlreiche Vorgänge um den Reichsführer-SS behandelt worden, die erst nach Kriegsende "öffentlich bekanntgeworden" sind, zu einer Zeit also, da es für ihn keine Möglichkeit mehr gab, dazu Stellung zu beziehen. Und in der Tat haben selbst noch 60 Jahre nach seinem Tod nur Vertreter der Kriegsfeinde und dann auch deren Mitläufer dessen Geschichte geschrieben. Sollten auch Neutrale sich an dieses Thema gewagt haben, so blieben sie entweder unbekannt oder hatten gegenüber den "mainstream"-Aussagen nichts Kritisches zu bieten.

Daß eine Überprüfung der Nachkriegsveröffentlichungen hinsichtlich der dort behaupteten Tätigkeiten Heinrich Himmlers — natürlich auch der übrigen ns-Prominenz — notwendig ist, ergibt ebenfalls die Analyse des Buches der Herausgeber Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson "Geheimreden Himmlers 1933 - 1945". 33)

Zweifellos haben diese Publizisten beachtenswerte Zeit in amerikanischen Archiven und dort vor den Mikrofilm-Vergrößerungsapparaten zugebracht und sorgsam abgeschrieben, was sie dort zu lesen bekamen. Dies haben sie anschließend in Form von Dokumentationen zusammengestellt. Die Vorkriegsreden Himmlers, die sie auf diese Weise fanden, dürften sogar authentisch sein. Zu ihrer

Verfälschung gab es wenig Anlaß, da sie ohnehin mit Veröffentlichungen in der NS-Presse verglichen werden könnten und die Politik der damaligen Zeit wiedergeben.

Die nachfolgenden Kriegsreden hingegen, vornehmlich die "Geheimreden" vor erlesenen Führern des Dritten Reiches hätten von den Mikrofilm-Abschreibern jedoch inhaltlich auf ihre Stimmigkeit hin überprüft werden müssen, wollten sie ihrer Aufgabe als Historiker gerecht werden. Das haben sie jedoch nicht getan, sondern sie haben auch diese Reden vorbehaltlos von den amerikanischen Mikrofilmen, die sie als historische Beweisquelle werteten, abgeschrieben und sich eigener Stellungnahme enthalten. So haben sie auch diese "geheimen Kriegsreden" hinter die authentischen Vorkriegsreden placiert, mit authentischem Fotomaterial angereichert und dem Zeithistoriker Joachim Fest einen opportunen Einführungskommentar überlassen.

Der Historiker jedoch, dem die Aufklärung historischer Sachverhalte obliegt, fällt die Aufgabe zu, auch diese "Geheimreden" und damit die von den amerikanischen Siegern in ihre Mikrofilmbestände aufgenommenen Papiere inhaltlich auf ihre Authentizität zu überprüfen. Denn der Historiker weiß, mit welchen Methoden die Umerzieher der Siegermächte schon während des Krieges als "Schwarzpropagandisten mit schmutzigsten Tricks" gearbeitet hatten und nach Kriegsende diese Aktivitäten unter Auswertung der deutschen Dokumentenbestände

und ohne jegliche deutsche Gegenwehr ins Schrankenlose ausgeweitet haben. Sie allein verwalteten die deutschen Akten, ließen verschwinden, vernichten oder geheimhalten, was ihnen nicht paßte, fügten ihre "frisierten Dokumente" – gänzlich erfundenen oder verfälschten – ein, so auch frei erdichtete "Geheimreden" oder ganze "Schriftwechsel", "Einsatzgruppenberichte", "Geständnisse", fragwürdigste "Zeugenaussagen" usw..

Wird auch in den Quellenbezügen zuweilen auf die typisch primitiven, wortschatzarmen Pauschalformulierungen ohne konkrete Aussagekraft in zahlreichen "Himmler-Reden" als "typisch Himmler" und somit auf die "Echtheit" der "Dokumente" verwiesen, so wären die Herausgeber besser beraten gewesen, auf ein und denselben Textfälscher zu verweisen, der die deutsche Sprache nicht richtig beherrschte. Immerhin hatte Himmler jahrelang eine Führungsposition inne, die hohe Qualifikation zumindest in seiner Ausdrucksweise voraussetzte und die auch anerkannt war – jedenfalls nie Anlaß zur Kritik gegeben hattebei den Militärs, Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern seines "Freundeskreises Himmler", mit denen er ständig Kontakt pflegte. Einen Vergleich mit seinen Vorkriegsreden haben diese Leute typischerweise unterlassen.



Heinrich Himmler mit seinem Adjutanten Karl Wolff (links) und Reinhard Heydrich (rechts).

³³⁾ Bradley F. Smith/Agnes F. Peterson (Hrsg.), "Heinrich Himmler Geheimreden 1933 - 1945 und andere Ansprachen", Frankfurt - Berlin - Wien, Ullstein + Propyläen Verlag 1974.

"Führerbefehl zur Vernichtung der polnischen Intelligenz"

laut "Sitzungsprotokoll vom 30. Mai 1940"

Auch dies steht in dem "historischen Dokument", dem "Protokoll" einer Polizei-Sitzung, die beim Generalgouverneur Hans Frank in Krakau am 30. Mai 1940 stattgefunden hat:

"Gegenstand der Besprechung war die von Hitler befohlene Ermordung der polnischen Intelligenz."

Hans Frank habe "vom Führer gehört" und als "erhaltene Weisungen des Führers" (Mehrzahl) bezeichnet:

"Was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren; was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitpunkt wieder wegzuschaffen." 34) S. 444 + 35) S. 212 + 36) S. 101

Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. ..." 37)

-- was ja dann den "Mordbefehl" wieder hinfällig gemacht haben würde!

"Die Frage der Behandlung ist also eine <u>ureigene Sache"</u>, das habe der Führer gesagt! -- Noch mehr vereinfacht: "Die Frage ist eine Sache"! Außer einem unsignierten Stück Papier, das unter mysteriösen Umständen nach Kriegsende in die Blätter des "Diensttagebuches des Generalgouverneurs" eingefügt worden ist, gibt es dafür keine Bestätigung. Vielfältiges Abschreiben von diesem Stück Papier und Ergänzungsfälschungen gleicher Machart bestätigen freilich gar nichts!

Vom Nürnberger Militärtribunal als auf seine Richtigkeit hin nicht zu hinterfragendes "Dokument" "in die Geschichtswissenschaft eingeführt", wurde der Text dieses "Sitzungsprotokolls" unentwegt abgeschrieben und als historischer Tatbestand ausgegeben. So zitiert auch der Gutachter für den Auschwitzprozeß in Frankfurt/M (1961 - 1963), Hans Buchheim, einen weiteren, angeblich über Hans Frank protokollierten Text:

"Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draußen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, daß sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses außerordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluß zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, daß das einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiß, welche Verantwortung wir damit übernehmen. ...

Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen. Ich appelliere an Sie als nationalsozialistische Kämpfer, und mehr brauche ich dazu wohl nicht zu sagen. Wir werden diese Maßnahme durchführen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. ...

Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der auf Grund dieser Maßnahme

amtlich oder dienstlich verpflichtet ist, die Exekution durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Wir können leicht Hunderte von Todesurteilen hier unterzeichnen; aber ihre Durchführung deutschen Männern, anständigen deutschen Soldaten und Kameraden zu übertragen, das bedeutet eine furchtbare Belastung. Ich bin deshalb auch dem Parteigenossen Siebert sehr dankbar für die Herausgabe des Erlasses, in welchem er den Polizeiorganen eine gewisse Rücksichtnahme auf die physische Situation der mit solchen Exekutionen betrauten Männer zur Pflicht macht. Ich würde Sie bitten, diesen Erlaß, wenn es irgend möglich ist, unter allen Umständen zu berücksichtigen. Aber nicht nur das, jeder Polizei- und SS-Führer, der nun die harte Pflicht hat, diese Urteile zu vollstrekken, muß auch hundertprozentig die Gewißheit haben, daß er hier in Erfüllung eines Richtspruches der deutschen Nation handelt. Daher wird auch für diese Fälle der AB-Aktion das summarische Standgerichtsverfahren durchgehalten, wie ich es mit dem Kameraden Streckenbach vereinbart habe, damit auf keinen Fall der Eindruck einer willkürlichen Aktion oder ein ähnlicher Eindruck entsteht." 34) 8. 443 f + 38) 8. 271 - 273 + 35) S. 101

34) IMT, Bd. XXIX.,(Dok. 2233-PS).

^{35) &}quot;Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939 -45", hrsg. v. Werner Präg + Wolfgang Jacobmeyer, Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München, Bd. 20 der "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte", Stuttgart 1975; — Eintragung "Polizeisitzung" vom 30.5.40, S. 212 + 219.

³⁶⁾ Helmut Krausnick / Hans-Heinrich Wilhelm, "Die Truppe des Weltanschauungskrieges -- Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938 - 1942", Stuttgart 1981.

³⁷⁾ Weiterer Text nachzulesen in Historische Tatsachen Nr. 49, S. 19.

³⁸⁾ Hans Buchheim, "Anatomie des SS-Staates", Olten - Freiburg/Br. 1985.

Dies soll der Reichskanzler auch anderen "Aktenvermerken" zufolge bereits zu Beginn des Polenfeldzuges "gesagt" haben, zu einer Zeit, als er alles zu tun versucht hatte, um mit den Engländern, die angeblich wegen der Polen Deutschland den Krieg erklärt hatten, wieder zu einem Frieden zu kommen, wie das durch seine Reichstagsrede am 6. Oktober eindrucksvoll dokumentiert ist?

Hitler hat den Friedenswunsch Deutschlands mit Großbritannien während des Frankreichfeldzuges und danach eindrucksvoll demonstriert und zwar mit seinem Verzicht auf die Vernichtung der britischen Dünkirchen-Truppen, mit großzügigen Kapitulationsbedingungen gegenüber Frankreich und seiner bekannten Friedensrede am 17. Juli 1940. Im übrigen war er sich der Pressionen seitens der Sowjetmacht frühzeitig sehr bewußt. Wie hätte er hoffen können, mit Großbritannien einen Ausgleich zu finden, wenn er sich die "Vernichtung der polnischen Intelligenz" zum Ziel gesetzt oder auch nur die geringsten Ansätze hierzu unternommen hätte?

Allein die Unterstellung, Hitler bzw. die deutsche Führung hätten derartige Zielvorgaben erwogen, ist zu absurd, um ernst genommen zu werden und entspricht genau und ausschließlich dem Duktus der alliierten "Schwarzpropagandisten" aus den Abteilungen ihrer Psychologischen Kriegführung! Wie dumm muß man sein zu glauben, daß das als historisches Faktum zu gelten habe, was entgegen

allen Realitätsbezügen "ein längst Verstorbener gehört", dieser es einem anderen längst Verstorbenen "weitererzählt" und ein Dritter längst Verstorbener "in sein Tagebuch geschrieben" habe, das erst Jahrzehnte nach seinem Tod publiziert worden ist? Man sollte hierbei nicht das Ziel der Bolschewiki vergessen, die polnische Intelligenz zu vernichten, was bekanntlich mit über 30.000 Morden per Namen, Zeitangaben und Fundstätten bewiesen ist. Demgegenüber hatte Adolf Hitler den Westmächten in seiner Reichstagsrede am 6. Oktober 1939 die Gründung eines neuen polnischen Staates als Preis für die Einstellung der Feindseligkeiten angeboten und etliche polnische Adlige für seine Regierungsbildung vorgesehen. 30)8.172

Doch dies rührt weder die Kaste der Lizenzhistoriker noch Gutachter Buchheim. Niemand von ihnen warf die Frage auf, wie zuverlässig eigentlich die Beweisquellen sind. Sie alle beziehen sich einfach auf das auch im Institut für Zeitgeschichte in München vorliegende "Diensttagebuch des Generalgouverneurs" und die zugehörige IMT-"Dokumentation" im Protokollband XXIX, ohne zu fragen, durch wie viele amerikanische, britische, polnische, russische Hände dieses freiwillig von Hans Frank den Siegern übergebene Diensttagebuch zwischenzeitlich gegangen war und wie viele Veränderungen es auf diesen unübersichtlichen und von "amtlichen" Fälschern der Feindkoalition umlagerten Wegen erfahren hat.





"Aus der Kinderkrippe wird ein KZ,

Stimme der Märtyrer Juni 1978

Im Herbst 1976 entsteht in der DDR im Bezirk Leipzig eine solche Aufnahme, die Kinder einer Kinderkrippe in Torgau nach dem gemeinsamen Bad in gestreiften Frotteeanzügen zeigt. Noch im selben Jahr erhält das Motiv auf der World-Press-Photo-Ausstellung einen zweiten Preis in der Kategorie »Das schöne Foto«.

Im Juni 1978 erscheint ein Ausschnitt der »Frottee-Zwerge« in Westdeutschland auf der Titelseite einer Broschüre, herausgegeben von einer christlichen Organisation, die ihre Arbeit der Unterstützung ihrer Glaubensgenossen in den kommunistischen Staaten widmet. Zu der Fotografie heißt es in dem Heft:

»Kinder in Häftlingskleidung. Ein aus einem Sowjet-KZ in der UdSSR geschmuggeltes Bild. Die Kinder wurden in einem Häftlingslager geboren und wachsen dort auf, bis die Eltern einmal entlassen werden."

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.),

"Bilder, die lügen" Bonn 1998, Bouvier Verlag, S. 69.

Der Leser sei angehalten, darauf zu achten, daß nicht plötzlich ein Herkunftsnachweis aus Auschwitz "entdeckt" wird, wo sich die Sowjets um analoge nachgestellte Filmszenen bereits vor Jahrzehnten "verdient gemacht" haben.

Übrigens: In dem vorgenannten Buch aus dem "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" befindet sich kein einziges Beispiel für Deutschland, das deutsche Volk, die deutschen Soldaten verleumdende Bildfälschungen!

³⁹⁾ Hans Roos, "Geschichte der polnischen Nation 1916 - 1960", Stuttgart 1964.

Wenn auch in diesem veröffentlichten "Diensttagebuch" noch vielfältig ergänzende Passagen der vorbezeichneten Art aufscheinen, so sind sie keine Bestätigung von vorherigen "Sitzungsprotokollen", sondern eher Beweisstücke der Fleißarbeit umsichtiger "Kriegsfortsetzer mit anderen Mitteln". Diese hatten sich nach Kriegsende bekanntlich in schweißtreibende Arbeit zur "Umerziehung des deutschen Volkes" gestürzt. Sefton Delmer, einer ihrer Hauptakteure, meinte zwar, von "deren Tätigkeit weiß die Öffentlichkeit nichts". ^{32) S. 632} Ihre "Fleißarbeiten" sind in der Tat so umfangreich, daß man nicht alle ihre Texte und "schmutzigen Tricks", derer sie sich selbst rühmten, analysieren kann. Schließlich genügt es, ihre "Schlüsseldokumente" zu sezieren, wie z.B. das vorbezeichnete Sitzungsprotokoll vom 30. Mai 1940 auf der Burg in Krakau.

Gegenstand der Besprechung war nicht: "Ermordung der polnischen Intelligenz", sondern — Gutachter Buchheim hat es selbst zitiert^{88) S. 167} — die einvernehmliche Regelung der Beziehungen zwischen Generalgouverneur Hans Frank und dem Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger. Die Polizeichefs haben sich den zivilen Verwaltungschefs unterzuordnen.

Im "Sitzungsprotokoll vom 30. Mai 1940" heißt es anfangs:

"Zwar hat mir der Führer noch Anfang Oktober gesagt, daß er dieses Gebiet als Restgebiet des polnischen Volkstums, als eine Art Reststaat sicherstellen wolle, den wir dann dereinst der polnischen Nation wieder zurückgeben würden. ...

Dann sagte mir der Führer Anfang November: Wir wollten das Generalgouvernement behalten. Wir geben es nicht mehr her. Angesichts dieser Sachlage war nun ein ganz neues Programm aufzustellen." 34) 8, 441

"Was der Führer wiederholt mit mir besprochen, das wurde nun in steigendem Maße Gegenstand der Erörterung, daß nämlich das Gebiet des Generalgouvernements im deutschen Machtbereich bleibt. ...

Wir sehen also einen absolut germanischen Rassekern in diesem Volkstum, und diesen Rassekern zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern, wird auf weite Sicht die Möglichkeit geben, diesen Raum des Generalgouvernements dem Deutschtum zuzuführen. ..." 84) 8.441

Auf dieser Sitzung schien alles durcheinanderzugehen. Von der "Vernichtung der polnischen Intelligenz" bis zur Entdeckung eines "absolut germanischen Rassekerns", der "entwickelt, gepflegt und gefördert werden müsse", von "einem sicherzustellenden Reststaat des polnischen Volkstums", das "dann aber dem Deutschtum zugeführt werden soll".

Laut "Sitzungsprotokoll vom 30. Mai 1940" habe Frank mit dem Führer "in steigendem Maße ein neues Programm erörtert", was allerdings in eklatentem Widerspruch zu allen anderen Äußerungen und Anweisungen steht, die Frank, aber auch Hitler, zwischen November 1939 und Mai 1940 von sich gegeben haben. Allein dieser Sachverhalt beweist die Fälschung.

Im Gegensatz zum "Sitzungsprotokoll" vom 30.5.1940 liest man im "Diensttagebuch des deutschen General-

"Standartenführer Janowski berichtet über den Aufbau des polnischen Hilfswerkes, das ähnlich dem Winterhilfswerk

gouverneurs" u.a. am 15.12.1939:

im Reich gestaltet sei, wobei in den Landgebieten Lebensmittel und Bekleidung und in den Städten Geld gesammelt werde. Es sei dafür Sorge getragen, daß die Organisation des Hilfswerkes nicht zu einer Zusammenballung von Männern führe, die unter Umständen irgendwelche anderen Ziele verfolgen." 85) S. 81

Protokoll vom 19.1.1940:

"Doch auch unsere grundsätzliche Einstellung zu diesem Gebiet hat sich gewandelt. Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Unter dem Einfluß der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese Einstellung völlig gewandelt.

Heute sieht man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes. Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel. Damit sind der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes neue Lebensmöglichkeiten erstanden. ...

Wir wollen der polnischen Bevölkerung eine Chance geben, die polnische Währung in Ordnung zu bringen, obwohl nicht das Deutsche Reich und Volk für das Absacken der polnischen Währung verantwortlich sind, sondern einzig und allein die Mißwirtschaft der polnischen Regierung, die das polnische Gold auf der Flucht mitnahm.

Daher ist es zu allererst Aufgabe der Polen selbst, sich im Wege der Selbsthilfe, der wir unseren Schutz gewähren werden, die Währung sicherzustellen. ...

Soll dieses Programm [zur wirtschaftlichen Leistungssteigerung] durchgeführt werden, dann müssen die Betriebe eine bevorzugte Behandlung erfahren. ... n 85) 8. 91, 98

Die "Trümmerhaufen"-Version "von Hans Frank" ist grundsätzlich fragwürdig, zumal Bestätigungen fehlen und sie "seinen Worten" zufolge allenfalls auch nur einen Monat gegolten habe, da "in den letzten Monaten" (Okt.?, Nov., Dez. 1939) dies auf Grund "der Erziehungsarbeit" schon anders war. Angebliche "Trümmerhaufen"-Politik also ausgerechnet in jenem Monat, als Hitler "dieses Gebiet als einen polnischen Reststaat sicherstellen wollte" und bevor der Führer "in steigendem Maße" das Gegenteil "erörterte", was allerdings infolge "Erziehungsarbeit" hinfällig geworden sei! -- Grotesk! Hitler hatte die Wiederherstellung eines neuen unabhängigen polnischen Staates für den Fall eines Friedens nie in Frage gestellt30)8. 172 + 28) 8. 172 und wollte auch jede Spannung mit der Sowjetunion vermeiden. 40) 8. 80 Allein schon aus diesen Gründen konnte es niemals einen "Führerbefehl zur Vernichtung der polnischen Intelligenz" gegeben haben!

Hans Frank am 6.2.1940:

"Daß wir die Universitäten und Mittelschulen nicht eröffnen, hängt damit zusammen, daß wir es nicht dulden können,

 [&]quot;Generaloberst Halder Kriegstagebuch", Stuttgart 1962, Bd. I; hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen.

daß an diesen Stätten antideutsche Politik gemacht wird. Wir haben aus den Unterrichtungs- und Vorlesungsbüchern festgestellt, daß sie von der bluttriefendsten antideutschen Lehre durchsetzt sind. In einem Unterrichtsbuch für Mittelschulen steht z.B., daß jeder Deutsche eine Bestie, daß der Deutsche der Todfeind jeden menschlichen Fortschrittes und der Antichrist ist, daß das einzige Kulturvolk der Welt das polnische Volk ist, daß alle Kultur in Europa auf Polen zurückgeht.

Die deutsche Verwaltung kann unter solchen Umständen einen höheren Schulunterricht nicht zulassen; das muß wohl bis nach dem Krieg zurückgestellt werden. Im übrigen sind die Universitäten Brutstätten der Haßpolitik gegen Deutschland, wie sie das immer gewesen sind. ...

Ich habe immer gesagt: die ganze loyal sich verhaltende polnische Bevölkerung steht unter dem mächtigen Schutz des Deutschen Reiches, insbesondere die arbeitenden und bäuerlichen Schichten. Aber jeder Versuch der Fortsetzung des Deutschenhasses wird rücksichtslos bis zur Vernichtung dieses Widerstandes bekämpft.

Was die Polen an Schandtaten verübt haben, das ist schon einzigartig und kann von niemandem in der Welt begriffen werden. Heute noch finden wir im Gebiet des Generalgouvernements die Opfer ununterbrochen zu beiden Seiten der Transportstraßen, auf denen die Deutschen vorwärtsgetrieben wurden. Viele wurden aus der Gegend von Neumarkt und Bielitz zu Fuß getrieben. Frauen, Kinder, werdende Mütter, alte Männer. Sie wurden fortgesetzt beschimpft, bespien, geschlagen und unterwegs ermordet. Wir haben hier schon allein an 20 Stellen Massengräber gefunden, in ihnen Leichen, die unglaubliche Verletzungen zeigten. Man sieht es: die Menschen sind meistens durch Kolbenschläge getötet worden, die Schädel sind eingeschlagen - die typische Art der Ermordung. Diese grauenerregenden, sadistischen Verbrechen sind eine ernste Anklage, das gibt es in der ganzen Weltgeschichte nicht. ...

Dieser ernste Punkt steht zwischen Polen und Deutschen. Wenn wir dafür Rache nehmen wollten, wir könnten dafür an dem polnischen Volk Rache nehmen. Gnade Gott, daß wir uns zurückhalten. ... Das Schlimmste ist, daß die Kirche die Schuld für diese Hetzereien trägt. ...

Ein wichtiges Problem ist es, die Masse der gebildeten Leute zu gewinnen. ...

Es gibt eine polnische Selbsthilfe, eine Art Winterhilfe. Das amerikanische Rote Kreuz betätigt sich, ebenso die Quäker. Beide sind sehr betrübt, daß die Engländer ihnen in Gibraltar die Waren beschlagnahmt haben, die die Amerikaner für die notleidenden Polen herübertransportiert haben. Die Engländer haben die Schiffsladungen ausgeladen. Das ist englische Menschlichkeit im Dienst der Polen. Deutschland muß heute je Monat 10.000 t Getreide auf Rechnung des Staatsetats für die notleidenden Polen abgeben. ** 35) 8. 107-108

Hans Frank am 25. Februar 1940:

"Die Entscheidung über dieses Gebiet ist in endgültiger Form noch nicht gefallen. ... Es wird weder an solchen Plänen gearbeitet, noch irgendwie zunächst einmal eine Entwicklung angestrebt. Behandeln Sie daher das Generalgouvernement als uns durch den Kriegausgang anvertrautes besetztes Gebiet. ...

Dieses Gebiet ist zunächst vom Führer als Heimstätte des polnischen Volkes bestimmt worden. Das wurde mir in Berlin vom Führer und vom Generalfeldmarschall Göring immer wieder eingeschärft, daß das Gebiet nicht der Germanisierung ausgeliefert wird. ...

Nach den uns gegebenen Weisungen gelten jetzt auch hier nach der vom Führer gegebenen Verordnung die polnischen Gesetze weiter. ..." ^{85) 8, 118}

Hans Frank brachte am 26.2.1940

"den Wunsch des Generalfeldmarschalls Göring zum Ausdruck, die deutsche Verwaltung so aufzubauen, daß das polnische Leben als solches gesichert sei. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß Warschau eine nunmehr der Germanisierung anheimgefallene Stadt sei, sondern Warschau solle nach dem Willen des Führers eine der Städte sein, die in dem Polen zugedachten Reststaat als polnische Gemeinwesen weiterbeständen. Eine Verdeutschung oder Germanisierung sei vollkommen fallen gelassen worden. ...

Dazu gehöre, daß die polnische Selbstverwaltung möglichst praktisch in Erscheinung trete. Sowohl die Schilder der Ostbahn, wie die Straßenbezeichnungen und die Außschriften an den Läden dürften nie den Eindruck erwecken, als ob eine gewaltsame Germanisierungstendenz Platz griffe. Was hier geschehe, geschehe im Auftrag des Reiches und des Führers, und darauf schaut die ganze Welt. " 34) 8.387

Am 2. März 1940 hatte Hans Frank vor dem Reichs-



Der Schalk steht ihnen noch im Gesicht geschrieben angesichts der von ihnen als "gelungen" erachteten Demonstration.

Man findet Ähnliches, allerdings mit noch viel mehr nebeneinandergelegten "tätowierten" Armen bei Fehlen zugehöriger Anatomie, dafür viel größer, ebenso wie hier ohne Dokumentationsnachweis im "Holocaust-Museum" in Washington.

Die Historischen Tatsachen haben in der Nr. 66 wissenschaftlich nachgewiesen, daß es niemals einen deutschen Befehl zur Tätowierung von Häftlingen gegeben hat.

verteidigungsausschuß erklärt:

"Sollte künftig eine Exekution ohne meine Genehmigung vorgenommen werden, so würde ich auf Befehl des Führers ein solches Verfahren als Mord verfolgen lassen.

Wenn der Führer bestimmt hat, daß das Generalgouvernement die Heimstätte der Polen sein soll, so sehen Sie daraus, daß das Generalgouvernement eine ungeheuere weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat. Wir haben hier den Polen eine Ordnung zu gewährleisten. Wir dürfen zu diesem Zweck die Autorität des Reiches nicht in mißbräuchliche Anwendung bringen lassen zu Gewaltaktionen, die sich letzten Endes gegen das Ansehen des Führers und des Reiches auswirken. "34) 8. 489

Und einen Tag später:

"Das Generalgouvernement ist einer der wichtigsten Faktoren für die Industrie und die nahrungsmäßige Versorgung des Reiches. ...

Vom Führer ist mir aufgetragen worden, das Generalgouvernement als Heimstätte des polnischen Volkes zu betrachten. Demnach ist keine irgendwie geartete Germanisierung möglich....

Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen.

Ich habe zu diesem Zweck auf ausdrücklichen Befehl des Führers auch die unmittelbaren Exekutionen von meiner vorherigen Genehmigung abhängig gemacht. Es gibt keine Vollstreckung des Todesurteils eines Standsgerichtes ohne meine vorherige Genehmigung. Massenweise Exekutionen sollen hinfort unterbleiben. ...

Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungsmöglichkeiten für die Polen zulassen müssen. ...

Das letzte Wort des Führers, das er mir mit auf den Weg gab, war:

»sorgen Sie dafür, daß drüben absolute Ruhe ist; ich kann nichts brauchen, was im Osten die Ruhe stört.«

Dafür werde ich sorgen. ... " 34) 8. 372-373

Hans Frank am 23.4.1940:

"Viele Unternehmungen könnten doch von Polen geleitet werden. Das Generalgouvernement verfolge doch lediglich den Zweck, auch in wirtschaftlicher Beziehung der polnischen Nation einen Schutz zu bieten. Er möchte beinahe annehmen, daß man mit Polen besser fahre, als mit diesen selbstherrlichen Treuhändern." ^{84) 8. 396}

Hans Frank in seiner Ansprache zur Amtseinführung des polnischen Appellationsgerichtspräsidenten, der Senatspräsidenten und Richter von Radom am 25. Mai 1940:

"Wir wollen hier nicht irgendwie einen Ausrottungskrieg gegen ein Volkstum führen. Der Schutz des Reiches über das polnische Volk in dieser deutschen Interessenzone bedeutet für Sie die Möglichkeit, sich getreu der Überlieferungen Ihres Volkes zu entwickeln. Was ich verlangen muß, ist der Gehorsam gegenüber den Waffen des Führers und den Anordnungen des Reiches. Ich glaube, daß es dann auch durchaus für Ihre Nation die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung und einer ertragreichen Arbeit gibt. Was an mir



Hitler, Goebbels und Himmler am 22. Januar 1933 auf dem Nikolai-Friedhof in Berlin während der Gedenkfeier am Grabe Horst Wessels

liegt, Ihnen dabei zu helfen, will ich gern tun. ... Sie sollen nicht einer Gewalt unterworfen werden, die willkürlich und blind wütet. Obwohl beleidigt, schwer gekränkt und unsagbar in seinen Ehrempfindungen getroffen, wird das deutsche Volk doch seinerseits keine Rachegefühle kennen. ... Sie können sich in Ihrer Arbeit und Leistung versichert halten, daß ich Sie in Ihrer Arbeit schützen und vertreten werde. Ich glaube, daß Sie mit loyal aufgeschlossener Mitarbeit zum gemeinschaftlichen Nutzen dieses Gebietes Ihrem eigenen Volk am besten dienen. ... Daher verspreche ich mir von Ihrer Arbeit die so sehr notwendige Befriedung der Gemüter. ... "85)8. 201

Bei dieser Aufzählung haben wir uns kurzgefaßt. Diese Unterlagen hat das "Internationale Militärtribunal" (IMT) selbst in seinen Protokollbänden publiziert und daher gewußt, welchen Schwindel es gleichzeitig mit dem "Sitzungsprotokoll vom 30. Mai 1940" der Welt zu präsentieren die Stirn hatte. Doch solches entsprach bekanntlich den ihm im Londoner Statut vom 8.8.1945 auferlegten "Moralgrundsätzen".

Wäre noch kurz zu ergänzen:

"Im ganzen Land fand das Polentum im Generalgouvernement erträglichere Lebensbedingungen vor als in den »Eingegliederten Ostgebieten« oder unter der Sowjetherrschaft, so daß im Winter 1939/40 Hunderttausende von Polen aus Ostpolen ins GG flohen. ...

... die konspirative Tradition des Polentums zur Schaffung einer antideutschen, schon während der Belagerung Warschaus entstandenen Untergrundarmee ... " 41) 8. 179

bewirkte deren Anwachsen im Frühjahr 1940 bereits auf 100.000 Mann. – Daß in Kriegszeiten darauf eine "starke Gegenwirkung der Polizeibehörden" einsetzte, dürfte keine Besonderheit "brutaler Himmler'scher Methoden" gewesen sein, sondern ist allgemein üblich.

⁴¹⁾ Werner Markert (Hrsg.), "Osteuropa-Handbuch -- Polen", Köln - Graz 1959, (dort: Hans Roos, "Polen in der Besatzungszeit").

Zum Stil des Sitzungsprotokolls vom 30.5.1940

Auch Stilfehler in den zitierten Passagen des Sitzungsprotokolls vom 30.5.1940 entlarven den ausländischen Verfasser:

1.) Die mehrfache Einflechtung des Hinweises, daß "wir als Nationalsozialisten" verpflichtet seien ..., ist zu auffällig, um normal zu sein, denn Hans Frank stand auf seinem Generalgouverneur-Posten nicht als Nationalsozialist, sondern als Vertreter des Deutschen Reiches, wie auch alle seine Zuhörer ihm als Deutsche zur Seite standen, deren Parteizugehörigkeit gar nicht gefragt war.

2.) Daß sich "die polnische Nation", die es 1940 gar nicht mehr gab, da sie inzwischen aufgeteilt war und das ehemalige polnische Staatsgebiet zur Hälfte unter Oberherrschaft der Sowjetunion stand, zur Zeit des Frankreichfeldzuges hätte "erheben" können, konnte am 30.5.1940 in

Krakau kein Thema sein.

3.) Einen "Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit von ... besprach", gibt es nicht. Wo soll der "Zeitpunkt" gewesen sein? In Berlin oder Krakau?

4.) Frank habe nicht mit "SS-Obergruppenführer Krüger und dem Kameraden Streckenbach dieses ... besprochen", sondern "in Anwesenheit" dieser beiden. Also müßten noch weitere dabei gewesen und in das Gesprächsthema als Mitwirkende einbezogen worden sein, wofür sich

allerdings keine Anhaltspunkte ergeben.

- 5.) Das "AB-Programm" ("Außerordentliche Befriedungsprogramm") hatte zum Inhalt, "Schluß zu machen" mit "Aufrührerischen und Verdächtigen und zu gleicher Zeit" normalerweise würde ein Deutscher: "gleichzeitig" sagen "mit der Erbschaft ... aufzuräumen". Was sollten sich die Gesprächsteilnehmer unter einer "aufzuräumenden Erbschaft" vorstellen? Und das alles "zu gleicher Zeit?"
- 6.) Dann "gestand" Frank etwas "ganz offen", nicht etwa halb offen.
- 7.) Damit "aus dem polnischen Volk kein Widertand mehr emporsteigt" (seltsamer Ausdruck), "bat" Frank seine Herren, "appellierte an sie", ihm" bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen". Er befahl ihnen also nichts, obgleich "der Führer ihm die Ausführung befohlen hatte". So konnte er gar nicht formuliert haben!

8.) Da hat doch tatsächlich Landrat, "Parteigenosse (Friedrich) Siebert" schon vor der "Polizeisitzung am 30. Mai 1940" "einen Erlaß herausgegeben", für den sich der Generalgouverneur "bedankte"; offenbar hatte er ei-

genmächtig gehandelt. Konnte er das eigentlich ohne Auftrag des Generalgouverneurs? Natürlich nicht! Hätte Frank diesen Erlaß persönlich veranlaßt, so hätte er sich dafür nicht zu bedanken brauchen, sondern hätte den Anwesenden zum Ausdruck gebracht, daß er selbst diesen Erlaß veranlaßt habe. Was hatte schließlich ein Landrat damit zu tun?

Niemand hat diesen "Erlaß" jemals gesehen. — Sein Inhalt ist wirklich gut: Es sollte "eine gewisse Rücksichtnahme auf die physische Situation der mit solchen Exekutionen betrauten Männer zur Pflicht" gemacht werden. — Eine "physische Situation" gibt es nicht, allenfalls eine "physische Verfassung" der Männer. Dabei hätte "Parteigenosse Siebert" eher die "psychische" als die "physische" Verfassung berücksichtigen sollen, die jedoch nicht erwähnt wurde!

- 9.) Nun wird "eine gewisse Rücksichtnahme zur Pflicht gemacht"? Etwa mit dem Ergebnis, daß sich jeder unter Hinweis auf seine "physische Situation" einem Befehl entziehen kann? Wenn dies aber nun schon "zur Pflicht gemacht ist" per Erlaß, wozu mußte Frank dann noch seine Zuhörer "bitten, dies unter allen Umständen zu berücksichtigen", was zweifellos die "anständigen deutschen Soldaten und Kameraden" zur Befehlsverweigerung veranlaßt hätte
- 10.) Nun soll auch noch jeder Angehörige der Exekutionskommandos "hundertprozentig die Gewißheit haben, daß er hier in Erfüllung" von etwas handelt, was es gar nicht gibt: "eines Richterspruches der deutschen Nation", durchgesetzt von "einem summarischen Standgerichtsverfahren". das Frank "mit dem Kameraden Streckenbach vereinbart habe". Konnte Frank "mit dem Kameraden Streckenbach einen Richterspruch der deutschen Nation vereinbaren"? Natürlich nicht! Weder der eine, noch der andere hatte auch nur annähernde Kompetenzen, um sich zu "höchsten Richtern der deutschen Nation" aufzuspielen! Auch hier gilt: Allein schon solche Formulierungen erweisen sich von der Sache und dem Stil her als eindeutige Nachkriegsfälschungen!

Alles in allem:

Zweifellos eine Geschichte für den kleinen Moritz. Auschwitz-Prozeß-Gutachter Hans Buchheim nahm an alledem keinen Anstoß!

Vielfältige Dokumentenfälschungen

Die von den Siegermächten verfügte "Historisierung" nicht nur der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Polenfeldzuges, sondern auch an der deutschen Zielsetzung: "Vernichtung des polnischen Volkes, speziell seiner Intelligenz" findet ihren Niederschlag nicht nur in der Fälschung eines einzigen Dokumentes wie des vorerwähnten

"Sitzungsprotokolls vom 30. Mai 1940" laut "Diensttagebuch des Generalgouverneurs", sondern gleichermaßen in mehreren anderen, gleichartig leicht vor Veröffentlichung zu manipulierenden "Tagebüchern" wie jenes vom früheren Generalstabschef Generaloberst Franz Halder und Oberstleutnant Helmut Groscurth.

So sind die Behauptungen über "Hitlers Befehl zur Vernichtung der polnischen Intelligenz" schon vielfältig in den September 1939 als angeblich Gesagtes und Gehörtes von Reinhard Heydrich, Helmut Groscurth, Wilhelm Canaris, Bruno Streckenbach hier in seinem Rechenschaftsbericht vom Mai 1940^{35) S. 214}), Heinrich Himmler (Rede vom 7.9.1940 in Metz vor "dem Führerkorps der Leibstandarte Adolf Hitler" ⁴²⁾ -- "wiedergegeben" worden. Sämtliche Nachprüfungen erweisen, daß es sich hierbei meist um unsignierte, fragwürdige, abgeschriebene, unbeglaubigte Papiere handelt, die nach dem Krieg im Sefton-Delmer-Stil "einem Toten in den Mund gelegt" wurden. ^{32) S. 549} + ^{36) S. 63}

Ein typisches Beispiel liefert der einstige Major der Abwehr Helmuth Groscurth bzw. sein im Dienst der Alliierten stehender posthumer "ghostwriter":

"Oster kam noch und sprach mit mir allein. Chef hat folgendes erfahren: ... Heydrich hetzt weiter in wüstester Weise gegen Armee – es ginge alles viel zu langsam!!! Täglich fänden 200 Exekutionen statt. Die Kriegsgerichte arbeiteten aber viel zu langsam. Er würde das abstellen. Die Leute müßten sofort ohne Verfahren abgeschossen oder gehängt werden.

»Die kleinen Leute wollen wir schonen, der Adel, die Popen und Juden müssen aber umgebracht werden. Nach dem Einzug in Warschau werde ich mit der Armee vereinbaren, wie wir diese Kerle alle herausdrücken." (8) 8, 201

Klaus-Jürgen Müller hat den letzten Satzteil, den der ausländische Fälscher nicht so recht geschafft hatte, ins richtige deutsch gebracht, ohne allerdings "seine Verbesserung" bekanntzumachen:

"Er werde dafür sorgen, daß nach dem Fall Warschaus die Armee diese entsprechenden Bevölkerungsgruppen herausrücke." 44) 8. 427

Aus "Kerlen" wurden dafür flugs "Bevölkerungsgruppen". So einfach zaubert selbst das Militärgeschichtliche Forschungsamt! Dadurch wird die Sachlage allerdings nicht realistischer, denn **Heydrich** konnte nicht erwarten, daß "die Armee" seine Intervention überhaupt zur Kenntnis nimmt geschweige denn ihr hätte stattgeben müssen.

Zudem konnte Heydrich sich als Chef des Sicherheitsdienstes nicht anmaßen, darüber zu entscheiden, "den Adel, die Popen und Juden abschießen" und dies "mit der Armee vereinbaren" zu können! Für "die Armee" war Heydrich niemals ein gleichberechtigter Verhandlungspartner. Die vom Chef des Sicherheitsdienstes für den Kampfeinsatz in Polen "als Wehrmachtsgefolge" zugeführten Polizeiverbände der 6 - 7 Einsatzgruppen mit ihren 2.700 Mann waren entsprechend den schon am 31.7.1939 mit dem Oberkommando des Heeres festgelegten "Richtlinien" dem Heer unterstellt gewesen. Sie hatten das rückwärtige Operationsgebiet des Heeres nach den Weisungen der ihnen jeweils zugeteilten Armeeführung zu sichern und

 IMT, Bd. XXIX, S. 98 ff. - Vergl. Historische Tatsachen Nr. 47, S. 4 ff.
 Helmut Groscurth, "Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938 - 1940" (mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler), hrsg. Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch u.a., Stuttgart 1970. - Vergl. auch S. 78

f, 83 ff, 316, 427 ff, 469 ff.

"alle reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe zu bekämpfen". 36) 8.36 ? und an Hand vorhandener Fahndungslisten

"die Führer und Mitglieder bestimmter polnisch-nationaler Verbände und Institutionen, die als besonders deutschfeindlich galten, zu erfassen und vorbeugend festzusetzen", 36) 8.

also nicht zu "liquidieren"! Analoge Befehle pflegt jede Truppenführung zu erlassen!

Handeln in eigener Verantwortlichkeit war ihnen untersagt, "der reibungslose Verkehr mit den Kommandostellen der Armeen" besonders aufgetragen.

Die mehrfache Verwendung des Begriffs "Armee" in vorgenannter Groscurth-"Notiz" läßt zudem auf einen englisch-sprechenden Verfasser schließen, denn ein deutscher Amtsträger hätte von der "Wehrmacht", dem "Heer", vom Oberbefehlshaber des Heeres oder vom Oberkommando der Wehrmacht, nicht aber von der "Armee" gesprochen. – Für einen Engländer und Amerikaner hingegen ist das freilich alles "army".

Dies alles zeigt, wie absurd u.a. auch die vorgenannten Ausführungen der Jahrzehnte nach Kriegsende publizierten "Tagebücher eines Abwehroffiziers" des bereits 1943 in sowjetischer Gefangenschaft nach der Stalingradschlacht verstorbenen Oberstleutnant Helmut Groscurth sind. Selbst ein "Widerstandskämpfer gegen Hitler" hätte solche (in seinem Namen posthum publizierten) fantasievollen Fälschungstext 1939/1940 nicht in sein Tagebuch geschrieben haben können!

Heydrich soll sich - Groscurths "Tagebüchern" zufolge - bereits am 6. September 1939 über die zu langsame Arbeit der Militärgerichtsorgane, die ihn gar nichts angingen, beschwert haben. Bei wem? Ausgerechnet beim Abwehrchef Admiral Canaris, der damit auch nichts zu tun hatte! Und dieser brauchte 3 weitere Tage, um diese "Beschwerde" weiterzuerzählen, dem Generalmajor Oster, General v. Stülpnagel, Generaloberst Halder.

Nach 6 Tagen Kampfhandlungen konnte sich noch niemand, insbesondere kein außenstehender Amtsträger in Berlin, also auch nicht Heydrich, über die konkreten Kampfsituationen und Personalverhältnisse in Polen ein Bild machen, erst Recht kein Urteil erlauben, — geschweige denn über den Arbeitsbereich der Wehrmachtsjustiz, der Heydrich gar nichts anging. Er hatte dort überhaupt nichts hineinzureden, noch viel weniger deren Verantwortlichen Vorwürfe zu machen. Sie hätten selbst im Eiltempo binnen 6 Tagen nichts schneller machen können!

Der Fälscher hat mal wieder einen gravierenden Fehler gemacht und damit seine Gesamtarbeit in den Groscurth-Tagebüchern desavouriert!

Ausgerechnet Berichte der Einsatzgruppen, die allgemein "dürftig" ausgefallen waren, sind vom 1. - 5. September 1939 bei Heydrich nicht eingetroffen. 26, 41 Hat man sie etwa, um die Geschichte mit der "Beschwerde" am 6. September nicht zu gefährden, nachträglich beiseitegeschafft? Wie auch immer: Heydrich konnte von den Einsatzgruppen, zumal diese nicht im Operationsgebiet der Wehrmacht, sondern im Hinterland tätig waren, keine solche Kenntnis erhalten haben. — Abgesehen hiervon: Wenn schon Vorwürfe gegen die Wehrmachtgerichtsbarkeit, warum sollte

⁴⁴⁾ Klaus-Jürgen Müller, Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, "Das Heer und Hitler", Stuttgart 1988,-- Deutsche Verlagsanstalt.

er sie dem Abwehrchef Canaris zutragen? Ganz einfach: So konnten das über viele Hören-Sagen-Wege "alle gewußt haben" und in das "Tagebuch" des Abwehroffiziers Groscurth gelangen.

Groscurth bzw. sein posthumer "ghostwriter" enthüllte noch mehr Schauerliches:

"Halder, von verschiedenen Seiten schon informiert, auch wenn ihm dienstlich-offiziell nichts bekannt geworden war, wußte indessen von den verbrecherischen Polenplänen der Staatsführung, denn er bemerkte zu seinem Oberquartiermeister I, daß es

»die Absicht des Führers und Görings sei«, das polnische Volk zu vernichten und auszurotten" (also nicht nur zu "vernichten", sondern auch noch "auszurotten"!, – d. Verf.). Das übrige kann auch nicht andeutungsweise schriftlich niedergelegt werden." 44) 8. 428

Dennoch war "sich Halder nicht im klaren". Sein der Öffentlichkeit übermitteltes Tagebuch wird selbst vom Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamt "offenbar" ebenfalls als unzuverlässig angesehen. 40 S. 430 Die Befehlshaber im besetzten Gebiet wurden über "die Grundsatzentscheidung der geplanten Ausrottungsmaßnahmen" in Unkenntnis gehalten! 40 S. 423 und die nachgeordneten Kommandobehörden wußten allemal davon nichts. 40 S. 428 Wie war das nur alles möglich?

In dem stichwortartig gefertigten Tagebuch von Generalstabschef Franz Halder heißt es hierzu:

Ständige Sorge Hitlers, daß Frankreich im Westen angreift. ...

9.9.39: "Gedanken des Führers über Angebot nach Sieg Ost." 45) 8.87

11.9.: "Feindliche Propagandawelle über deutsche Greueltaten in Polen. Was ist dagegen zu tun? ... Vorwürfe müssen näher bekannt sein. Dann Nachprüfung durch Offizier im Flugzeug." 565) 8.71 (Keine Eintragung über Ergebnis)

12.9.: "Hitler denkt an sich bescheiden über Ostoberschlesien und Korridor." 45) 8. 72

20.9.: "Deutsche Truppen geben Lemberg auf. Es darf sich keine politische Spannung [mit den Sowjets] entwickeln."

Ein Zurückweichen vor den Sowjets empfand das OKH als Schande. 45) 8.80

28.9.: "Führer versucht Eindruck unseres Erfolges in Polen auszunutzen, um zu einer Verständigung zu kommen." 45) 8.

Doch einer "blickte durch": Abwehr-Major Groscurth bzw. sein posthumer ghostwriter:

(a) "Als der Reichsführer-SS noch während des Feldzuges allen Polizeibefehlshabern im besetzten Gebiet unmittelbar die Weisung erteilt hatte, alle Angehörigen polnischer Insurgentenverbände sofort und ohne Standgericht zu erschieβen, erhielten die Oberbefehlshaber keine Kenntnis davon". ^{44) S. 430}

Komisch: Zur gleichen Zeit, am 21. September 1939 hatte Heydrich den Chefs der Einsatzgruppen noch einmal befohlen,

"alle erforderlichen Maßnahmen stets in engstem Zusammenwirken mit den zuständigen Militärbehörden zu treffen; vor allem sei Rücksicht auf die Belange des Heeres zu nehmen.

Der Heeresführung gegenüber gab sich die SS zunächst betont kooperativ und respektvoll. Himmler sandte Heydrich am 22. September zu Brauchitsch »zur Entgegennahme von Wünschen des ObdH«" 44)8.482

(b) Canaris "hörte" vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, der ObdH v. Brauchitsch habe das ebenfalls "vom Führer gehört" — "man weiß es" aus dem "Tagebuch" von Abwehr-Major Groscurth,

"daß in Polen umfangreiche Füsilierungen geplant seien —, daß insbesondere der Adel und die Geistlichkeit ausgerottet werden sollen und daß für diese Methoden ... die Welt schließlich doch auch die Wehrmacht verantwortlich machen werde, unter deren Augen diese Dinge geschähen, antwortete der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, daß diese Sache bereits vom Führer entschieden sei, der dem ObdH klargemacht habe, daß, wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu tun haben wolle, sie es auch hinnehmen müsse, daß SS und Gestapo neben ihr in Erscheinung treten. Es werden daher ... neben dem Militär- auch ein Zivilbefehlshaber eingesetzt werden. Letzterem würde eben die »volkstümliche Ausrottung« zufallen."40 8.428

Man stolpert sofort über verdrehte Sachverhalte, fremdländischen Sprachstil und das Durcheinander von Zeiten bis zur "volkstümlichen Ausrottung" als Spitzenstilblüte.

Allein die hier vorgetragenen Passagen machen die publizierten Groscurth-"Tagebücher eines Abwehroffiziers" historisch wertlos, weil mit Fälschungen durchsetzt! Gleichermaßen Vorsicht ist angebracht bei den anderen zitierten "Tagebüchern", in denen Authentisches mit Gefälschtem vermischt ist.

Nichts kann das Absurde bei Groscurth bestätigen: Weder eine angebliche Unterredung mit dem ObdH am 22.9.1939, in der Heydrich gesagt haben soll,

"keine Rücksicht könne genommen werden auf Adel, Geistlichkeit, Lehrer und Legionäre, das seien aber nur wenige, ein paar Tausend, die sofort verhaftet und in die KZ verbracht werden müßten",

noch ein "Vermerk" Heydrichs vom 3.7.40 — seither von den Zeitgeschichtsschreibern als "Liquidierungsbefehl" weitergereicht** — (vergl. "Fall 4" S. 25), demzufolge

"die außerordentlich radikalen Weisungen für die Einsatzgruppen zur Liquidierung zahlreicher polnischer Führungskreise -- Tausende -- geführt haben." ^{26) S. 69}

So ist es kein Zufall, daß "die Heeresführung sowie die Befehlshaber in diesen Gebieten" über diese "Befehle" (nun sogleich in Mehrzahl)

"nicht ausreichend unterrichtet waren, so daß - wie Heydrich ebenfalls rückblickend [im selben Aktenvermerk] feststellte -.

»nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat«." ^{46) S. 98}

Bleibt zu fragen, weshalb "hat **Heydrich** einen solchen Aktenvermerk angelegt", während es ansonsten keinerlei Nachweis für seinen (wieso eigentlich "seinen"?) "*Liquidierungsbefehl*", geschweige denn für mehrere, gibt? Dabei hatte er doch am 29.9.1939 die EG-Kommandeure in einem

^{45) &}quot;Generaloberst Halder Kriegstagebuch", Stuttgart 1962, Bd. I; hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen.

⁴⁶⁾ u.a. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 18. Jg./1970.

Schnellbrief noch einmal angewiesen,

"die erforderlichen Maßnahmen in engstem Zusammenwirken mit den zuständigen Militärbehörden zu treffen". 46) 8. 99

Anstatt den "entstandenen Eindruck bei Heeresführung und den Befehlshabern dieser Gebiete" durch Bekanntmachung "der Natur dieser Befehle" auszuräumen — immerhin konnte er Vorwürfe über "willkürliche, brutale Eigenmächtigkeiten" kaum auf sich sitzen lassen —, soll Heydrich "gleichzeitig" den Einsatzgruppen "befohlen" haben.

»die Konzentrierung der Juden als erste Vorausmaßnahme für die Endlösung«.^{46) S. 99}

Er soll also einen Befehl erteilt haben, den er nachweislich gar nicht erteilt haben konnte, da er dafür weder die Kompetenzen hatte noch ein Begriff wie "Endlösung", nicht einmal "Gesamtlösung", im amtlichen deutschen Sprachgebrauch bekannt war!

Bleibt weiter zu fragen, hätten "Heeresführung und die Befehlshaber in diesen Gebieten", wären sie über die Natur dieser Befehle ausreichend unterrichtet gewesen, solche "Liquidierungsbefehle" nicht gleichermaßen als "willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit" auffassen müssen? — Die "Begründung Heydrichs" "in seinem Aktenvermerk" war somit ebenso falsch wie die "Vorausmaßnahmen für die Endlösung"!

Das alles fiel freilich weder den Herausgebern noch Verfassern der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* noch den hinzugezogenen anderen Autoren auf!?

In dem vorstehenden Zusammenhang wird vielfach eine

Rede Himmlers am Abend des 13. März 1940 in Koblenz vor der höheren Generalität des Heeres im Sinne einer bestätigenden Ergänzung erwähnt. Hierzu kurz:

"Der Wortlaut der Rede ist nicht überliefert. Über den Inhalt der Rede lag bisher nur die knappe Aussage des Generals der Artillerie Wilhelm Ulex vor, ... der Reichsführer SS habe über das Vorgehen der SS und Polizei in Polen gesprochen und versucht, es seinen Zuhörern verständlich zu machen. Dabei habe er betont:

» ... Ich tue nichts, was der Führer nicht weiß. ...

Daß er das so offen decouvrierte, hat mich allerdings stark gewundert. «" 46) 8. 96 %

Himmler habe — so Feldmarschall von Weichs in seinen unveröffentlichten Erinnerungen — das Vorgehen von SS und Polizei in Polen nur mit sicherheitspolitischen Gesichtspunkten begründet: es sei notwendig gewesen, "eine ernsthaft bedrohliche polnische Aufstandsbewegung schon in den Anfängen zu zerschlagen".

1981 lagen dem Institut für Zeitgeschichte plötzlich "eigenhändige Stichwortnotizen" vor, denenzufolge Himmler "nach längeren, z.T. offenbar recht abstrusen Darlegungen" vermerkt habe:

»Exekutionen der führenden Köpfe der Gegenbewegung — sehr hart, aber notwendig — selbst dabei gewesen — keine wilden Angelegenheiten von Unterführern — ebensowenig von mir, weiß sehr genau, was vorgeht.« ^{36) 8, 106}

Ausgerechnet hierfür hätte er sicherlich keine "Stichwortnotizen" nötig gehabt. Sie konnten zudem nur dem Feind nützlich sein.

Gefälschte Dokumente über die Einsatzgruppen im Polenfeldzug

Fall (1)

Der Oberbefehlshaber des Heeres betr. Tätigkeit und Aufgaben der Polizeieinsatzgruppen im Operationsgebiet. Hauptquartier OKH, den 21.9,39 an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen:

"Die Einsatzgruppen der Polizei haben im Auftrage und nach Weisung des Führers gewisse volkspolitische Aufgaben im besetzten Gebiet durchzuführen. Zur Sicherung der Einheitlichkeit in der Befehlsführung und zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle tritt nach Vortrag beim Führer folgende Regelung mit sofortiger Wirkung in Kraft:

- Der Führer wird von allen Weisungen, die er bezüglich der besetzten Gebiete an den Reichsführer SS gibt, den Oberbefehlshaber des Heeres in Kenntnis setzen.
- 2. Der Reichsführer SS wird dem Oberbefehlshaber des Heeres von allen Weisungen Kenntnis geben, die er in gleicher Sache an nachgeordnete Dienststellen erläßt.
- 3. Der Chef der Sicherheitspolizei wird wie der Reichsführer SS verfahren.
- 4. Die Kommandeure der Polizeieinsatzgruppen haben die ihnen gewordenen Aufträge dem zuständigen

Oberbefehlshaber vor Ausführung zu melden.

Die Aufträge des Führers umfassen in erster Linie Maßnahmen volkspolitischer Art. Die Ausführung dieser Aufträge im einzelnen soll den Kommandeuren der Polizeieinsatzgruppen überlassen bleiben und liegt außerhalb der Verantwortlichkeit der Oberbefehlshaber.

Ich ersuche die Herren Oberbefehlshaber nach vorstehender Richtlinie zu verfahren und den Kommandeuren der Polizeieinsatzgruppen zu befehlen, ihre Tätigkeit mit den Belangen des Heeres in Übereinstimmung zu bringen.

Geheime Feldpolizei und Feldgendarmerie sind Einheiten des Heeres, die für eine polizeiliche Aufgabe vorstehender Art nicht herangezogen werden dürfen.

Ich bitte mir umgehend durch Fernschreiben zu melden, wenn von seiten der Polizeieinsatzgruppen gegen vorstehende Weisung verstoßen werden sollte.

Ich selbst werde die Herren Oberbefehlshaber laufend über die Weisungen des Führers unterrichtet halten.

gez. v. Brauchitsch

Für die Richtigkeit der Abschrift Ruge Hauptmann (164) 8. 667 - 668

Zur Form:

Obgleich es 15 Ausfertigungen dieses Schreibens gegeben haben soll, weiß man hiervon nur auf Grund "einer maschinengeschriebenen Abschrift ohne Unterschrift von Brauchitsch". Mit anderen Worten handelt es sich um ein Stück Papier ohne Authentizitätsnachweis. Auch seine Mikroverfilmung macht es nicht zum historischen Dokument!

Zum Inhalt:

Am 17.9. überschritt zur Überraschung der deutschen Führung die Rote Armee die russisch-polnische Grenze. Am 22.9. gelang erst der Durchbruch zur Weichsel. Am 25.9. begann der Angriff auf Warschau.

Am 21. September war die Kampflage in Polen noch voller Überraschungen und für den ObdH so arbeitsintensiv, daß er weder Zeit und Sinn dafür gehabt haben könnte, längst geklärte Befehlsverhältnisse zwischen Wehrmacht und den 2.700 Mann der Einsatzgruppen neuerlich zu besprechen. Wieso konnte Generalstabschef Halder die Mitteilung von Brauchitsch schon einen Tag früher am 20.9. - zusammenhanglos und seltsam ausführlich ("Führer wird von allen Entscheidungen dem ObdH Kenntnis geben ..., der Reichsführer-SS, die Kommandeure auch ...") in sein knapp gehaltenes Tagebuch "geschrieben haben", zumal er gerade mit dem "Rückzug vor den Russen" befaßt war?45) S. 81 Auch "sein Eintrag" am 19.9.39 ohne Zusammenhang und Erklärung: "Flurbereinigung: Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit, Adel" 45) 8. 79 konnte nicht seinem damaligen Kenntnisstand entsprechen! Sie alle hatten davon nichts gewußt! 44) 8. 427 Gleichermaßen konnte der Führer sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit "volkspolitischen Aufgaben" befaßt haben! "Auftrag und Weisung des Führers" einer solchen Art Mitte September 1939 sind unbekannt und unrealistisch!

"Konkrete Pläne für die Behandlung des eroberten Landes hatte Hitler noch nicht. Er wollte die weitere politische Entwicklung abwarten, bevor er sich über das künftige Schicksal Polens schlüssig wurde." 30) 8. 136 + 39) 8. 171 f + 47)

Der vorstehende Text "gez. Brauchitsch" enthält neben dem Sprachschnitzer "gewordene Aufträge" — im Angesicht der Kampfsituation des Polenfeldzuges und des für die deutsche Führung überraschend einsetzenden Vormarsches der Roten Armee in das ostpolnische Territorium — soviel unrealistischen, nebensächlichen — weil selbstverständlichen — Füllstoff ("Geheime Feldpolizei und Feldgendarmerie sind Einheiten des Heeres") mit überflüssigen Wiederholungen ("Aufträge" = 4 x, "Vortrag beim Führer", da doch seine "Weisung" = 5 x erwähnt waren), daß der gewollte Zweck dieses Schreibens aufstößt, lediglich "volkspolitische Aufgaben" — und dies noch "in erster Linie" — im Sinne einer für die Feindpropaganda gut verwertbaren "Ausrottungspolik" für deren Propaganda und Geschichtsschreibung zu "dokumentieren".

Aufgaben, Unterstellungsverhältnisse, Informationspflichten aller Kampfverbände -- auch der Einsatzgruppen waren längst vor Kriegsbeginn geregelt. Es bedurfte während des Polenfeldzuges keines erneuten "Vortrages beim Führer", zumal ja auch weder der ObdH noch die Armeeführungen Änderungen vorzuschlagen hatten, sondern "der Führer" selbst angeblich bisher unbekannte "Aufträge und Weisungen volkspolitischer Art" erteilen wollte. Wer sollte darüber "beim Führer Vortrag gehalten" haben?

Auch für die dem ObdH zugesagten "Weisungen", die der Führer dem Reichsführer SS gegeben haben soll, gibt es keinen einzigen Beleg. So sind die "volkspolitischen Aufgaben" dem ObdH offensichtlich nicht spezifiziert mitgeteilt worden, auch jene von Himmler nicht; von "allen" anderen "Weisungen des Führers" und jenen des Reichsführers SS "in gleicher Sache an nachgeordnete Dienststellen" oder jenen des "Chefs der Sicherheitspolizei" oder der Kommandeure "über die ihnen gewordenen Aufträge" ganz zu schweigen! Dies ist umso erstaunlicher, als sie sogar mit vielfältigen Absendern, Adressaten und Daten vorliegen müßten!

Datum und vorerwähnte Texte erweisen die Fälschung dieses Papiers!

Fall (2)

Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer **Heydrich** vom 21. September 1939 an die Leiter der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei

Vervielfältigtes Exemplar

Geheim

Betrifft: Judenfrage im besetzten Gebiet

"Ich nehme Bezug auf die heute in Berlin stattgefundene Besprechung und weise noch einmal darauf hin, daß die geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel) streng geheim zu halten sind.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- 1. dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und
- 2. den Abschnitten der Erfüllung dieses Endzieles (welche kurzfristig durchgeführt werden).

Die geplanten Maßnahmen erfordern gründlichste

47) Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte 2/1965, S. 14 ff; Martin Broszat, "Nationalsozialistische Politik".

Vorbereitung sowohl in technischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Es ist selbstverständlich, daß die heranstehenden Aufgaben von hier in allen Einzelheiten nicht festgelegt werden können. Die nachstehenden Anweisungen und Richtlinien dienen gleichzeitig dem Zwecke, die Chefs der Einsatzgruppen zu praktischen Überlegungen anzuhalten.

I.

Als erste Vorausmaßnahme für das Endziel gilt zunächst die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte.

Sie ist mit Beschleunigung durchzuführen. Es ist dabei zu berücksichtigen:

- 1. zwischen den Gebieten Danzig und Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien und
 - 2. den übrigen besetzten Gebieten.

Nach Möglichkeit soll das unter Ziffer 1) erwähnte Gebiet von Juden freigemacht werden, zumindesten aber dahin gezielt werden, nur wenige Konzentrierungsstädte zu bilden.

In den unter Ziffer 2) erwähnten Gebieten sind möglichst wenige Konzentrierungspunkte festzulegen, so daß die späteren Maßnahmen erleichtert werden. ...

H.

Jüdische Ältestenräte.

1. In jeder jüdischen Gemeinde ist ein jüdischer Ältestenrat aufzustellen, ... Er ist im Sinne des Wortes voll verantwortlich zu machen für die exakte und termingemäße Durchführung aller ergangenen oder noch ergehenden Weisungen. ...

3. Die Judenräte haben eine behelfsmäßige Zählung der Juden – möglichst gegliedert nach Geschlecht (Altersklassen a) bis 16 Jahre, b) von 16 bis 60 Jahren und c) darüber) und nach den hauptsächlichsten Berufsschichten – in ihren örtlichen Bereichen vorzunehmen und das Ergebnis in kürzester Frist zu melden.

Sie sind sodann persönlich verantwortlich zu machen für den Abzug der Juden vom Lande. ...

III.

Alle erforderlichen Maßnahmen sind grundsätzlich stets im engsten Einvernehmen und Zusammenwirken mit den deutschen Zivilverwaltungs- und örtlich zuständigen Militärbehörden zu treffen. ...

(Es folgen langatmige Anweisungen, Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse der Wehrmacht, Wirtschaft, die Interessen der Sicherheitspolizei und der deutschen Zivilverwaltung)

IV.

Die Chefs der Einsatzgruppen berichten mir laufend über die folgenden Sachverhalte:

- Zahlenmäßige Übersicht über die in ihren Bereichen befindlichen Juden ...
- 2. Namen der Städte, welche als Konzentrierungspunkte bestimmt worden sind.
- 3. Die den Juden zur Abwanderung in die Städte gesetzten Termine.
- 4. Übersicht über alle jüdischen lebens- und kriegsoder für den Vierjahresplan wichtigen Industriezweige und -betriebe ihres Bereiches. ...

(Es folgen langatmige Anweisungen zur Feststellung von Einzelheiten über Betriebe bis zur Arisierung und zur Heranziehung polnischer Arbeitskräfte).

Diese Fragen können nur durch Einschaltung und Beseitigung der eingerichteten deutschen Arbeitsämter durchgeführt werden.

V.

Zur Erreichung der gesteckten Ziele erwarte ich restlosen Einsatz aller Kräfte der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes.

Die benachbarten Chefs der Einsatzgruppen haben miteinander sofort Fühlung aufzunehmen, damit die in Betracht kommenden Gebiete restlos erfaßt werden.

VI.

Das OKH, der Beauftragte für den Vierjahresplan (z.H. des Herrn Staatssekretärs Neumann), die Reichsministerien des Innern (z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Stuckart), für Ernährung, für Wirtschaft (z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Landfried), sowie die Chefs der Zivilverwaltung des besetzten Gebietes haben Abzug dieses Erlasses erhalten.

Heydrich" 44) 8. 668 - 671

Zum Inhalt

(1) Registrierungsnummer fehlt.

(2) Das Gesamtthema paßt überhaupt nicht zum Kriegsgeschehen im Verlauf des Polenfeldzuges!

(3) "Ich" -- der Chef des Sicherheitsdienstes -- konnte über das in dem "Schnellbrief" angeschnittene Thema überhaupt nicht selbständig entscheiden!

- (4) Eine "Mitteilung" an die Einsatzgruppenleiter, daß seine nachfolgende Weisung auf Grund einer "Besprechung" erfolge, ohne zu benennen, wer denn daran teilgenommen hat, ist allein schon ein Fälschungsindiz und hätte jeden Einsatzgruppenleiter ganz abgesehen vom Inhalt seiner ihn total überfordernden neuen Aufträge irritieren müssen.
- (5) Die Einsatzgruppen waren zu dieser Zeit im nach wie vor unübersichtlichen rückwärtigen Heeresgebiet mit Partisanenbekämpfung bereits überbeansprucht!

(6) Mitte September bestanden weder geordnete Militärbezirke noch eine deutsche Zivilverwaltung.

(7) Zu jenem Zeitpunkt gab es auch kein "Endziel in der Judenfrage im besetzten Gebiet", noch "Abschnitte der Erfüllung dieses Endziels, welche kurzfristig durchgeführt werden" (was ist das für ein Deutsch?), noch konnte sich Heydrich für befugt halten, eigenmächtig mit seinen 2.700 Mann Einsatzgruppen ein solches anzusteuern! Wie sollte er derlei auch "beschleunigt durchführen"?

Allein diese 3 Faktenzusammenhänge -- fehlendes Endziel, fehlende Kompetenz, fehlende Mannschaft -erweisen diesen "Schnellbrief" als absurde Fantasiegeschichte!

(8) Während **Heydrich** angeblich bereits von "späteren Maßnahmen" weiß und sie vorzubereiten befiehlt, hatte Reichskanzler **Adolf Hitler**

"noch keine konkreten Pläne für die Behandlung des eroberten Landes. Er wollte die weitere politische Entwicklung abwarten." 30) 8. 136 + 39) 8. 171 f + 47)

Allein auch dies ist Fälschungsbeweis genug!

(9) Dann der groteske Satz:

"Diese Fragen können nur durch Einschaltung und Beseitigung der eingerichteten deutschen Arbeitsämter durchgeführt werden."

Da also sollen "Fragen durchgeführt" werden. Wie macht man das? Das geht nur "durch Einschaltung und Beseitigung der eingerichteten deutschen Arbeitsämter"!

- Genug dieses Schwachsinns!

Fall (3)

Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer Heydrich vom 30. September 1939 an die Leiter der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, die Chefs der Zivilverwaltung, das OKH und die Armeeoberbefehlshaber. -- "Geheim". Hier wird Bezug genommen auf "die heutige Besprechung des Reichsführers-SS mit dem Chef des OKH" und den "Schnellbrief vom 21.9.1989". Das wichtige Besprechungs- und Mitteilungsthema war ausschließlich eine Wiederholung "der Judenfrage im besetzten Gebiet betreffend" und daß alle Maßnahmen

"im engsten Benehmen und Zusammenwirken mit den örtlich zuständigen Militärbehörden zu treffen sind und daß vor allem auch auf die Bedürfnisse, die Bewegungen des Heeres Rücksicht zu nehmen ist."

Hierfür bedurfte es einer neuen Anordnung **Heydrichs**: "Ich ordne daher an". Sonst hätten die Einsatzgruppenleiter dies gar nicht gewußt!

Noch ein Schwachsinn:

"Eine Gefahr, daß bei nicht gleichzeitiger Aktion im gesamten besetzten Gebiet die Juden gewarnt werden und versuchen, sich zu verbergen oder sich durch Umherziehen usw. unauffindbar zu machen, kann nicht entstehen, da ich bereits angeordnet habe

1. sämtliche Juden listenmäßig zu erfassen (womit jede Kontrollmöglichkeit gegeben ist), und

2. die Ältestenräte voll verantwortlich zu machen sind für die Durchführung aller gegebenen Anordnungen. ..."

Allzu offensichtlich ergibt sich aus diesen Texten das

Bemühen, nachweisbar zu machen, "daß sie es alle gewußt und alles mitgemacht haben" — auch die Wehrmachtoffiziere — und daß "das Endziel in der Judenfrage, wie überhaupt das Ausrottungsprogramm" vom Reichskanzler bereits vor Beginn des Polenfeldzuges festgelegt und dem Reichsführer-SS bzw. dem Chef des Sicherheitsdienstes "zur geheimen Durchführung" aufgetragen gewesen sei. Ein anderer Sinn ist allen diesen hier zitierten "Dokumenten" nicht zu entnehmen. Ihre Produzenten waren zu stümperhaft vorgegangen; sie konnten ihren amtlichen Fälschungsauftrag mangels Fakten auch gar nicht erfüllen.

"Keiner der Front- und Militärbefehlshaber" hat es damals gewußt! An diesem Faktum ändern auch haltlose Beschuldigungen nichts, mit denen dieser Sachverhalt pflichtübungsgemäß verpackt wird. 44) 8.427

Obgleich Generalstabschef Halder "dienstlich-offiziell nichts bekannt geworden war, wußte er jedoch" angeblich, daß "der Führer und Göring das polnische Volk vernichten und ausrotten wollten", — denn dies habe einer "gehört", was angeblich Major Groscurth in sein Tagebuch geschrieben habe. 41)8. 428

Fall (4)

Aktenvermerk Reinhard Heydrich "für den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei" vom 2. Juli 1940 "Geheime Reichssache" (mit Durchschlag?, Abschrift? "zur rein persönlichen Unterrichtung" (warum "rein"?) an General Daluege. 48)

Empfänger, Registrierung und Unterschrift fehlen auf dem "Aktenvermerk", der nach dem Krieg möglicherweise sogar gefunden sein könnte. Allerdings verweisen 2 unmotivierte und durch keinerlei zusätzliche Indizien beweisbare sach- und stilwidrige Texteinschübe auf die Intervention eines Fälschers hin:

"... Ursache [für die Schwierigkeiten bei der Koordinierung polizeilicher Maßnahmen mit den Führungsstäben der Wehrmacht] lag jedoch hier [beim Polenfeldzug] darin, daß die Weisungen, nach denen der polizeiliche Einsatz handelte, außerordentlich radikal waren (z.B. Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging), daß den gesamten führenden Heeresbefehlsstellen und selbstverständlich auch ihren Stabsmitgliedern dieser Befehl nicht mitgeteilt werden konnte, so daß nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat. ..."

Schlußsatz zum Untertitel "Vorschlag":

"Es ist selbstverständlich, daß die SS und Polizei genau so stur die neuen Richtlinien und Befehle in Frankreich ausführt und danach handelt, wie sie die für jeden Einzelnen charakterlich sehr schweren und innerlich belastenden Maβnahmen in Polen getroffen haben; nur so ist wirklich die notwendige polizeiliche Arbeit zur Bekämpfung der Reichsfeinde zur Sicherung gegen politische Feind-Tätigkeit durchzuführen."

48) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2/1963, S. 186 f., 196 f + 206 - 209, Verf. Helmut Krausnick.

Keine Unterschrift. Mit anderen Worten: nur ein Stück Papier, mit Schreibmaschine beschrieben. "Bloße Tippfehler wurden stillschweigend ausgemerzt."

Zum Inhalt und Stil

Die Weisungen für die Einsatzgruppen während des Polenfeldzuges lauteten, wie vorgehend analysiert, anders, als hier dargestellt! — Ein "Einsatz handelt" nicht. — "Ein Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise" wird behauptet, aber nicht spezifiziert benannt: Wer soll ihn wem, wann, wo, wie in bezug auf welche "Führungskreise" mit welchem Inhalt gegeben haben?

Ein Befehl, "der in die Tausende ging", ist eine im deutschen Sprachgebrauch ebenso unübliche Formulierung wie ein "Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise", sollte dieser doch für die Einsatzgruppen zur "Liquidierung der polnischen Führungskreise" gegolten haben. Gleichermaßen undeutsch klingen "Stabsmitglieder" für den Stäben angehörende Offiziere. Die Wehrmacht war schließlich kein Verein mit Mitgliedern!

Der Schlußsatz im "Vorschlag" besteht großenteils aus nichtssagendem Füllstoff an überflüssigen Worten, wie z.B. "stur die neuen Richtlinien und Befehle ... ausführt und danach handelt" – allein hiervon kann entfallen: "stur die neuen Richtlinien und" ... "und danach handelt". Oder: "Nur so ist wirklich" die "notwendige Arbeit zur Bekämpfung": überflüssig: "wirklich die notwendige Arbeit zur").

Was hat Heydrich in diesem Schlußsatz als Resümee vorgeschlagen? Überhaupt nichts! Also ist das alles dummes Zeug und dient nur dazu, die "charakterlich sehr schweren und innerlich belastenden Maßnahmen", die SS und Polizei "in Polen getroffen haben" offensichtlich für den Gegner zu "dokumentieren". Wie konnte General Daluege dies auf "dem empfangenen Begleitschreiben" mit "sehr gut" paraphieren? Selbst wenn seine Schrift echt sein sollte, bleibt die Frage, welchen Aktenvermerk er überhaupt erhalten hat? — Eine Reaktion Himmlers auf diesen "Ak-

Alle die den vorstehenden Tenor 1945 "bestätigenden allgemein bekannten historischen Tatsachen" fußen entweder auf analog konstruierten "Dokumenten" alliierter "Kriegsfortsetzer mit anderen Mitteln" wie "Aktenvermerken", "Tagebüchern", "Geheimreden" — so z.B. jener von Heinrich Himmler vor dem Offizierskorps der Leibstandarte Adolf Hitler in Metz am 7.9.1940 ... "sonst wird Deutschland die Erde nicht beherrschen können" 45) — oder

Hören-Sagen-Geschichten von Hörern und Mithörern, die ihrerseits anschließend davon "Notizen" gemacht haben.

So hat z.B. auch Helmut Krausnick als Leiter des Instituts für Zeitgeschichte seinen "historischen Bericht" über "Hitler und die Morde in Polen" ausschließlich auf solche Quellen gestützt, ohne auch nur ein einziges Mal zu schildern, wo, was, wann konkret auf wessen, wann und wem erteilten Befehl geschehen ist und wer die Fundstätten der Öffentlichkeit nach dem Krieg vorgestellt hat! 48)

Unmöglichkeiten in der "Rede" am 29.2.1940

War der für die Umerziehung des deutschen Volkes und damit gleichzeitig für die Absicherung der imperialistischen Politik seiner Auftraggeber engagierte amtliche Dokumentenfälscher schon einmal bei seiner fantasievollen Arbeit, so vergaß dieser natürlich nicht, das breite Feld der für die Person Heinrich Himmler zugemessenen Tätigkeiten zu beackern.

Himmlers Rede am 29.2.1940 sei hier als Beispiel hervorgehoben, weil die nachfolgenden Einzelheiten "auffallende Ähnlichkeiten" mit einer Fülle anderer "Dokumente" aufweisen, bei denen ungewöhnliche, stilwidrige und unkonkrete Schreckensszenarien wie "Ausrottung auch von Frauen und Kindern" und entsprechende Vollzugsberichte usw. als "aktenkundig" aufscheinen, die als Fälschungen schwer nachzuweisen sind, weil ihre pauschalen und unkonkreten Aussagen keinerlei Ansätze für Nachprüfungen erlauben, indessen als Volksverhetzung wirken.

Ausgerechnet dort jedoch finden sich häufig wiederkehrende Lieblingsbegriffe, die wortschaftsarmen Fälschern geläufig sind: "Dinge, "Probleme", "ausrotten", "Exekutionen", "auflösen".

Ausgerechnet so soll sich Himmler geäußert haben:

"Wir müssen zum mindestens in den Provinzen, die jetzt zu Deutschland gehören, sehen, daß das Problem einer polnischen Minderheit zu unserer Zeit aufgelöst und ausgerottet wird. Das Problem muß ausgerottet werden. Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, und die polnische Nationalität und das polnische Volk muß [statt "müssen", -- d. Verf.] nach zwei Seiten hin aufgelöst werden." ^{83/8.124}

Nun löse man einmal ein Problem auf oder rotte es gar aus! In Deutschland pflegt man ein Problem zu lösen, aber nicht <u>aufzulösen</u>, zu bewältigen, zu beheben oder mit einem Problem fertig zu werden. Hat man dann dieses Problem überwunden, so "löse man weiter auf", diesmal "die polnische Nationalität und das polnische Volk nach zwei Seiten hin". Diese Aufgabe mußte den prominenten Zuhörern – abgesehen von der Schwierigkeit "des Problems" – als besonders schmerzhaft empfunden worden sein, "hat Himmler" sie doch wenig später dahingehend "belehrt", daß "diese Horden ja erst durch das Einsickern unseres Blutes zu Völkern geworden sind". 38) 8. 125 Und nun "verfügte Himmler" ihre Ausrottung?

Bestimmte er das alles? Konnte er das überhaupt? Das ist doch alles abwegig!

Der Leser bedarf sicherlich einer Beruhigungspause. "Die Gauleiter und andere hohe Parteifunktionäre" hingegen "mußten sich Weiteres anhören":

"Nach diesen Erkenntnissen und mit dieser Auffassung bin ich an das Problem herangegangen und werde an dieses Problem auch weiter herangehen. ...

Wir mußten dem Gegner zunächst seine führenden Köpfe nehmen, das waren die Leute im Westmarkenverband, in den aufständischen Verbänden, das war die polnische Intelligenz. Die mußten weg, da half nun nichts. ...

Ich kann Ihnen sagen: Es ist scheußlich und furchtbar für einen deutschen Menschen, wenn er das (die Exekutionen) ansehen muß. ...

Ebenso scheußlich wie es ist, ebenso notwendig ist es gewesen und wird es auch in vielen Fällen noch sein, daß wir es durchführen.

Wenn wir nämlich jetzt nicht die Nerven haben, dann werden diese schlechten Nerven an unseren Söhnen und an unseren Enkeln wieder ausgehen. Dann können wir wieder exerzieren und können den politischen Wahnsinn von tausend Jahren im nächsten Jahrhundert wieder vollziehen. Dazu haben wir nicht das Recht. ..." 33) 8. 128

Mit seinen gerade einmal 39 Lebensjahren "verkündete" der am 7.10.1900 geborene Heinrich Himmler der NS-Führungselite, wenig später auch den Generälen der Wehrmacht, die "Richtlinien" und "Notwendigkeiten" der Reichsführung so, als hätte er das alles selbst ohne Bindung an Recht und Gesetz und ohne Absprache mit dem Reichskanzler, seinem unmittelbaren Dienstherrn, dem Reichsinnenminister, zu entscheiden, — über Leben und Recht anderer Personen, fremder Gesellschaftskreise, ja ganzer Völker.

So etwas konnte doch nur beauftragten Schwarzprogandisten der Feinde Deutschlands in den Sinn kommen. Nur Auserwählte solcher Provenienz konnten auch den Eifer entwickeln, solches in "Dokumente" einzuarbeiten und in offizielle Aktenbestände einzuschmuggeln!

Man braucht nur an die wahren Feinde der "polnischen Intelligenz", an die Bolschewisten zu erinnern, die keine Hemmungen hatten, im April/Mai 1940 über 15.000 gefangene polnische Offiziere in Katyn und an anderen Plät-

602) IMT Bd. XXIX S. 98 ff, "Beweisstück US-304", wurde bereits behandelt in *Historische Tatsachen* Nr. 47 S. 4 ff.

zen, dazu rund 20.000 zivile Angehörige der polnischen Intelligenz zu erschießen, über 200.000 weitere zu deportieren. Genau zu dieser Zeit wurden die von deutschen Truppen gefangengenommenen polnischen Offiziere völkerrechtsgemäß gut behandelt. (49)

Was im einzelnen unter deutscher Herrschaft im besetzten Polen konkret geschehen ist, bedarf unvoreingenommener neutraler Untersuchungen an Hand unverfälschter Dokumente im Vergleich mit anderen Indizien und nachweisbaren Zusammenhängen. Behauptete "Reden", "Aktenvermerke", "Denkschriften", posthum veröffentlichte "Tagebuchaufzeichnungen" Verstorbener, Aussagen rachsüchtiger "Zeugen" genügen hierfür nicht. Es bedürfte z.B. auch der Funde behaupteter Verbrechen, ggfs. auch technischer Untersuchungen, Bodenüberprüfungen usw.

Keinesfalls aber braucht man hierfür Strafgesetze, die Nach-

forschungen mit Gefängnis bedrohen. Neutrale Untersuchungen zu diesem Geschehenskomplex sind jedenfalls bis zur Stunde nicht durchgeführt worden. Die Sieger in Ost und West bestimmten die Historisierung dieses Geschehens entsprechend ihren machtpolitischen Zielen.

So ist auch das Geschehen um die Volksdeutsche Mittelstelle, die Einsiedlung der Balten-, Wolhynien- und anderen Volksdeutschen in den Warthegau oder auch in das Generalgouvernement ein gesondertes Untersuchungsthema, das nicht an Hand der Angaben von "Himmlers Reden" aufgeschlüsselt werden kann und hier auch seines Umfanges wegen ausgeklammert bleiben muß.

Himmler "hatte 1940" noch etwas anderes "vor".

"Ich habe in diesem Jahr höchstens noch vor -unter der Voraussetzung, daß das ganze Jahr Krieg ist --, daß ich an die Auswanderung der Juden gehe, soweit es zahlenmäßig erträglich ist." ^{33) S. 138}

"Er verwies" dabei langatmig auf die ihm durch die Aufnahmekapazität, Ernährungs- und Transportlage im Generalgouvernement gesetzten Grenzen.

"Nebenher wollen wir monatlich 6-7.000 Juden nach Amerika und Palästina auswandern. ...

Zunächst versuche ich, aus dem Altreich immerhin 6 bis 7.000 Juden im Monat auszuwandern, dann sind es in einem Jahr ja auch rund 80.000.

Zunächst muß ich versuchen, aus den Ostprovinzen, aus Posen und Westpreußen, Ostoberschlesien und Süd-Ostpreußen, aus den vier Provinzen die Juden herauszubringen. Das ist die erste Maßnahme. Dann kommt das Altreich, dann wird das Protektorat kommen. Auch hier will ich die 150.000 Juden, die im Protektorat sind, einmal heraustun. Eine Frage für sich sind die Zigeuner. Die will ich, wenn es geht, noch in diesem Jahr heraustun." 83) 8.189

In diesem Stil geht es weiter bis zur "rassischen Siebung der Mischbevölkerung dieses Gesamtvolkes von Westpreußen und Posen".

Am Ende ihres Buches klären die Herausgeber Smith/ Peterson den Leser über die Art dieses "bezeichnenden Dokuments", ^{101)8, 116} auch über die Fundstücke der übrigen Kriegsreden Himmlers mit folgenden Worten auf:



Reichsführer-SS Heinrich Himmler

"Selten benutzte er einen vorbereiteten Text. In den vorliegenden Dokumenten lassen sich mur 4 oder 5 solcher Texte feststellen. Gewöhnlich entwickelte er seine Reden aus Notizen, die er selbst in der deutschen Schreibschrift niederschrieb, manchmal nicht mehr als ein Dutzend Worte, aber oft detaillierte Skizzen von 4, 5, in manchen Fällen nicht weniger als 8 flüchtig geschriebenen Seiten. Fast 70 dieser Stichwortsammlungen sind erhalten.

Ganz offensichtlich sind die vorliegenden Redetexte nach Aufzeichmungen direkt während des Redens angefertigt worden. Bis 1942 wurden seine Reden ausschließlich stenografiert. ... " 83) 8. 251

Diese "stenografischen Aufzeichnungen" definierten die Herausgeber Smith/Peterson gleichermaßen als "Notizen". 101) 8. 252 Den Leser muß dies freilich verwirren, war er doch darauf fixiert worden, daß es sich um "Notizen Himmlers" handele. Nun hat sie plötzlich ein anderer stenografiert! Wer diese "stenographischen Aufzeichnungen" überprüft, in normal lesbare Reinschrift übertragen, wer wiederum diese überprüft hat, ob und wann dies geschah, ob sich die Herausgeber auf die "stenografischen Niederschriften" oder die von einem Unbekannten ausgefertigte Reinschrift im US-Mikrofilm gestützt haben, ob sie die "stenografischen Notizen" mit der Reinschrift verglichen haben oder nicht, und ob für die Rede am 29.2.1940 wortgetreute "Notizen" ausgearbeitet vorlagen oder nur eine "Stichwortsammlung" Himmlers, - alles das bleibt für dieses "bezeichnende Dokument" unbeantwortet. Zudem: Kein Zuhörer hat je diese Tiraden "Himmlers" bestätigt!

Damit haben sich Smith/Peterson als unkritische Abschreiber, nicht aber als seriöse Historiker ausgewiesen, zumal in ihrem gesamten Buch nichts von den Methoden der amtlichen Umerziehungspolitik der Siegermächte zu erfahren ist, obgleich Sefton Delmer sie bereits über 10 Jahre früher darüber aufgeklärt hat, sie allerdings schon Jahrzehnte zuvor hätten kundig sein müssen. Aufgefundene Akten des "Persönlichen Stabes RFSS" machten es den amtlichen Fälschern unter Abschirmung der Geheimhaltung des gesamten Dokumentenbestandes im Document Center Berlin (dort sollen die "Notizen" der Rede vom 29.2.1940 gelegen haben) 20 S. 267 leicht, derartige Papiere als Anhaltspunkte für ihre neue "Aufklärung" zu bearbeiten.

⁴⁹⁾ Rolf Kosiek / Olaf Rose (Hrsg.) "Der Große Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", Tübingen 2006, S. 710: "Universitäten in deutschen Lagern für Polen"; dort weitere Quellenhinweise.

"Brief Heinrich Himmlers"

an Gottlob Berger vom 28. Juli 1942: (Nürnbg. Doc. NO 626)

"Ich lasse dringend bitten, daß keine Verordnung über den Begriff »Jude« herauskommt. Mit all diesen törichten Festlegungen binden wir uns ja selbst die Hände. Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei. Die Durchführung dieses sehr schweren Befahls (sic!) hat der Führer auf meine Schultern gelegt. Die Verantwortung kann mir ohnedies niemand abnehmen. Also verbiete ich mir alles Mitreden." 50) + 88) S. 102

Anschließend im "Punkt 2. ("Ehegesetz") "müßten Ausnahmen" hinsichtlich "Verbindungen von Deutschen mit Landeseinwohnerinnen ... für Estland und Lettland dort an zentralen Stellen anlaufen". Dann "müßten diese nach rassischen Gesichtspunkten einzeln entschieden werden. ... So wird regiert und nicht anders."

Die Gedankenfolge dieses "Briefes aus Reval" ist wirr, stilwidrig und überschreitet den Kompetenzbereich Himmlers! Er ist nur der Feindpropaganda dienlich! Seinerzeit regierte im "Reichskommissariat Ostland" der "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" Alfred Rosenberg und nicht Heinrich Himmler!

Jede Begriffsdefinition wird, weil "töricht", dem SS-Obergruppenführer und Chef des SS-Hauptamtes verboten. Doch wie soll "der SS-Mann" wissen, wer denn "dazugehört" zur "Freimachung", zumal ihm ein "Mitreden verboten" wird und Himmler vor Ort keinen Überblick haben kann?

Und was hätte das zu tun mit der "Abnahme der Verantwortung, die der Führer auf die Schultern" Himmlers "gelegt" habe? Hätte Berger am 28.7.1942 nicht längst über die "auf Himmlers Schultern gelegte Verantwortung", Geheimhaltungspflicht und die Grenzen seines "Mitreden-dürfens" Bescheid wissen müssen? Wie können "Ausnahmen an zentralen Stellen anlaufen"?

Die aus 3 oder 4 senkrechten Strichen bestehende "Unterschrift" macht das schreibmaschinen-beschriebene Papier zu keinem historischen Dokument. Inhalt und Stil erweisen sich als feindliche "Schwarzproduktion". -- Im Nürnberger Staatsarchiv liegt nur eine unsignierte Fotokopie einer unbeglaubigten "Abschrift" vor!

"Giftlauge für unsere Arbeiter in den Lagern"

"Dokument 220, Schreiben H. Himmlers vom 11.3.1943 an SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, Chef WVHA"

"Lieber Pohl!

SS-Brigadeführer **Dr. Schieber**⁵¹⁾ war heute bei mir. Er erzählte mir von einer fabelhaften Erfindung. Es wird aus der Sulfitlauge, dem Abfallprodukt bei der Zellulose-Herstellung, die bisher meist in die Flüsse als Abwasser geleitet wurde und dort in vielen Fällen das große Fischsterben verursacht, durch einen geeigneten Bazillus das Eiweiß gewonnen. Dieser Bazillus frißt sich mit diesem Eiweiß an, platzt und stellt in wenigen Stunden eine unerhört nahrhafte, wohlschmeckende wurstartige Paste dar, die eine ausgezeichnete Nahrung ist.

Ich habe mit **Dr. Schieber** verabredet, daß wir möglichst bei irgendeiner Zellulose-Fabrik, in der diese Einrichtung noch nicht getroffen ist, diese Fabrikation in Gang setzen. Es werden dafür ganz wenige Arbeitskräfte gebraucht, sodaß wir diese Nahrung für unsere Rekruten und auch für unsere Arbeiter in den Lagern erhalten.

Nehmen Sie doch gleich mit **Dr. Schieber** deswegen Verbindung auf.

Heil Hitler

Ihr gez. HH" 52) 8.202

Auch dieser Schwachsinn der alliierten Dokumentenfälscher ist nur ein Beispiel. Er füllt Bücher und Archive.

50) Nürnberg Doc. NO 626; Staatsarchiv Nürnberg.

- 51) Staatsrat Dr. Walter Schieber, Vorstandsvorsitzender der thüringischen Zellwolle AG, seit Febr. 1942 Chef des Rüstungslieferungsamtes im Ministerium Speer.
- 52) Helmut Heiber, (Hrsg.), "Reichsführer! Briefe an und von Himmler", Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt 1968.

Hier nur kurz:

- (1) Sulfitlauge besteht aus Salzen der Schwefelwasserstoffsäure. Sie ist giftig und enthält kein Eiweiß.
- (2) Ein Bazillus "frißt sich weder an und platzt" -- er ist ein sporenbildendes Bakterium --, noch existiert er in schwefelhaltiger Salzlauge -- er bedarf eines gärfähigen Nährbodens --, noch kann er "in wenigen Stunden eine unerhört nahrhafte, wohlschmeckende wurstartige Paste darstellen,"
- (3) Anstatt Oswald Pohl mitzuteilen, wo und in welcher Menge diese "ausgezeichnete Nahrung" bereits hergestellt, an wen und wie ausgeliefert wird, habe Himmler mit dem Vorstandvorsitzenden der Thüringischen Zellwolle AG "verabredet" -- nicht etwa "beschlossen": "möglichst bei irgendeiner Zellulose-Fabrik, in der diese Einrichtung noch nicht getroffen ist" -- als ob man eine "Einrichtung treffen" kann! -, "diese Fabrikation in Gang zu setzen". Warum nur "bei irgendeiner" und nicht bei allen geeigneten? So falsch hätte kein Deutscher formuliert!

Zur weiteren "beweiskräftigen Absicherung" dieses kraft fehlender Sachkenntnis und falschen Sprachgebrauchs gekennzeichneten Schwachsinns weist Herausgeber Helmut Heiber auf weitere "Dokumente" gleichen Stils hin, wobei ihm gar nicht auffällt, daß diese Verweise auf noch andere "Dokumente" nicht Himmler "entlarven", sondern den Umfang dieser Fälscherarbeit:

<u>Im "Dok 136"</u> (S. 137 - 139), "Himmler an Pohl am 12.8.42"):⁶²⁾

Der Reichsführer-SS befaßt sich hier mit einer Denk-

schrift des SS-Sturmbannführers Dr. Dr. Ernst-Günther Schenck, dem Ernährungsinspekteur der Waffen-SS": Dieser hat u.a. auch in der Nr. 55 der Historischen Tatsachen mit dem Titel "Diffamierte Medizin im Dritten Reich" Richtigstellungen zur Sprache gebracht und speziell zu den Ernährungsversuchen im KL Mauthausen ausgeführt (S. 29 - 32): Das US-Militärtribunal in Nürnberg hat im Fall gegen das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt im Urteil vom 3.11.1947 festgestellt, daß es sich hierbei um medizinisch vertretbare Versuche zwecks Nährwertfeststellungen gehandelt habe. Die gegen Prof. Dr. Schenck nach dessen 10-jähriger sowjetischer Gefangenschaft eingesetzte Staatsanwaltschaft stellte 1968 ihr Verfahren mit der Erklärung ein, daß jene von ihm zu verantwortenden Versuche weder die Menschlichkeit noch die Menschenwürde verletzt hätten.

Gewiß gab es auch eine Denkschrift des Ernährungsinspekteurs der Waffen-SS und auch einen Brief **Himmlers**, der sich damit befaßte. Doch in den vorbezeichneten Brief sind mit Sicherheit nach Kriegsende fremdverfaßte Passagen eingefügt worden. Z.B. folgende:

"14.) Für den Frieden werde ich durch ein mir von dem Hauptamtschef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes vorzulegendes Grundgesetz die Bevorratung der gesamten SS und Polizei und ihrer Familien zunächst für 5 Jahre und dann für alle Zeiten anordnen und befehlen.

15.) Die Genehmigung der Zusammensetzung des Stabes des Nahrungspflegers der SS behalte ich mir persönlich vor.

16.) Den Nahrungspfleger beauftrage ich mit der sofortigen Durchführung jeder Art von Ernährungsversuchen in den Konzentrationslagern. Vorschläge für die Versuchsreihe und vierteljährlicher Bericht sind mir vorzulegen. ..."

In der gesamten, 60 Jahre nach Kriegsende vorliegenden umfangreichen Literatur über Heinrich Himmler haben wir keinen einzigen dieser "Vierteljahresberichte über Ernährungsversuche an Konzentrationslagerhäftlingen" ausfindig machen können! Und kein Historiker scheint sie bisher vermißt zu haben! -- Punkt "14)" ist Schwachsinn, Punkt "15.)" überflüssig.

Im "Dok. Nr. 171" (S. 168: "Himmler an SS-Gruppenführer Prof. Dr. Ernst-Robert Grawitz, Reichsarzt SS und Polizei am 11.11.42" heißt es:⁵²⁾

"Ich beauftrage Sie, über diese neuen Mittel zur Ausheilung der Gonorrhoe durch Sulfonamide laufend exakte Versuche an männlichen und weiblichen Konzentrationslager-Gefangenen zu machen.

Der Sinn ist, herauszubekommen:

a) Gibt es Mittel oder entstehen im Laufe der Monate neue Mittel, die sofort zu erproben sind, durch die die Gonorrhoe absolut und 100%ig bei allen geheilt werden kann, oder durch die wenigstens 80% der Fälle, auch alter Fälle, mit Garantie aus der Welt geschafft werden?

b) Wie wirken diese Mittel auf Magen, Darm und Leber?

Ich denke nämlich immer noch daran, am Ende des Krieges unsere ganzen Männer der SS und Polizei auf



Der Führer beglückwünscht Himmler zu seinem 43. Geburtstag (1943)

diese Art durchzusanieren. Ebenso sind im Verein (sic!) mit Professor Klauberg laufend Versuche über die Behebung der entzündlichen Veränderungen im Bereich der Geschlechtsorgane, nämlich der Samenkanäle und Eileiter zu machen. Auch die Ausheilung dieser Schäden bei Mann und Frau müssen wir in der SS nach dem Kriege grundsätzlich vornehmen. Heil Hitler! Ihr HH"

Da sage noch einer, der Reichsführer-SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums sowie die in seinen Verbänden tätigen Ärzte seien mit "kriegswichtiger Arbeit" überlastet gewesen! Die Fürsorge für "seine ganzen Männer der SS und Polizei" — "seinem Schreiben" zufolge offenbar ein Verein —, ist beeindrukkend; und die Feststellung für die Deutschen als Volk von Geschlechtskranken ebenfalls. — sorgte er sich doch auch schon um "die ganzen Frauen"!

Im "Dok. 256" (S. 225 = "Schreiben Oswald Pohl an SS-Ostubaf Dr. Brandt vom 16.8.43")⁵²⁾

"behält sich der Reichsführer die persönliche Entscheidung über alle Versuche an Häftlingen vor".

Allerdings wird Pohl von Obersturmbannführer Dr. Brandt nur darauf "hingewiesen". Doch Pohl ist "persönlich an Untersuchungen interessiert": An "Groß-Ernährungsversuchen in Mauthausen" und an der "Verfütterung von Biosyn-Vegetabil-Wurst (Schieber)".

"Die ersteren wurden vom Reichsführer-SS ausdrücklich befohlen und auch die Biosyn-Verfütterung geht auf seine Veranlassung zurück. Ursprünglich wollte der Reichsführer-SS, daß diese Eiweißwurst an alle Häftlinge verabreicht würde; da die ganze Angelegenheit aber noch nicht spruchreif ist, habe ich vorsichtigerweise erst einmal die Verfütterung an 100 Häftlinge befohlen."

Wann und mit welchem Ergebnis dies geschah und ob nach diesen Erfahrungen "die Angelegenheit dann spruchreif" geworden war, schien Pohl nicht wichtig, um dies dem Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Wehrmacht, Prof. Dr. Karl Brandt, mitzuteilen. Dafür geht es aber im Schreiben Pohls weiter um einen "Bericht des Reichsarztes-SS", aus dem der Chef des WVHA nicht erkennen konnte, ob es sich dabei "um die genannten Untersuchungen" oder andere handelte.

In den *Historischen Tatsachen* Nr. 47, S. 22 - 23 war dieses aus lauter Schwachsinn bestehende "Dokument" bereits analysiert worden.

Deutsche Vermittlungsbemühungen

Die Reichsregierung – von Winston Churchill, Stalin und F.D. Roosevelt willkürlich als "Bande", "Banditen" definiert – sah sich bereits im Frühjahr 1939 und dann immer vielfältigeren und intensiveren, schließlich für einen souveränen Staat unerträglich gewordenen Verleumdungen und Provokationen bei gleichzeitiger Ablehnung jeglicher deutschen Friedensbemühungen ausgesetzt, die hier auf S. 9 kurz angedeutet worden sind. 53)

In dem dort nachgewiesenen "Täter"-Stil einer "Verschwörung gegen den Weltfrieden" nach dem von Chamberlain eingestandenen Motto:

"Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben" 54)

ging es auch nach dem Polenfeldzug weiter: Alle deutschen – nicht nur Hitlers – Friedensbemühungen wurden von Großbritannien, Frankreich, später auch den USA und der Sowjetunion abgelehnt.⁵⁸⁾

Unmißverständlich hatte bereits im Jahre 1933 der oberste Beamte im Foreign Office, Lord Vansittart, zum Ausdruck gebracht:

"Wenn Hitler Erfolg hat, wird er innerhalb von 5 Jahren einen europäischen Krieg bekommen, ob er will oder nicht." ⁵⁸⁾ S. 264

Dieser Kriegs- und Vernichtungswille, der von Stalins Weltrevolutionszielsetzung ergänzt wurde, die völlig unabhängig von Adolf Hitler noch während des Ersten Weltkrieges konzipiert worden war, steigerte sich während des Zweiten Weltkrieges bis zur alliierten Forderung auf bedingungslose Kapitulation und zu Vertragsverpflichtungen der alliierten Mächte untereinander auf Verweigerung separater Friedensverhandlungen mit welchen ns-Widerstandskreisen und deren Angeboten auch immer.

Dies hinderte jedoch die britischen Geheimdienste nicht, deutsche Oppositionsgruppen in dem Glauben zu bestärken, sie als verhandlungswürdig zu respektieren und ihnen faire Friedenschancen zu offerieren. Diese Köder wurden indessen nur deshalb ausgelegt, um Bürgerkriegsverhältnisse in den von Deutschland beherrschten Territorien herbeizuführen. Diesem Zweck dienten konspirative Kontakte über Verbindungen in neutralen Ländern – hauptsächlich Schweiz, Schweden, Spanien und Portugal.

Diese Aufgaben bekam die Special Operations Executive (SO 1 und SO 2) zugewiesen, die 1941 als Politische Kriegsführungsexekutive (PWE) firmierte und Informationsminister Brendan Bracken unterstellt war. Dieser sorgte für vielfältige Irreführungsoperationen, so auch die einer Entführung gleichzusetzende Täuschung von Rudolf Heß Anfang Mai 1941 bis hin zur Sprengstoffversorgung an die Attentäter-Gruppe vom 20. Juli 1944.

So wurde auch Adolf Hitler mit seinen vor der Offentlichkeit verborgenen Friedensfühlern, die er neben seinen offiziellen Angeboten über geheime Kontakte mehrfach in die Wege geleitet hatte, an der Nase geführt. Der britische Historiker Martin Allen führt hierzu aus:

53) Umfassende Einzelheiten sind nachzulesen in Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", aaO.

54) Keith Feiling, "The Life of Neville Chamberlain", London 1947, S. 416. - Vergl. Historische Tatsachen Nr. 39, S. 8.

"Hitler hatte inzwischen bis zum Spätherbst 1939 zwei Versuche unternommen, mit der britischen Regierung über Frieden zu verhandeln -- beide waren gescheitert. ...

Diese Friedensappelle waren nicht etwa auf Hitler beschränkt; ganz im Gegenteil: Das britische Außenministerium wurde von Angeboten geradezu überschwemmt, die auf Personen wie Dr. Goebbels, Hjalmar Schacht, v. Papen oder den früheren Reichskriegsminister Dr. Geßler zurückgingen. Dies waren hochrangige Versuche deutscher Minister ..., doch alle scheiterten, weil die englischen Behörden nicht die Absicht hatten, mit diesen führenden ns-Politikern einen Frieden auszuhandeln. Es gab da allerdings noch eine andere Ebene ... höchst bedeutsamer Friedensofferten aus Kreisen der ns-Prominenz. Diese Persönlichkeiten kamen aus allen Bereichen der Politik, der Wirtschaft und selbst aus dem kirchlichen Spektrum, vom Papst über Franco, den deutschen Botschafter in Washington und den König von Schweden. Alle Friedensinitiativen wurden zwischen Spätherbst 1939 und Sommer 1940 gestartet. ... alle wurden von London abgelehnt. "55) \$. 123 t

Dennoch hatte Hitler sich nicht entmutigen lassen. Im Oktober 1940 sandte er seinen Rechtsberater Dr. Ludwig Weißauer in geheimer Mission nach Stockholm, um den Präsidenten des schwedischen Reichsgerichts Dr. Ekkeberg zu bitten, dem dortigen britischen Gesandten Victor Mallet ein streng vertraulich unterbreitetes Friedensangebot nach London weiterzuleiten.

"Hitler fühlt sich nach Aussage seines Emissärs [Weißauer] für die Zukunft der weißen Rasse verantwortlich. Er wünscht einen aufrichtigen Frieden mit England. ...

Hitler wünsche auf Dauer die Souveränität aller besetzten Staaten wiederherzustellen." 55) 8.127

Da diese zahlreichen Friedensbemühungen von deutscher Seite jeweils vor der Öffentlichkeit verborgen geblieben waren und die britischen Geheimdienststrategen sich darauf beschränkten, bei den deutschen Emissären jeweils Hoffnung auf Frieden wachzuhalten, aber konkrete Zusagen hinauszuschieben bzw. überhaupt von vornherein zu verweigern, erweiterten sie einerseits ihre Kenntnisse über deutsche Oppositionsgruppen und köderten weiter Führungskräfte "des besseren" Deutschland, sich auf diesem

- 55) Martin Allen, "Das Himmler-Komplott", Stegen am Ammersee 2005, S. 127. Mallet hat Hitlers Angebot in 5 Punkten zusammengefaßt:
 - "I. Das Britische Empire bleibt mit allen Kolonien und Mandaten unangelastet.
 - 2. Die kontinentale Hegemonie Deutschlands steht außer Frage.
 - Alle Fragen, die das Mittelmeer, die französischen, belgischen und holländischen Kolonien betreffen, sind Gegenstand offener Verhandlungen.
 - 4. Polen. Es wird wieder einen polnischen Staat geben.
 - 5. Die Tschechoslowakei bleibt bei Deutschland!"

Mallet fügte hinzu,

"er sei darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß die anderen von Deutschland besetzten europäischen Länder (Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich) ihre Souveränität zurückerhalten werden. Es sei nur der gegenwärtigen Kriegslage geschuldet, daß Deutschland diese Staaten bis zum Ende der Kampfhandlungen weiter besetzt halten müsse. Hitler habe kein Interesse, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten einzumischen. Deutschlands Interesse bestehe in der Verhinderung eines neuen Krieges, denn Europa benötige einen 100jährigen Frieden." (Doc. No. FO 371/24408, NA, Kew.)

Sektor der Konspiration gegen den Führer zu betätigen.

Martin Allen weist nach, daß die Geheimdienststrategen von SO 1 – SOE, die Dachorganisation, "hatte Churchill im Juli 1940 ins Leben gerufen, um Europa in Brand zu setzen" 798. 186 – auch die Operation "Herren HHHH" (Rudolf Heß, Prof, Karl und sein Sohn Albrecht Haushofer, Adolf Hitler) in diesem Sinne eingeleitet hatten. "Operation Herren HHHH" war befaßt mit dem hoffnungsvoll mit mehreren Verhandlungen zwischen Rudolf Heß und dem britischen Madrid-Botschafter Sir Samuel Hoare in der Schweiz unter Vorspiegelung einer in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Friedensfraktion in England eingeleiteten Flug des Führer-Stellvertreters nach Schottland am 10. Mai 1941, der mit lebenslangem Kerker des Friedensfliegers endete.

Trotz dieser wiederholten Fehlschläge hat Hitler noch einmal eine Friedensvermittlung im April 1942 über Baron v. Oppenheim und den schwedischen Bankier Marcus Wallenberg versucht — wiederum vergeblich, ebenso wie Hitlers gleichzeitiges Bemühen über einen Mittelsmann der USA in der Schweiz. 55) 8. 186 + 188

Friedensbemühungen Heinrich Himmlers

So ist es erstaunlich, daß sich sogar Heinrich Himmler, der über Hitlers geheime Friedensbemühungen – das betrifft auch die Hintergründe des Fluges von Rudolf Heß nach Schottland – nicht unterrichtet war, – beginnend in den Jahren 1942/1943 – bereitfand, ohne Wissen des Führers ebenfalls über verschiedene internationale Verbindungen, um Frieden nachzusuchen, obgleich er wußte, daß ausgerechnet er bei den Feindmächten als der am meisten diskreditierte Repräsentant des Dritten Reiches galt.

Himmlers erste Initiative führte Prinz Max Hohenlohe Anfang Mai 1942 zum britischen Botschafter in Madrid Sir Samual Hoare, mit dem bereits Rudolf Heß Kontakt aufgenommen hatte. Hohenlohe sollte erkunden, ob die Briten Himmler als Alternative zu Hitler für einen Frieden mit Deutschland akzeptieren würden. ^{55) S. 190} Eine Antwort blieb zwar aus – auch auf eine Nachfrage im Januar 1943 ^{55) S. 224} –, doch begann sich die Politische Kriegführungsexekutive (PWE) seit März 1943 zu interessieren, mit Himmler über Stockholm/Schweden in konspirativen Kontakt zu treten, freilich nur um chaotische Verhältnisse in Deutschland zu entfachen.

SS-Brigadeführer Walter Schellenberg meinte, die erste geheime Anregung für Friedensbemühungen von Himmler im August 1942 in dessen Frontkommandostelle Shitomir/Ukraine erhalten zu haben. Er sollte über Schweden Verbindungen nach Großbritannien knüpfen. 56) 8. 16

Während Himmler mit erneuter Hilfe von Prinz Hohenlohe im Frühsommer 1943 auch Kontakte in der Schweiz mit dem US-Geheimdienst-Agenten Allen Dulles und mit dem US-Militärattaché in Madrid und Lissabon/Portugal knüpfen ließ, gelang Schellenberg Anfang Juni 1943 ein Treffen mit dem britischen Botschafter Victor Mallet im Stockholmer Anwesen von Marcus Wallen-

56) Joseph Bellinger, "Himmlers Tod -- Freitod oder Mord?", Kiel 2005, Arndt Verlag. berg^{443) S. 225} sowie im Herbst 1943 ein Treffen mit dem usamerikanischen Diplomaten Abraham Stevens Hewitt in Stockholm.^{56) S. 67} Während die Briten vor irgendwelchen Zugeständnissen den Sturz Hitlers forderten, boten die USA überhaupt nichts: Hewitt fiel für seine Friedensunterstützung in Ungnade.

Im Oktober 1943 war es dem schwedischen Diplomaten Graf Bernadotte gelungen, den Austausch von cirka 10.000 britischen, amerikanischen und deutschen Kriegsgefangenen in der Hafenstadt Göteborg zu realisieren. ^{56) 8. 148}

H.G. Adler anerkennt eine "Kurswende" Himmlers erst für April 1944 und bringt selbst mit dieser Zeitangabe bei den Holocaust-Chronisten Vieles durcheinander:

"Seit Anfang April 1944 zeigte sich Himmler unter verschiedenen Einflüssen zunehmend geneigt, die »Endlösungspolitik« zu mildern und zu durchbrechen, wenn schon nicht aufzugeben." ^{56a)}

Anläßlich von SS-Brigadeführer Schellenberg eingeleiteten Treffen zwischen dem schweizerischen Altbundespräsidenten Dr. Jean Marie Musy und Himmler im Oktober 1944 in Wien und am 12.1.1945 in Wildbach/Schwarzwald gelang es. Transporte von je 1.200 - 1.300 Juden aus Theresienstadt und dem Konzentrationslager Bergen-Belsen in die Schweiz zu ermöglichen. Himmler hatte sich auch anderweitig bemüht, Verhandlungsgrundlagen zu schaffen, indem er die Lebensmittelversorgung für die Konzentrationslager sicherstellte, die erforderlichen Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung veranlaßte und eine kampflose Übergabe der Konzentrationslager zusagte. Gegenleistungen blieben aus. Die verheerenden Bedingungen und Opfer infolge des ununterbrochenen zivilen Bombenkrieges beispiellosen Ausmaßes wurden zusätzlich der Reichsregierung angelastet, nicht etwa den Tätern!

Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 mußte Himmler zweifellos ins Zwielicht des Hochverrats bringen, hatte er doch selbst im Verlauf seiner Kontaktpflege mit den Briten auch die Chancen für eine Friedensregelung bei Ausschaltung Hitlers ventiliert. Doch die Briten hatten keinerlei Zusagen gemacht, weder Himmler noch den übrigen Widerstandsgruppen. So übernahm Himmler mit seiner Mannschaft die Hauptinitiative zur Niederschlagung der Verschwörung.

Es bleibt angesichts des Vernichtungswillens der britischen Führung ein Rätsel, weshalb sie dieses von ihnen munitionierte Attentat nicht zum Anlaß genommen haben, das konspirative Verhalten Himmlers publik zu machen und damit in dem zweifellos vergrößerten Chaos in Deutschland auch Himmler untergehen zu lassen. Denn schonen wollten sie diesen Mann nicht. Doch sie haben ihn mit ihrem Schweigen damals offensichtlich geschützt und damit seine weitere Führungsfunktion in Deutschland gewährleistet!

Ende Oktober 1944 veranlaßte Himmler seinen Chef des Persönlichen Stabes, den Bevollmächtigten General der Wehrmacht für das rückwärtige Frontgebiet Italien, SS-Obergruppenführer Karl Wolff, aber auch Brigadeführer Walter Schellenberg, die Kontakte zu den US-Geheimdienstagenten Gero v. Gaevernitz und Allen Dulles in der Schweiz zwecks einzuleitender Kapitulation der Italien-

⁵⁶a) H.G. Adler, "Die verheimlichte Wahrheit - Theresienstädter Dokumente". Tübingen 1958, S. 106.

front wiederzubeleben. Roosevelts Widerstand war es zuzuschreiben, daß dort die Waffen bedingungslos erst 6 Tage vor der Gesamtkapitulation der Wehrmacht niedergelegt wurden. $^{56)\,8.\,144}$ + $^{57)}$

Ähnlich wie Himmler bemühte sich auch Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop im Februar 1945 um eigene Sondierungen für Friedensverhandlungen, indem er Legationsrat Dr. Fritz Hesse sowie Peter Kleist nach Stockholm entsandte.

"Hesse erwähnte die früheren gescheiterten Versuche, ähnliche Kontakte über den Vatikan, Spanien und Portugal herzustellen, und fragte Kleist nach den Namen seiner früheren Gesprächspartner in Schweden, die ihm letzterer auch bereitwillig bekanntgab. Anschließend empfahl Kleist Hesse nachdrücklich, sich unverzüglich mit Hillel Storch und Olson in Verbindung zu setzen." ^{56) 8.} 146

Auch diese Versuche scheiterten, wie sämtliche der sogenannten "Widerstandskämpfer", und zwar auch an der seit Beginn 1943 erhobenen Forderung der Alliierten auf Bedingungslose Kapitulation und verweigerter, separater Verhandlungen mit Deutschen, gleich welcher Art.

Felix Kersten arrangierte mit Wissen Himmlers im Februar 1945 in Stockholm Treffen mit Hillel Storch, dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, und dessen Sekretär Norbert Masur. Auch diese Gespräche blieben ebenso unergiebig wie an der Italienfront die Versuche des SS-Generals Wilhelm Herster mit den Briten.

An dem Treffen zum Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April 1945 hatte Heinrich Himmler teilgenommen. Der Rundgang mit dem Führer im Garten der Reichskanzlei endete mit einem Abschied für immer. Begleitet von seinem Leibwächter Josef Kiermaier und Dr. Rudolf Brandt begab sich Himmler mit seinem Wagen mühevoll nach Hochenlychen, ca. 100 km nördlich von Berlin, um dort mit Brigadeführer Walter Schellenberg und Prof. Dr. med. Karl Gebhardt gemeinsam zum Treffpunkt mit dem in zahlreiche Friedensvermittlungen eingeschalteten Masseur Felix Kersten weiterzufahren, der diesmal eine Begegnung mit dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses Norbert Masur in Hartzwalde vorbereitet hatte.

Nach freundlicher Begrüßung blieb es nicht aus, historische Ereignisfolgen und die Kriegsverhältnisse, vor allem während des Rußlandfeldzuges zu erwähnen, mit denen die deutsche Führung konfrontiert war. Masur erwähnte keine deutsche Juden-Vernichtungspolitik, setzte sich indessen für gute Behandlung der noch in deutscher Verfügungsgewalt befindlichen Juden ein, forderte eine unbehinderte Übergabe der Konzentrationslager und für seine Landsleute beschleunigte Ausreisemöglichkeiten nach Schweden oder in die Schweiz.

"Masur fragte Himmler, wie viele Juden noch in den Konzentrationslagern einsäßen, worauf der Reichsführer folgende Zahlen nannte:

»Theresienstadt: 25.000, Ravensbrück: 20.000, Mauthausen: 20.000 - 30.000. In Auschwitz hätten sich 150.000 Juden befunden, als es den Russen in die Hände fiel. Ferner seien in Bergen-Belsen 50.000 und in Buchenwald 6.000 Juden inhaftiert gewesen, als diese Lager von den Briten bzw. Amerikanern übernommen wor-

den waren.«

Das Gespräch ging nun auf die ungarischen Juden über. Hier bestätigte **Himmler** die Ziffern, die in **Brandt**s Brief an **Kersten** vom 8. April 1945 genannt worden waren, und hielt fest, daß sich in Ungarn noch 450.000 Juden aufhielten, die von jeder Deportation verschont geblieben seien.

»Und was habe ich dafür bekommen?«, fragte er in vorwurfsvollem Ton.

»Die Juden haben in Budapest auf unsere Truppen geschossen!...

Es war meine Absicht, die Lager kampflos zu übergeben, wie ich es versprochen hatte. Ich ließ Bergen-Belsen und Buchenwald übergeben, doch hat man mir das mit Undank vergolten. In Bergen-Belsen hat man einen Wachmann mit Stricken gefesselt und zusammen mit einigen soeben verstorbenen Häftlingen fotografiert. Und diese Bilder machten die Runde um die Welt. Ich ließ es auch zu, daß Buchenwald kampflos übergeben wurde, doch vorrückende amerikanische Panzer begannen plötzlich zu feuern. Das aus leichten Holzhäusern bestehende Krankenhaus wurde in Brand gesteckt und die Leichen anschließend fotografiert. Diese Fotos werden nun als Greuelpropaganda gegen uns verwendet.

Als ich letztes Jahr 2.700 Juden in die Schweiz ausreisen ließ, gab dies ebenfalls den Anstoß zu einer Pressekampagne gegen mich persönlich. Man schrieb, ich habe diese Leute nur gehen lassen, um mir selbst ein Alibi zu schaffen. Ich brauche aber kein Alibi, weil ich stets nur das getan habe, was ich für mein Volk als notwendig erachtete, und dazu stehe ich. ... « 1808.119

Himmler sagte Masur die Freilassung von 1.000 Jüdinnen aus Ravensbrück zu, "sowie jener Personen deren Namen auf den Listen des schwedischen Außenministeriums standen". Vorsorglich sollten die Freizulassenden als Polinnen deklariert werden; die Aktion sollte auch von Schweden vertraulich ohne öffentliches Aufsehen abgewikkelt werden. 56) S. 120

Es war sein letztes Gespräch mit einem jüdischen Abgesandten. Zweimal traf er noch mit dem schwedischen Diplomaten Graf Folke Bernadotte zusammen, zuletzt in Lübeck. Dieser hat sich seit Februar 1945 als Vertreter seiner Regierung und Vizepräsident des schwedischen Roten Kreuzes sowie Angehöriger der königlichen Familie mit Kontakten zum Auswärtigen Amt in Stockholm und somit auch nach London um Regelungen humanitärer Fragen bemüht. Die vorzeitige Freilassung von inhaftierten dänischen und norwegischen Widerstandskämpfern nach Schweden hat er zwar erreicht, doch die Akzeptierung von Himmlers Kapitulationsvorschlägen durch Bernard Law Montgomery oder Dwight D. Eisenhower hielt er für illusorisch.

Ende April, noch vor Hitlers Tod in Berlin hatte Himmler eine intensive Aussprache mit Großadmiral Karl Dönitz über die in Norddeutschland zu regelnden Führungsverhältnisse. Für seine Kommandostelle wählte er Schloß Kalkenhorst bei Travemünde, folgte jedoch alsbald angesichts der nach Schleswig-Holstein vorrückenden britischen Truppen dem inzwischen zum Nachfolger des Reichskanzlers ernannten Großadmiral nach Plön, wenig später in mühsamer, durch ständigen Tieffliegerbeschuß beeinträchtigten

⁵⁷⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 84, S. 17 f.

Fahrt nach Flensburg. Dort nahm er am 3. Mai -- inzwischen war er vom Führer wegen Hochverrats aus Partei und Ämtern geworfen worden --, wenn auch als unerwünschter Partner, anfangs an den Lagebesprechungen der neuen Regierung teil. Einen bereits verfaßten Entlassungsbescheid hielt **Dönitz** zurück und beließ ihm die Verantwortung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie seine Verfügungsgewalt über die Waffen-SS.

Am 5. Mai verabschiedete sich der Reichsführer-.SS von seinem engeren Mitarbeiterstab mit dem Bemerken,

"daß er nicht die geringste Absicht habe, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Was mich betrifft, so werde ich nicht aufgeben und Selbstmord begehen, und ich beabsichtige auch nicht, mich töten zu lassen." 56) S. 214

Himmler blieb trotz höhnischer Presseberichte über seine vergeblichen Kapitulationsangebote und der Schrekkensberichte über die von den Alliierten eroberten Konzentrationslager nach wie vor davon überzeugt, noch Einfluß auf die Kapitulationsbedingungen nehmen zu können. So gab er Generaloberst Alfred Jodl für seinen Flug nach Reims zur Unterzeichnung der Kapitulation der Wehrmacht für den britischen Oberbefehlshaber Feldmarschall Montgomery einen Brief mit, in dem er auf den zu erhaltenen Kampfwert der deutschen Truppen als Abwehrkraft gegen den Bolschewismus verwies und sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellte. Jodl hat diesen Brief, offensichtlich im Einverständnis mit dem neuen Reichskanzler Großadmiral Karl Dönitz, nicht weitergeleitet.

Die vom britischen Feldmarschall ausbleibende Ant-

wort verzögerte nicht nur **Himmlers** "Verschwinden" aus Flensburg, sondern veranlaßte ihn auch, seinen Schnurrbart abzurasieren und sich mit einer Augenklappe zu tarnen, um nicht vorschnell in die Hände falscher britischen Kräfte zu fallen und Zeit für den erwarteten Umschwung zu einem Ost-West-Konflikt zu gewinnen.

Am 8. Mai brach er, begleitet von einigen Männern mit 4 PKW in Richtung Süden auf. SS-Obergruppenführer Hans-Adolf Prützmann war als Vorhut bereits vorausgefahren. Nach Überqueren der Elbemündung haben die Briten ihn an der Oste abgefangen und anschließend in Lüneburg ermordet. Die Brücke an der Oste nahe Bremervörde wurde auch Heinrich Himmler am 22. Mai zum Verhängnis.

Ein Mann, der das alles getan hätte, was ihm die Feindpropaganda in steigernder Hemmungslosigkeit nachsagte, hätte sich niemals als Friedensvermittler betätigen und auf Erfolg seiner Bemühungen hoffen und schon gar nicht nach Kapitulation der Wehrmacht glauben können, wie er es getan hatte, von den Briten und US-Amerikanern noch als Kommandeur deutscher Truppen akzeptiert zu werden, um das weitere Vordringen der Bolschewisten verhindern zu helfen!

Er hätte auch nicht über 2 Jahre lang Gesprächspartner britischer Führungskreise sein können! Da die Briten schon frühzeitig die deutschen Geheimcodes geknackt hatten, wußten sie über das Geschehen auf dem europäischen Kontinent sehr gut Bescheid!

Das nahende Ende des Reichsführers-SS

Jahrelang hat der 1949 nahe New York geborene Joseph Bellinger verdienstvolle Nachforschungen über die letzten Tage Heinrich Himmlers angestellt, 560 weil auch ihm als US-Amerikaner von vornherein bewußt war, wie aussagekräftig sie für die Beurteilung Deutschlands hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges und insbesondere der Rolle der SS und Himmlers sein müssen.

Joseph Bellinger hatte erkannt, daß die Alliierten 1945 mit weitgefächerter "Schwarzpropaganda", widerrechtlichen Zielsetzungen und Praktiken, mit Lynchjustiz, Geschichtsfälschungen, menschenrechtsverachtenden "ethnischen Säuberungen" bei gleichzeitig vorgetäuschter humanitärer Empörung über die "verbrecherischen" Besiegten operierten. Zur Beurteilung des Geschehens um die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges und die weiteren ca. 10 Millionen zivilen -- vornehmlich deutschen -- Nachkriegstoten schien es ihm wichtig zu wissen, wie sich die obersten Führer des Dritten Reiches, insbesondere "der SS" gegen Kriegsende verhalten haben.

Bereits seit Jahren hatten diese aus der Feind-Presse erfahren, daß man sie auf "Kriegsverbrecherlisten" erfaßt hatte, um sie nach Kriegsende dem Sprachgebrauch der-Feindmächte gemäß "der gerechten Strafe" zuzuführen, die ihrem Vernichtungsziel gegenüber dem deutschen Volk entsprechen würde. War auch das Prozedere vor der deutschen Kapitulation noch unklar und die summarische Er-

schießung des Großteils der deutschen Führung ohne Begründung bei den Sowjets, US-Amerikanern und Briten noch im Gespräch, so mochten einige Deutsche doch noch auf Vernunft, Fairness und Verteidigungsmöglichkeit selbst vor einem befangenen "westlichen" Siegergericht hoffen. Hierbei spielte zweifellos auch die Erwartung eine Rolle, daß gemäß der europäischen Traditionen der Krieg mit Schweigen der Waffen wirklich zu Ende sei und wenigstens die westlichen "Demokratien" sich an ihren, in der Atlantikcharta von 1940 festgelegten "Grundsätzen" nach einem für sie siegreichen Friedensschluß orientieren und von den weltrevolutionären Auffassungen der Sowjets distanzieren würden. Der damals geheimgebliebene Zusatz: "Für die Feinde gilt das alles nicht", war seinerzeit in Deutschland unbekannt geblieben, anders als die späteren Feindstaatenklauseln der Satzung der "Vereinten Nationen", §§ 53 + 107. Beide Vorgänge machen jedoch die fundamentale Verlogenheit dieser Politiker deutlich, mit der ihr gesamtes angeblich "humanitäres Anliegen" durchsetzt war. Sie maßten sich an, anderen Völkern nach Gutdünken Existenzrechte abzusprechen und ihre Völker in einen Vernichtungskampf mit vorgetäuschten "humanitären" Kreuzzugsparolen zu hetzen.

Die besiegten Deutschen wurden jedenfalls unverzüglich nach Niederlegen der Waffen als vogelfrei behandelt, der Krieg allseits "mit anderen Mitteln" gegen sie fortgeführt. Die alliierte Kriegspropaganda sowie die darauf aufgebaute neuartige "Umerziehung" fing zu diesem Zeitpunkt "erst richtig an". In diesem Sinne hatte nicht nur der britische Chefpropagandist Sefton Delmer den deutschen Staatsrechtler Prof. Dr. Friedrich Grimm in dessen Internierungslager belehrt. Die gesamte Bevölkerung, ja die Welt hatte es erfahren.

Den Journalisten und Historikern wurde zugemutet, die hemmungslos mit Lügen durchsetzten -- "allgemein bekannten historischen Tatsachen" der regierungsamtlich in Umlauf gesetzten "Schwarzpropagandadoktrin" widerspruchslos zu übernehmen. Sie war inzwischen mit "singulär so Schrecklichem" aufbereitet worden, daß demgegenüber jegliche Verbrechen der Alliierten verblassen sollten.

Die Verfasser des Londoner Protokolls vom 8. August 1945, in dem die — das bisher geltende Völkerrecht aushebelnden — "Rechtsgrundlagen" für das Nürnberger "Internationale Kriegsverbrechertribunal" festgelegt worden waren, haben freilich nicht vergessen zu verfügen, daß Hinterfragen, also Überprüfen, dieser so definierten "allgemein bekannten historischen Tatsachen" untersagt, sprich verboten ist (Artikel 21). Die im "Londoner Statut" kodifizierte Verwilderung des Völkerrechts blieb dauerhafter Bestandteil der Globalisierungsmächte in ihrem Verhältnis zu den "kleinen Nationen".

Die Umerzieher haben sich schon in Erwartung ihres

Sieges der Person des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, intensiv angenommen. Man denke an die ihm angedichtete "Skelettsammlung" von Häftlingen, "seine 1941 ohne Wissen Hitlers konspirativ mit SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Odilo Globocnik in Szene gesetzte und spurlos gebliebene Aktion Reinhardt" mit angeblich mehreren Millionen ermordeten Juden sowie an "seinen geheimnisvollen Alleingang" mit dem Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höss, ebenfalls schon vor der "Wannsee-Konferenz" am 20.1.1942.61) Man denke auch an seine angeblichen "Reden in Posen am 4. und 6. Oktober 1943" sowie nachfolgend vor den "deutschen Generälen", in denen der damals 43-Jährige die unter "strengster Geheimhaltung selbst hinter dem Rücken der Reichsregierung betriebenen Maßnahmen zur Ausrottung der Juden" ohne Skrupel verbreitet, ja auf Schallplatten aufgenommen haben soll. Von alledem hatte freilich bis Kriegsende niemand etwas vernommen.

Ein solchermaßen in die "Kriegsverbrecherliste" eingeführter Befehlshaber mußte auch auf ausländische Historiker eine besondere Anziehungskraft ausüben. Joseph Bellinger hat sich — ähnlich wie Martin Allen — auf die Umstände um Himmlers Friedenssondierungen im Frühjahr 1945 über den schwedischen Vermittler Graf Bernadotte und einige weitere Bemühungen dieser Art sowie auf das Geschehen um seinen Tod konzentriert.

Himmlers Weg in die Kriegsgefangenschaft

Trotz Ablehnung aller seiner gesonderten Botschaften und Belege seines Kooperationswillens gegen Kriegsende mit den Westmächten hat der Reichsführer-SS den Mut aufgebracht, sich dem Feind zu stellen und die Verantwortung für die SS zu übernehmen. Schließlich hat man zu berücksichtigen, wie die siegreichen Mächte, vor allem im Osten, aber auch im Westen, mit wehrlosen Deutschen, einfachen Menschen des Volkes, umgegangen sind. Ihre Einzelschicksale hier aufzuzeigen, wäre zu umfangreich und zu schrecklich, die auf Massenmord abgerichtete Kriegführung der Alliierten in Ost und West ist zudem allzu bekannt, um hier aufgeführt zu werden. Den Erlebniszeugen, so auch Heinrich Himmler, standen sie vor Augen. Für die Nachfahren sind sie in dickleibigen Dokumentenbänden über das Kriegs- und Nachkriegsgeschehen erfaßt. Schließlich hatten diese "Humanisten", zumindest jene aus dem Umfeld von Winston Churchill, bereits 7 Monate vor Kriegsbeginn in "schmutzigen Tricks" bis hin zum Meuchelmord an wehrlosen Zivilisten ausgebildete Guerilla-Einheiten zur kriegsauslösenden Provokation nach Polen in den Einsatz geschickt.⁶⁰⁾

Wieviel Schlimmeres als wehrlose deutsche Zivilisten hatten führende Repräsentanten des Dritten Reiches zu erwarten! Die Zeitungen der Alliierten hatten hierfür bereits Vorschläge gesammelt und prämiert, vom Einsperren in

Käfige (was dann vielfach geschehen ist) bis zum Folter- und Kreuzigungstod.

Daher ist der Entschluß eines Großteils der führenden Männer des Dritten Reiches einschließlich der hochrangigen SS-Führer, insbesonder aber Heinrich Himmlers, statt Zyankali zu schlucken, sich als Gefangene dem Feind in die Hand zu geben, um, wie es so zweckgerichtet heißt — als ob die Siegermächte die "berufenen Richter" in deutschen Angelegenheiten seien --, "sich der Verantwortung zu stellen", vor der Geschichte gar nicht hoch genug zu bewerten. Der hiermit bewiesene Mut dieses Mannes durfte nach Einschätzung der britischen Führung nicht geschichtskundig werden. So ließen sie ihn schnellstens ermorden und desinformierten die Weltöffentlichkeit mit der Zyankali-Selbstmord-Legende.

Nahezu 60 Jahre später ist nun diese Lüge geplatzt, teils auf Grund mosaikartig zusammengetragener internationaler Zeugenbekundungen, teils infolge "einer Panne" bei Freigabe jahrzehntelang in London geheimgehaltener Aktenbelege.

⁵⁸⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 2, S. 7 f + Nr. 6, S. 40 + Friedrich Grimm, "Politische Justiz -- die Krankheit unserer Zeit", Bonn o. J., S. 146 - 148.

⁵⁹⁾ IMT = "Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. Nopvember 1945 - 1. Oktober 1946", Nürnberg 1947, Bd. I S. 7 - 19.

⁶⁰⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 39; S. 8 f + Nr. 80 S. 22 f.

⁶¹⁾ Vergl. Historische Tatsachen Nr. 18, 45, 47,78, 87, S. 10 ff.

Himmler führte Ausweispapiere als "Feldwebel Hitzinger" von der Geheimen Feldpolizei mit sich, wurde sogleich einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen, mußte mit seinen 2 Adjutanten — SS-Obersturmbannführer Werner Grothmann und SS-Sturmbannführer Heinz Macher —, die sich ebenfalls mit falschen Papieren getarnt hatten, die erste Nacht am Verhaftungsort verbringen. Gemeinsam wurden sie am darauffolgenden Tag mit Zwischenaufenthalt im etwa 30 km entfernten Internierungslager Westertimke über Fallingbostel hinaus nach Kolkhagen nahe Barnstedt südlich von Lüneburg verbracht und zwischen 12 und 14 Uhr ins Zivilbefragungslager 031 eingeliefert. Das offizielle Protokoll lautete:

»Der Reichsführer war zwischen 12 und 14 Uhr in Barnstedt eingeliefert worden und wurde Selvester [Hauptmann, Lagerkommandant] um 16 Uhr vorgeführt. Anschließend teilte Selvester dem Hauptquartier mit, wer ihm da ins Netz gegangen war. Major Randall und Major Rice vom Hauptquartier stellten sich um 16.30 Uhr ein, um den Gefangenen zu untersuchen, der um 17 Uhr offiziell als Heinrich Himmler identifiziert wurde. Rice rief Murphy an, und Himmler wurde um 18.30 Uhr offiziell registriert. Um 20 Uhr machte Murphy dem Lager seine Aufwartung, und Himmler wurde ungefähr um 21 Uhr aus Barnstedt weggeführt; erst um 22.45 Uhr gelangte er in Lüneburg an, was angesichts der nur etwa 15 Kilometer betragenden Distanz zwischen den beiden Ortschaften unerklärlich ist. «16) 8.239

Augenzeugen wußten den Hergang anders zu schildern. Der ehemalige Gauleiter von Hamburg, Karl Kaufmann, der die Neuankömmlinge beobachtete, erkannte Himmler sogleich, als er sich nach Absteigen vom Lastwagen die dunkle Augenklappe abnahm und seine Brille auf-

setzte. Nicht nur er, sondern auch spätere britische Berichterstatter folgerten aus diesem Vorgang, daß Himmler sich in jenem Moment entschlossen hatte, seine Identität bekanntzugeben. 260 St. 229 Dies stimmt sogar mit dem offiziellen Bericht überein, denn "die 3 Gefangenen (Himmler, Grothmann und Macher) hatten sogleich nach Einlieferung darauf bestanden, mit dem Lagerkommandanten sprechen zu wollen.

"Da die Gefangenen im allgemeinen sehr fügsam und darauf bedacht waren, einen guten Eindruck zu hinterlassen,"

vernahm Hauptmann Selvester die 3 einzeln und meldete unverzüglich einen so prominenten Gefangenen, daß höhere Offiziere herbeigerufen wurden. Britische Offiziere bestätigten, daß Himmler sogleich nach Einlieferung in das Lager sich als Reichsführer-SS zu erkennen gegeben hatte. Ihre weitere Bekundung indessen, Himmler habe zu jenem Zeitpunkt noch die schwarze Augen-

klappe getragen, paßt schlecht in diese Szene. Man kann sie daher getrost vergessen. Himmler stellte sich mit den Worten vor: "Ich bin der Reichsführer-SS" und begehrte Feldmarschall Montgomery zu sprechen.

"Er sei aus freiem Willen gekommen, weil er der Ansicht sei, die russischen Streitkräfte könnten und würden Europa nun überrollen, und er sei bereit, seine SS-Truppen den Alliierten zur Verfügung zu stellen." 56) 8. 248

Dem offiziellen Bericht von Hauptmann Smith ist zu entnehmen, daß Himmler sogleich intensiv durchsucht wurde. Es war die 2. Leibesvisitation. Er hatte sich zu entkleiden und neue Wäsche anzuziehen. Hauptmann Selvester ergänzte später, daß Himmler sämtliche Wäsche hatte ablegen müssen, man alle Körperöffnungen untersucht, sogar sein Haar gekämmt, aber nichts weiteres gefunden habe außer einer gläsernen Ampulle, angeblich mit Medizin gegen Magenkrämpfe. Diese wurde später Major Randall, danach Oberst Murphy, dem Chef des Nachrichtendienstes beim Stab Feldmarschalls Montgomery, übergeben. Über den Inhalt dieser Ampulle ist nichts bekannt geworden. Da Himmler seit längerer Zeit an Magenbeschwerden gelitten hatte, die Ampulle auch keiner Zyankalikapsel entsprach und Himmler sie sorglos in seiner Jacke beließ, scheint es sich in der Tat nicht um Gift gehandelt zu haben.

Seine Aussage über die Untersuchung "berichtigte" Hauptmann Selvester kurze Zeit später mit den Worten:

"Zu diesem Zeitpunkt wurde er nicht ersucht, den Mund zu öffnen, weil ich dachte, wenn die Kapsel in seinem Mund sei und wir versuchten, sie herauszunehmen, könnten wir ihn zu einer Handlung bewegen, die nicht in unserem Interesse lag. Ich bestellte jedoch dicke Käsesandwiches und Tee, die ich Himmler anbot, in der Hoffnung zu sehen, ob er etwas aus



Feierstunde in der Wewelsburg

seinem Mund nahm. Während er aß, beobachtete ich ihn genau, stellte aber nichts Ungewöhnliches fest." 56) S. 245

Die nachträglichen Schilderungen der britischen Verhöroffiziere

"strotzen in gleicher Weise dermaßen vor Widersprüchen, daß man ihre Glaubwürdigkeit radikal in Frage stellen muß." ⁵⁶⁾ 8. ²⁴⁵

Dennoch läßt sich das Wesentliche des Hergangs seiner Behandlung durch die Hauptleute Smith und Selvester ebenso rekonstruieren wie das nachfolgende Geschehen nach Eintreffen des britischen Obersten Murphy. Aus ihren Tagebucheintragungen ging jedenfalls hervor, daß Himmler von Major Rice ausgiebig verhört worden war und dieser sehr gesprächig reagiert habe. Feldmarschall Montgomery hat diesen Sachverhalt in seinen Memoiren bestätigt, wurde ihm doch von diesem Verhör ein Bericht zugeleitet. Das spätere Abstreiten des Kriegsministeriums eines

durchgeführten Verhörs ist als politische Desinformation zu bewerten.

"War Himmler bisher allem Anschein nach mit einem gewissen Respekt behandelt worden, so änderte sich dies jäh, als Oberst Michael Murphy [um 20 oder 21.45 Uhr?] im Lager eintraf, um die Kontrolle über den Gefangenen zu übernehmen. Was genau nach seiner Ankunft geschehen ist, bleibt unklar, weil sämtliche der damals Anwesenden nur sehr oberflächlich darüber berichtet haben; kein einziger hat einen einigermaßen ausführlichen Bericht hinterlassen. Zudem widersprechen sich die Augenzeugenberichte in wichtigen Punkten flagrant — mit einer Ausnahme. ...

Murphy stürmte förmlich ins Büro und legte Himmler gegenüber von der ersten Sekunde an eine äußerst feindselige und grobe Haltung an den Tag."

Während Himmler beim Eintritt von Oberst Murphy aufstand, sich vorstellte und sagte,

"Ich bin bereit, alles auszusagen",

bekam er zur Antwort:

"Halt's Maul Du Schwein!" 56) 8.268

»Zieht ihn aus!« brüllte er.

»Schaut, ob er Gift bei sich trägt! Gebt ihm seine Kleider nicht wieder zurück!«

Nach Murphys Ankunft wurde Himmler zum 3. Mal einer Leibesvisitation unterzogen, doch diesmal sprang man bedeutend roher mit ihm um, als die ersten beiden Male. ..." 56) 8. 247

Murphy bestellte einen Arzt und einen "stämmigen Sergeanten aus der Londoner Vorstadt Barnes" in die Uelzener Straße 31 a in Lüneburg, in ein Haus, "das ich für Männer wie Himmler bereitgestellt hatte". Offenkundig war SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Hans-Adolf Prützmann, "einer dieser Männer wie Himmler", tags zuvor bereits aus jenem "bereitgestellten Haus" tot hinausgetragen worden. Murphy, der im unmittelbaren Auftrag Montgomerys handelte, trug nach eigenen Angaben die Verantwortung für das, was in diesem "bereitgestellten Haus" vor sich ging.

Ohne sich mit Weiterem aufzuhalten, ließ der britische Oberst den in Unterhose und Socken gekleideten, in eine Decke gehüllten und zusammengeschnürten **Himmler** un-



Von links: Britanniens Kriegspremier Winston Churchill, sein "Informationsminister" Brandon Bracken und
US-Sonderbotschafter Harry Hopkins.

ter Beschimpfungen wie "Los, Du Schweinehund, Dir zeigen wir es noch!" in ein Auto schubsen. Murphy und ein Begleitoffizier fuhren mit in das 15 km entfernte "bereitgestellte Haus".

"In der Uelzener Straße traf **Himmler** um 23 Uhr ein, und 15 Minuten später war er tot." ⁸⁶ ^{S. 250}

Zeugen zufolge hatte sich im "bereitgestellten Haus" in Anwesenheit von Oberst Murphy, Major N. Whittacker und Armeearzt Hauptmann C. J. Wells sogleich der herbeibeorderte und mit einem Gummiknüppel bewaffnete Sergeant-Major Edwin Austin von der Londoner Vorstadt-Müllentsorgung um den hereingeschleiften Himmler "gekümmert". Austin hatte bereits am 15. Mai SS-Obergruppenführer Prützmann im selben Raum zu Tode "bearbeitet". In beiden Fällen ist nichts an die Öffentlichkeit darüber gedrungen, wie sich "sein Wirken" konkret vollzogen hat.

Alle Geschichten, die um jene 15 - 19 Minuten gerankt worden sind, als **Himmler** um 22.45 Uhr in das "Verhörzimmer" gestoßen wurde, und seinen Tod um 23.04 Uhr des 23. Mai mit Zyankali beschrieben, sind grundsätzlich unglaubwürdig:

1.) Drei erfolglose sorgfältige Leibesvisitationen waren bereits vorausgegangen. **Himmler** konnte kein Gift mehr bei sich gehabt haben.

2.) Alle britischen Anwesenden in der Uelzener Straße31 a

"stießen einmütig auf Himmlers Ableben an.

Ein seltsames Verhalten, wo sie doch angeblich soeben eine Niederlage in ihrem Kampf erlitten hatten, dessen Tod zu verhindern." 56) 8. 258

- 3.) Die später der Öffentlichkeit vorgestellte "Giftampulle", die man bei Himmler gefunden habe, war so groß, daß er sie niemals unentdeckt durch 3 intensive und rigorose Leibesvisitationen hätte hindurchschmuggeln können. Bereits bei der ersten Untersuchung hätte er sie zerbissen. 56) 8. 260
- 4.) Faktum bleibt, daß sich Himmler den Briten gestellt hatte. Wenn schon Zyankali, dann hätte er Gelegen-

heit genug gehabt, es vorher zu nehmen.

5.) Wozu brauchten die zahlreichen Offiziere mit ihrer ohnehin zur Verfügung stehenden Bewachungsmannschaft für dieses "Verhör" den eigens aus einer Kinoveranstaltung herausgerufenen "kampferprobten Mann fürs Grobe" mit dem Schlagstock, obwohl man doch wußte, daß Himmler aussagewillig war und 3 Leibesvisitationen schon ohne ihn vollzogen worden waren?

6.) Die britischen Behörden hatten die Öffentlichkeit

über den Tod Himmlers von Anfang an desinformiert und sich selbst Jahrzehnte später nicht nur durch Geheimhalten der Akten, sondern auch durch Mahnungen zur Schweigepflicht an anwesend gewesene Offiziere (wie z.B. den späteren Rentner Hauptmann a.D. Selvester im Jahre 1963 seitens des Kriegsministeriums)^{56) S. 290} geradezu konspirativ verhalten. Dies macht deutlich, daß die offiziell in Umlauf gesetzte Version über den Tod Himmlers nicht stimmen kann.

Das Folgegeschehen

Die Öffentlichkeit wurde gemäß der Sprachregelung des britischen War Office unterrichtet: **Himmler** habe sich mit Zyankali selbst vergiftet.

Am Vormittag des 24. Mai 1945 konnten in Anwesenheit von Oberst Murphy und seiner Mannschaft die ersten Reporter vom Pressedienst der Alliierten Streitkräfte, unter ihnen Fotograph Sergeant Carl Sutton und die Kamera-Sergeanten McCandle und Ken Gordon zur Bestandsaufnahme schreiten. Die Reporter nahmen den weitgehend mit einem weißen Leinentuch, ein andermal mit einer dunkelgrauen Decke bedeckten Leichnam in verschiedenen Lagen und Entfernungen auf, wobei auch die unmittelbar neben der Leiche befindlichen Gegenstände beachtenswert sind: der untere Teil einer Leiter, "darunter ein Wasserbekken (kleiner tragbarer Wasserbehälter mit umgekippter Schale), auf dem scheinbar ein dicker Hanfstrick liegt, wie man ihn bei Hinrichtungen durch Erhängen verwendet", daneben 2 Armeestiefel. Die Fußbodenplanken enthielten offensichtliche Wasser- und Blutspuren. 56) S. 262

Die offizielle Pressekonferenz und Freigabe der Leiche für die allgemeine Presse fand indessen erst gegen 17 Uhr, 18 Stunden nach dem Tod **Himmlers**, statt, "was **Murphy** und seinen Leuten mehr als genug Zeit ließ, ein passendes Szenarium zu schaffen". ⁵⁶ S. 275

Offensichtlich beziehen sich die späteren Ausführungen Bellingers auf diese Nachmittags-Konferenz, als er schilderte, daß die dortigen Fotographen die Leiche nur in einer gewissen Entfernung durch einen Türspalt aufnehmen konnten und es deswegen dort zu einer Rangelei kam, bei der einige Reporter ihre Apparate einbüßten. 56) S. 294

Sogar der Fotograph des Vormittags, Sergeant Sutton, hatte erneut bei Murphy zu erscheinen, um seine Vormittags-Fotos abzuliefern. Die meisten seiner Aufnahmen waren jedoch der Beschlagnahme entgangen, weil bereits Kollegen von ihm damit befaßt waren, sie mehreren britischen Zeitungen zuzuleiten. Andere tauchten erst Jahrzehnte später wieder auf.

"Nachdem die offiziellen Pressefotographen und Kriegskorrespondenten gegangen waren, ... wurde der zerschrammte und verfärbte Leichnam völlig entkleidet und unter obszönem Gejohle ... wieder auf den schmutzigen blutbefleckten Fußboden gelegt. Die anschließend hergestellten geschmacklosen Aufnahmen machten später unter den Soldaten die Runde. ... Einige später eingetroffene Mädchen vom Territorialen Hilfsdienst konnten sich ebenfalls sattsehen." 56) 8. 263

Danach bekam niemand mehr, auch nicht die Amerikaner oder Russen, Zutritt zu dem "Verhörzimmer", bis am nächsten Tag, dem 25. Mai um 11 Uhr -- 36 Stunden nach dem Tod **Himmlers** -- der Leichenbeschauer zur "Autopsie" der Leiche erschien. Er ging nicht wie ein Pathologe vor, der als Gerichtsmediziner eine Todesursache, geschweige denn eine Zyankalivergiftung zu klären hat.

Der Nasenbeinbruch wurde im "Autopsiebericht", der in Wirklichkeit lediglich eine unergiebige Beschreibung eines Leichenbeschauers, aber nicht das Untersuchungsergebnis eines Pathologen oder Toxikologen ist, verschleiernd mit den Worten dargestellt:

"Die Nasenspitze ist leicht abgeflacht mit einer Deviation (Abweichung) nach rechts. Angedeutete Einkerbung in der Mittellinie der Nasenspitze." 56) 8. 271

Gänzlich unerwähnt blieben die Quetschungen und Verfärbungen am Hals, auch das angeschwollene linke Handgelenk. Lediglich ein 10 Zentimeter langer Kratzer über dem linken Schulterblatt, 3 kleine Kratzer auf dem linken Handrücken sowie 2 Hautabschürfungen über beiden Archillessehnen fanden sich im "Autopsiebericht" ohne Erklärung verharmlosend ausgedrückt. Eine Zyankali-Vergiftung wurde weder untersucht noch festgestellt.

Ein zusätzlicher Bericht über den Zustand der Zähne widerlegt die Behauptung, daß **Himmler** eine 2,5 cm lange – nach anderer Darstellung "9 mm im Durchmesser und 3,4 cm in der Länge" ⁵⁶)8. ²⁷³) leicht zerbrechliche Zyankalikapsel mehrtägig unentdeckt hätte im Mund verbergen und dabei noch unter Aufsicht normal essen können.

"Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß Leuten aus Whittakkers team genug Zeit zur Verfügung stand, jeglichen gewünschten Beweis zu fabrizieren, bevor die oberflächliche »Autopsie« stattfand." ^{56) 8. 278}

Das britische Kriegsministerium hat die Ergebnisse der Untersuchungen vor der Öffentichkeit verschlossen und dazu auch keinerlei Stellungnahme abgegeben.

"Soweit man weiß, war das einzige Organ, das Himmlers Leiche entnommen wurde, sein Gehirn, und auch dieses zu anderen Zwecken als zur Ermittlung der Todesursache. Von größter Bedeutung wäre eine Autopsie des Magens gewesen, denn wäre Himmler an Blausäurevergiftung gestorben, so hätte man dies sowohl am pfirsichkernartigen Geruch des Magens als auch an der charakteristischen blauen Verfärbung der inneren Gewebe leicht erkennen können.

Doch auch dieser Schritt unterblieb, und der oberflächliche, zum Zweck der »Identifizierung« vorgenommene »Autopsiebericht« ist alles, was uns zur Verfügung steht." 56) 8. 270 dort mit wörtlicher Wiedergabe

Eine eingehende spätere ärztliche Analyse der zugäng-

lich gewesenen Leichenfotos ergab, daß Himmlers linkes Handgelenk gebrochen gewesen sein dürfte, die am Hals sichtbaren Quetschspuren Erdrosselungsmerkmalen gleichkommen und Himmler zudem "mehrere heftige Schläge" auf den Kopf erhalten haben dürfte. Das auffallende Fehlen von Aufnahmen des Hinterkopfes und das ebenso eilige wie heimliche Entfernen des Hirns sowie von Teilen des hinteren Schädels sind gewiß als mit Absicht arrangierte Maßnahme zur Verhinderung bzw. Beseitigung von Spuren zu verstehen. 56) S. 278 Denn:

"Durch eine Untersuchung der Kopf- und Hirnverletzungen kann der medizinische Gutachter Rückschlüsse auf Art, Ausmaß und Stoßrichtung der Gewalt sowie das verwendete Werkzeug ziehen." 56) 8. 279

Eilig hatte man es auch, Himmlers Leiche an geheimer Stelle in der Lüneburger Heide zu vergraben: Es geschah in den frühen Morgenstunden des 26. Mai 1945. Eine spätere Forderung der Russen, den Leichnam für Untersuchungszwecke noch einmal zu exhumieren, lehnten die Briten ab. 56) S. 296

Archivfunde bestätigen Mord und Vertuschung

Kaum waren 57 Jahre nach dem Geschehen im Londoner Public Record Office (PRO, National Archiv) "einige bis dahin gesperrte Akten" über Heinrich Himmler, Winston Churchill und den britischen Informationsminister Brendan Bracken freigegeben und ihre Brisanz von einem BBC-Mitarbeiter anläßlich seiner Vorbereitung des Fernsehfilms "Himmler, Hitler and the End of the Third Reich", sowie im Herbst 2003 erneut vom britischen Historiker Martin Allen erkannt und in seinem Buch "Himmler's Secret War" veröffentlicht worden,56) 8. 841 als auch schon eine von Scotland Yard abgesegnete regierungsamtliche Kampagne die Presse beschäftigte, in der diese Dokumente als Fälschungen angeprangert wurden. Gleichzeitig hat im Archiv offensichtlich jemand geheimnisvoll die Originale durch inhaltgleiche Abschriften ersetzt, so daß bei einer forensischenUntersuchung - so sie denn stattgefunden haben sollte --, "die nachträgliche Anfertigung" festgestellt

werden konnte. Martin Allen berichtet, 62) 8. 415 daß eine Gutachterin des Daily Telegraph außerhalb der normalen Archivräume stundenlang ungestörte Möglichkeit eingeräumt bekommen hatte, "die Akten zu studieren", um sie anschließend als Fälschungen zu deklarieren. Scotland Yard trat erst hinterher in dieser Szene auf, verzichtete aber darauf, die bisher amtlich herausgegebenen Fotokopien -- wie z.B. an Martin Allen -- im Vergleich zu überprüfen. 62) S. 416

Mehr braucht man hierzu eigentlich über die Ernsthaftigkeit der Überprüfung nicht zu wissen.

Die offizielle Version hierüber ist außerordentlich dubios und verdächtig eilig über die Bühne gegangen. Bellinger hat sich auch hier als Kriminalist betätigt:

Offiziell freigegebene Archivalien mit allen Merkmalen originaler Registrierungen sind angesichts der gerade im Londoner Public Record Office außerordentlich penibler Sicherheitsüberwachung sowohl der Archivbesucher als auch der Archivalien weder unbemerkt zu entnehmen noch auszutauschen. Neuanfertigungen konnten auch nicht in alten Beständen gelagert haben. Kein Fälscher konnte ihre Form oder ihren Inhalt erfinden, da er keinen Überblick über die diesbezüglichen historischen Zusammenhänge und noch vorhandene anderweitige Unterlagen hätte haben können, zu schweigen von einem nicht erklärbaren Interesse, sich Jahrzehnte nach Kriegsende an eine solche diffizile "fachkundige" und dennoch von vornherein als sinnlos

erkennbare Arbeit um den Tod Heinrich Himmlers zu machen.

Offiziell gab es für dieses Mysterium keine Erklärung. Aber auch ohne eine solche ist aktenkundig und erübrigt spätere Stellungnahmen des Public Record Office: Es gibt in den Aktenbeständen keine anderslautenden Nachrichten der britischen "Vernehmer" Himmlers aus Westertimke, Barnstedt und Lüneburg oder ihrer Führungskräfte an der Themse über den plötzlichen Tod des Reichsführers-SS. Eine Meldung über Himmlers Selbstmord nebst Begleitumständen mit angedeutetem Bedauern, daß aus diesem oder jenem Grund die von Anfang an vermutete Zyankalikapsel nicht sichergestellt werden konnte und Wiederbelebungsversuche erfolglos geblieben seien, wäre mit Sicherheit sofort nach London übermittelt worden und in den Aktenbeständen mit Registriernummer wiederzufinden gewesen. Doch es gab keine solche Meldung, auch

FOREIGN OFFICE, S.W.1.

PERSONAL & SECRET

Dear Bruce,

Further to our meeting yesterday morning, I we been giving some serious thought to the little H

have been giving some serious thought of the stand situation.

We cannot allow Himmler to take to the stand in any prospective presecution, or indeed allow him to be interrogated by the Americans. Stops will therefore have to be taken to eliminate him as soon as he falls into our hands.

Please give this matter some thought, as if we are to take action, we will have to expedite such an act with some hasts.

10th May, 1945

Sir Robert Bruce-Leckhart, E.C.M.G., Political Intelligence Department, Bush House, W.G.2.

Me Lysus to go for a futualit

nirgendwo sonst ein solches Bedauern.

Ein unabhängiger Historiker kann den Untersuchungsbefund von Scotland Yard nicht überprüfen. Der Inhalt dieser 3 wesentlichen, von Martin Allen veröffentlichten Dokumente freilich spricht für sich und ordnet sich chronologisch in die bisher ermittelten Ergebnisse ein. Es handelt sich im wesentlichen um 3 Dokumente:

1.)

Ein Schreiben W. Wheeler-Bennet's -- damals Verbindungsmann des britischen Außenministeriums zum PWE (Political Warfare Executive) und späterer regierungstreuer Historiker - vom 10. Mai 1945 an Sir Robert H. B. Lockart -- Chef des Political Intelligence Department (Geheimdienst) des Foreign Office:

»PERSÖNLICH & GEHEIM

Zu unserer Besprechung von gestern vormittag. Die Situation bezüglich Little H habe ich noch einmal gründlich durchdacht.

Wir können es nicht zulassen, daß Himmler bei einem künftigen Prozeß die Gelegenheit zu einem Auftritt erhält oder daß er auch nur von den Amerikanern verhört wird. Daher müssen Schritte zu seiner Eliminierung unternommen werden, sobald er in unsere Hände fällt.

Ich bitte Sie, die Angelegenheit im Auge zu behalten, damit unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden können; wir dürfen hier keine Zeit verlieren, « 56) S. 341

Unter diesem Text vermerkte Lockhart handschriftlich:

»Einverstanden. Ich habe Mr. Ingrams für die folgenden 2 Wochen für eine Reise abgestellt. R B-L. 12. Mai 45.«

Leonard Ingrams war Assistent des Leiters der antideutschen Rundfunkabteilung der Political Warfare Executive (PWE), der Prop-Organisation mit ihren Stützpunkten im Bush House in London und dem ländlichen Woburn Abbey sowie der Special Operations Executive (SOE), die anfangs beide Hugh Dalton unterstanden.

11 Tage später, am 23. Mai 1945, hat Himmler im britischen Verhörzimmer der Uelzener Straße 31 a in Lüneburg das ihm hier vorbezeichnete Schicksal ereilt.

2.)

Das 2. Dokument -- ein chiffriertes Telegramm, abgesandt aus Bremen von einem angeblichen "Mr. Thomas", offensichtlich von L. Ingram --, verfaßt um 2.50 Uhr des 24. Mai 1945, knapp 4 Stunden nach Himmlers

Tod, bestätigte dem Empfänger Lockhart:

»Bezüglich meiner Anweisungen: Wir haben H.H. vergangene Nacht in Lüneburg erfolgreich abgefangen, bevor er verhört werden konnte. Auftragsgemäß wurden Maßnahmen ergriffen, um ihn dauerhaft zum Schweigen zu bringen. Ich habe Anweisung erteilt, meine Anwesenheit in Lüneburg in keiner Weise zu den Akten zu bringen. Wir dürfen davon ausgehen, daß das Problem H.H. vom Tisch ist. « 56) S. 342

Der Empfänger hat das Dokument mit einem Stempel

DEPARTMENTAL (SECRET).

Decypher. Mr. Thomas (Bremen)

24th May, 1945. 24th May, 1945. 24th May, 1945.

33 33 33 33

No.163.

Attn. Robert Bruce Lockhart.

Further to my orders we successfully intercepted H.H. last night at Emeberg before he could be interregated. As instructed action was taken to silence his permanently. I saued orders that my presence at Luneborg is not to be recorded in may fashion and we may conclude that the H.H. preblem is emed.

MANISTRY OF INFORMATION MALET ST, W.C.1.

27 May, 1945.

My dear Top

Further to the good asws of the death of Little H, I feel it is imperative that we maintain a complete news black-out on the exact circumstances of this most evil man's demise. I sm sure that if it were to become public knowledge that we had a hand in this man's demise, it would have devantating reporcussions for this country's standing. I am also sure that this incident would complicate our relationship with our american bretheren; under me circumstances must they discover that we eradicated 'Little H', particularly so since we know they were so keen to interrogate him theaselves.

I am of the opinion that the special S.O.E./P.W.E. Committee and term can now be dissolved, even though Kallet is still negotiating with W.S. in Sweden. Perhaps you could let me know your opinion on this matter.

Porendan Bracken

The Rt. Hom. the Marl of Selborna, Himistry of Zeonomic Warfare, Berkeley Square House, Berkeley Square,

des Foreign Office versehen und zusätzlich vermerkt:

"Kopie an P. M., R B-L, 25.5.45"

Dies bestätigt, daß Premierminister Winston Churchill über diesen geheimen Vorgang unverzüglich informiert worden war und offensichtlich schon vor Ingangsetzung dieser Szenerie darüber Bescheid gewußt hat, bzw. sogar der Veranlasser gewesen ist. Wer im übrigen hätte es wagen können, von sich aus eine solche verantwortungsvolle Entscheidung angesichts von über 50 verbündeten Militärmächten zu treffen, zumal bekannt war, daß die Amerikaner unbedingt Himmler hatten verhören wollen, wenn nicht der Premierminister? Im übrigen ist bekannt, daß Winston Churchill seine Regierung bereits 1943/1944 in der Auffassung bestärkt hatte,

"daß eine Hinrichtung der führenden Gegner ohne Prozeß die bessere Lösung ist". 56) S. 31 f

Wiederholt hat er sich für diese "Endlösung" eingesetzt, auch auf der Konferenz in Jalta am 9. Februar 1945 gegenüber Stalin und Roosevelt. Lediglich über die Zahl der so Hinzurichtenden gab es Meinungsverschiedenheiten. Sollen es 50.000, 49.900 sein oder wie viele?

"Somit gibt es solide dokumentarische Belege dafür, daß Churchill selbst die treibende Kraft hinter dem Vorschlag war, in Gefangenschaft geratene feindliche Führer ohne Prozeß hinzurichten." ^{36) S. 32}

3.)

Das dritte Dokument ist ein Schreiben des britischen Informationsministers **Brendan Bracken** vom 27. Mai 1945 an den Chef des SOE, **Earl of Selborne**, vom Ministerium für Kriegswirtschaft:

»Mein lieber Top

Bezüglich der erfreulichen Nachricht vom Tod von Little H. denke ich, ist es zwingend erforderlich, betreffs der tatsächlichen Umstände des Hingangs dieser üblen Figur eine vollständige Nachrichtensperre aufrechtzuerhalten. Ich bin sicher, daß, wenn öffentlich bekannt würde, daß wir unsere Hand bei deren Ableben im Spiel gehabt haben, dies verheerende Folgen für das Ansehen dieses Landes hätte.

Außerdem bin ich sicher, daß der Vorfall die Beziehungen zu unseren amerikanischen Brüdern verkomplizieren würde; unter keinen Umständen dürfen sie erfahren, daß wir Little H. ausgeschaltet haben, vor allem deshalb nicht, weil sie ihn, wie wir ja wissen, unbedingt selbst vernehmen wollten.

Ich bin der Meinung, daß Kommission und Team von SOE und PWE jetzt aufgelöst werden können, auch wenn Mallet noch immer mit W. S. [Walter Schellenberg] in Schweden verhandelt. Vielleicht könnten Sie mich hierzu Ihre Meinung wissen lassen. « ^{56) S. 342}



Der britische Informationsminister, Erster Lord der Admiralität und einer der engsten Berater des Premierministers, Brendan Bracken, hatte während seiner Dienstzeit -- vor allem während des Krieges -- so viel üble Täter-Aktivitäten auf sein Gewissen geladen -- man denke nur an seine Anweisung am 29. Februar 1944, angesichts der zuerwartenden Bestialitäten beim weiteren Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa die Weltöffentlichkeit davon mittels verstärkter Greuelpropaganda gegen Deutschland abzulenken⁶³⁾ --, daß er noch vor seinem Tod alle seine persönlichen Unterlagen vernichten ließ. Dennoch blieb vieles rekonstruierbar, weil ein aus zahllosen Zusammenhängen bestehendes Geschehen seine vielfältigen Spuren hinterläßt, die sich nicht alle verwischen oder gar vernichten lassen.



Der Leichnam Heinrich Himmlers, aufgenommen am 24. Mai 1945.⁵⁶⁾ dort weitere Fotos S. 160 ff.

63) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210. -- Vergl. Historische Tatsachen Nr. 23, S. 40.